

Stenographisches Protokoll.

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

VI. Gesetzgebungsperiode.

Donnerstag, 25. Oktober 1951.

- | Inhalt. |
|---|
| 1. Personalien. |
| a) Krankmeldungen (S. 2313); |
| b) Entschuldigungen (S. 2313). |
| c) Krankenurlaub (S. 2313); |
| 2. Ausschüsse. |
| Zuweisung der Anträge 91 bis 94 (S. 2313). |
| 3. Immunitätsangelegenheit. |
| Bericht des Immunitätsausschusses über das Auslieferungsbegehren gegen den Abg. Dr. Krauland (446 d. B.). |
| Berichterstatter: Brunner (S. 2357); |
| Annahme des Ausschlußantrages (S. 2357). |
| 4. Verhandlung. |
| Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952 (445 d. B. und Zu 445 d. B.). |
| Erste Lesung: |
| Redner: Ernst Fischer (S. 2313), Dr. Bock (S. 2324), Dr. Herbert Kraus (S. 2332), Dr. Migsch (S. 2337), Hartleb (S. 2343), Dr. Pittermann (S. 2352), Sebinger (S. 2352) und Aichhorn (S. 2356). |
| Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 2357). |

Eingebracht wurden:

Anfragen der Abgeordneten

- Dr. Maleta, Geisslinger, Prinke u. G. an den Bundesminister für Justiz, betreffend Einvernahme des Nationalratspräsidenten Leopold Kunschak beim Strafbezirksgericht Wien (350/J);
- Dr. Maleta, Böck-Greissau, Dr. Schöpf, Dipl.-Ing. Hartmann, Kapsreiter u. G. an den Bundesminister für Justiz, betreffend die VÖEST-Affäre (351/J);
- Dr. Maleta, Böck-Greissau, Dr. Schöpf u. G. an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, betreffend die VÖEST-Affäre (352/J);
- Dr. Herbert Kraus, Hartleb, Dipl.-Ing. Dr. Scheuch u. G. an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, betreffend die Regie-Jagden der Österreichischen Bundesforste (353/J);
- Dr. Scheff, Lola Solar, Walla, Dengler, Frisch u. G. an den Bundeskanzler, betreffend die endgültige Erledigung der Randgemeindenfrage (354/J).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten.

Präsident **Kunschak**: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet haben sich die Herren Abgeordneten Honner, Dr. Nemez und Weindl.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Rosa Jochmann, Scheibenreif, Dr. Josef Fink, Dipl.-Ing. Pius Fink, Hattmannsdorfer, Maurer, Dipl.-Ing. Babitsch, Ing. Kortschak, Leopold Fischer, Hummer, Stürgkh, Hans Roth und Bleyer.

Der Herr Abgeordnete Klautzer ersucht um die Gewährung eines zweimonatigen Krankenurlaubes. Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall. Der Urlaub ist genehmigt.

Die eingelangten Anträge 91 bis 94 wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Da ein weiterer Einlauf nicht vorliegt, gelangen wir zum **1. Punkt** der Tagesordnung, und zwar zur ersten Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das **Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1952** (445 d. B. und Zu 445 d. B.).

Zum Wort kontra ist der Herr Abg. Ernst Fischer gemeldet; ich erteile es ihm.

Abg. Ernst Fischer: Meine Damen und Herren! Das gestrige Exposé des Herrn Finanzministers war ungemein zurückhaltend. Es ist im großen und ganzen den Grundproblemen der österreichischen Politik ausgewichen.

Die zentrale Forderung war eiserne Sparsamkeit. Nun, wir sind überzeugt, daß diese Forderung allein nicht genügen wird, um die Grundprobleme der österreichischen wirtschaftlichen Situation zu lösen, um so mehr, als an falscher Stelle gespart und an falscher Stelle verschwendet wird. Ich werde diese Feststellung später noch durch eine Reihe von Tatsachen untermauern.

Der Herr Finanzminister hat mit gedämpfter Stimme gesprochen. Aber so leise der Herr Finanzminister sprach, so laut sprechen die Tatsachen, so laut sprechen auch die Zahlen des vorliegenden Budgets. Dieses Budget gleicht einem Wasserstandsbericht, der eine bedrohliche Hochwassersituation ankündigt, einem Wasserstandsbericht, der einen drohenden Dambruch, eine Überschwemmungskatastrophe signalisiert.

Die Erhöhung, die sprunghafte Steigerung des Budgets für das Jahr 1952 gegenüber dem vorjährigen Budget um mehr als 7 Milliarden

2314 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Schilling ist ein eindrucksvoller Beweis für die schwindende Kaufkraft des Geldes, für die Geldentwertung in Österreich, ein eindrucksvoller Beweis für die schleichende Inflation, die man mit verschiedenen anderen schonungsvolleren Ausdrücken umschreibt.

Dieses Budget ist weit davon entfernt, die hundertmal versprochene Normalisierung der Wirtschaft anzukündigen. Es ist ein Ausdruck des Gegenteils; es führt den Steuerzahlern vor Augen, daß wir mehr und mehr einer Katastrophensituation entgegengehen. Aber jeder ist sich auch darüber im klaren, daß sogar die hohen Zahlen dieses Budgets auf einem sehr unbeständigen, auf einem sehr trügerischen Boden stehen, daß sie nur allzu leicht von dem reißenden Strom der Entwicklung hinweggespült werden können.

Meine Damen und Herren! Es ist das eingetreten, was wir Kommunisten seit langem voraussagten und was heute sogar von Sprechern aus dem Regierungslager bestätigt wird. Die Politik der Lohn-Preispaakte ist zusammengebrochen. Alle Versprechungen, man werde die Preise stabilisieren — wir erinnern uns an Dutzende und Dutzende solcher Versprechungen aus dem Munde österreichischer Minister —, alle diese Versprechungen sind durch die Tatsachen widerlegt. Die breiten Massen unseres Volkes können sich überzeugen, daß diese immer wiederkehrende Erzeugung von Illusionen ein Betrug war. Sie können sich davon überzeugen, daß sie in der vergangenen Zeit fortgesetzt belogen und betrogen wurden. Das Realeinkommen des arbeitenden Volkes wurde dauernd herabgesetzt, aber die Profite der österreichischen Kapitalisten sind immer größer, sind immer aufreizender geworden.

Heute hört man sogar aus dem Lager der Regierungsparteien einzelne Stimmen, die erklären, so könne es in Österreich nicht weitergehen, die Regierung habe sich als unfähig erwiesen, die Lage zu meistern. Hinter dieser Kritik, die wir vor allem in den letzten Tagen — nicht aus den Reihen der Kommunisten — vernommen haben, steht die wachsende Erbitterung fast des gesamten Volkes in Österreich, das auch auf die Abgeordneten, auch auf die Sprecher der Regierungsparteien einen zunehmenden Druck ausübt. Wenn wir vor wenigen Wochen solche Kritik an der Regierung übten, hat man versucht, das als kommunistische Demagogie abzutun. Heute haben wir in dieser Kritik Bundesgenossen auch in den Reihen der anderen Parteien.

Meine Damen und Herren! Es sind nicht nur die Massen der Arbeiter und Angestellten, die mehr und mehr den Betrug durchschauen, der an ihnen begangen wurde und an ihnen

begangen wird, die mehr und mehr gegen die Regierungspolitik in Bewegung geraten, sondern es sind auch breite Schichten der anderen Bevölkerung, deren Unzufriedenheit und deren Mißtrauen gegen diese Regierung in Erbitterung umzuschlagen beginnt.

Wir haben da die Ärmsten der Armen in Österreich, die Massen der Rentner und Pensionisten, die mit Recht von dieser Regierung nichts mehr erwarten, und das gestrige Exposé des Herrn Finanzministers hat dargetan, daß sie gar nichts von dieser Regierung zu erwarten haben. Mehr und mehr wird zur einzigen Hoffnung dieser armen Menschen in Österreich der wachsende Widerstand der österreichischen Arbeiterschaft.

Aber noch mehr: Massen der Kleingewerbetreibenden, der kleinen und mittleren Kaufleute in Österreich zittern heute vor dem Bankrott und verlangen immer heftiger eine Wirtschaftspolitik nicht der Fortsetzung der Konsumdrosselung, sondern der Konsumsteigerung, die die einzige Rettung für große Schichten der Gewerbetreibenden und kleinen Kaufleute wäre. Die Kleinbauern geraten mehr und mehr in Verschuldung und können sich immer deutlicher davon überzeugen, daß die Politik der Lohn- und Preispaakte in Österreich zwar eine große Hilfe für die Großagrarier gewesen ist, daß aber der kleine Landwirt dabei immer mehr unter den Schlitten geraten ist und mehr und mehr in eine ausweglose Situation gerät. Wir sehen weiter vor uns die Massen der wahrhaft elend bezahlten Staatsbeamten, die Massen der notleidenden Intellektuellen, die mit zunehmender Empörung feststellen, daß man ihnen von Staats wegen zwar mit der linken Hand gerne auf die Schulter klopft, ihnen dabei aber gleichzeitig die rechte Hand in die Taschen steckt, um ihnen das Letzte, das zu einem halbwegs kulturellen Leben notwendig ist, wegzunehmen und wegzusteuern.

Wir stehen also in Österreich — das kann man ohne Übertreibung sagen — an der Schwelle einer allgemeinen gesellschaftlichen Krise. Wir nähern uns in Österreich einer Situation, in der die Volksmassen einfach auf diese Art nicht weiterleben können, einer Situation, in der Raunzen und Schimpfen nicht mehr ein Ventil sein wird, sondern in der ernstere und organisiertere Formen des Widerstandes gegen diese Katastrophpolitik heranreifen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte an einigen Beispielen dartun, wie allgemein die Auffassung in Österreich ist, daß wir uns in einer krisenhaften Situation befinden und daß sehr ernste Entscheidungen in Österreich heranreifen. Ich verweise etwa auf den letzten Monatsbericht des Österreichischen Institutes

für Wirtschaftsforschung, in dem festgestellt wird:

„Die österreichische Wirtschaftspolitik hat gegenwärtig — knapp drei Monate nach dem fünften Preis-Lohn-Abkommen — wieder mit akuten Schwierigkeiten zu kämpfen. Die starken sekundären Preisreaktionen auf das Juliabkommen und die Ankündigung neuer Lohnforderungen nähren in weiten Kreisen die Befürchtung eines neuen Preis-Lohn-Auftriebes. Landwirte und gewerbliche Produzenten neigen dazu, Waren zurückzuhalten, viele Verbraucher versuchen, sich noch rechtzeitig billig einzudecken“.

In diesem Bericht wird weiter festgestellt: „Die sekundären Preisreaktionen auf das fünfte Preis-Lohn-Abkommen hielten auch im September an. ... Die Kreditausweitung treibt den Geldumlauf weiter in die Höhe. ... Der Außenhandel erlitt im August einen stärkeren Rückschlag“, usw., usw.

Diese Stimmungen, diese Auffassungen der Situation sind auch bei der Tagung der Arbeiterkammer in Graz teilweise fast explosiv zum Ausdruck gekommen. Nach einem Referat des Präsidenten der Arbeiterkammer Mantler hat sich zur allgemeinen Überraschung auch ein Sprecher der Österreichischen Volkspartei, der Kammerrat Köck, mit den Ausführungen Mantlers vollkommen einverstanden erklärt, ja er ist sogar noch weitergegangen. Er hat erklärt, es sei nicht möglich, „daß eine derartig aktionsbehinderte Regierung, gleichgültig, aus welchen Gruppen sie zusammengesetzt ist, weiterhin fortwurstelt, nicht möglich deshalb, weil es vielfache Gründe gibt, die uns eigentlich dazu veranlassen müßten, allen ihren Mitgliedern, die aktionsmüde geworden sind, zu sagen: Bitte, probieren wir es mit anderen Leuten, die etwas frischer sind, die kein Beharrungsvermögen haben, die sich nicht aus optischen Gründen bemüßigt sehen, gewisse Maßnahmen einmal in dem Sinne, das andere Mal wieder in einem anderen Sinne zu treffen. Viele unserer verantwortlichen Regierungsleute“, erklärte er, „sind nicht mehr konzeptiv, sie wissen nicht mehr, wie die Zukunft weiterhin gemeistert werden soll.“

In der einstimmig angenommenen Resolution des Arbeiterkammertages wird gesagt:

„Der Arbeiterkammertag stellt fest, daß die Untätigkeit, mit der die für die Lebensmittelaufbringung und für den Warenverkehr verantwortlichen Ressortminister dieser Entwicklung zusehen, nicht länger tragbar ist. Wirtschaftsgesetze, die die Handhabe zum aktiven Eingreifen geben, werden nicht in Anwendung gebracht.“

Der Arbeiterkammertag wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Politik des Fortwurstelns und des Gewährenlassens wirtschaftlicher Tendenzen, die zur Willkür in der Preisbildung, zu einer immer stärker fortschreitenden Beherrschung des Marktes durch Kartelle und zu einer ständigen Bedrohung der Existenzsicherheit der Arbeitnehmer führt.“

Meine Damen und Herren! Wenn wir vor wenigen Wochen ähnliche Worte gesagt haben, hat man uns kommunistische Demagogie vorgeworfen. Nun wurden diese Erklärungen einstimmig von dem Grazer Arbeiterkammertag angenommen.

Aber weiter! Wir haben am 27. September in der „Arbeiter-Zeitung“ einen Artikel gelesen, in dem es heißt: „Der gemeinsame Nenner all dieser Erscheinungen, die Ursache dieser Unsicherheit der Lebenshaltung ... ist die Tatsache, daß wir in einer internationalen Periode der langsamen Inflation leben. Was Inflation bedeutet, ist bekannt: mehr Geld als Güter, mehr Kaufkraft als Waren, höhere Löhne, die dennoch kaum die kletternden Kosten erreichen — daher sinkt das Geld im Wert und die Ware steigt im Preis.“ Das sind die Feststellungen der „Arbeiter-Zeitung“

In dem Organ der ÖVP „Neue Wiener Tageszeitung“ vom 3. Oktober konnten wir lesen: „Alle diese Pessimismus auslösenden Ziffernreihen spiegeln das Absinken des inneren Kaufwertes des Schillings wieder. Man müsse allerdings mit der Anwendung des Ausdruckes ‚Inflation‘ auf den gegenwärtigen Stand unserer Wirtschaftsentwicklung vorsichtig sein, aber fraglos seien inflatorische Auswirkungen zu bemerken.“

In der Zeitschrift „Die Industrie“ wurde im September festgestellt: „Die Industrie muß jedenfalls schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß eine Kürzung der Einfuhr unvermeidlich zu Betriebseinschränkungen, Arbeitslosigkeit und Versorgungsschwierigkeiten des inländischen Marktes, mit einem Wort zu einer gefährlichen Krise führen müßte. Man muß auch die Möglichkeit ausschließen, an der Lieferung industrieller Ausrüstung zu sparen.“

Nun, meine Damen und Herren, ich habe eine Reihe von Äußerungen vorgelesen, die aus Kreisen stammen, von denen man keineswegs sagen kann, daß sie kommunistisch sind oder auch nur den Kommunisten nahestehen. Es sind also nicht wir Kommunisten, sondern es sind Leute aus dem Regierungslager selbst, die von drohender Inflation, von drohender Arbeitslosigkeit, von einer drohenden Krise und, Katastrophe sprechen. Wir sagen Ihnen voraus

2316 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

meine Damen und Herren, mit halben Maßnahmen wird und kann es nicht gelingen, die drohende wirtschaftliche Katastrophe von Österreich abzuwenden.

Die salbungsvollen Erklärungen der Industriellen, sie seien unter gewissen Umständen bereit, auf weitere Preissteigerungen zu verzichten, können vielleicht dem Herrn Präsidenten Böhm imponieren, von den Massen des Volkes werden sie mit Hohngelächter aufgenommen. Das Gerede einzelner Gewerkschaftsführer, man dürfe um keinen Preis die Löhne erhöhen, müsse aber einige Preise reduzieren, dieses Gerede hat man schon so oft gehört und es war immer so wirkungslos, daß es heute dem Fluch der Lächerlichkeit nicht entrinnen kann.

Keine Lohnerhöhung! — Das ist zweifellos ernst gemeint, wenn es ausgesprochen wird. Aber Preisherabsetzungen, meine Damen und Herren, das ist in all den langen Jahren ein freches Geschwätz gewesen, und es gibt in Österreich keinen mehr, der dieses Geschwätz ernst nimmt. Dieses Geschwätz hat den einzigen Sinn, die Massen der Arbeiter von der Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel abzuhalten. Und alle diese staatlichen Preisüberwachungsstellen und Wirtschaftslenkungskommissionen usw. bleiben so lange wirkungslos, so lange sie von denselben Koalitionspolitikern gehandhabt werden, deren Erfolge in der Preisüberwachung und in der Wirtschaftslenkung in der Öffentlichkeit ja zur Genüge bekannt sind.

Auf dem Arbeiterkammertag in Graz hat man die Auswechslung einiger Regierungsmitglieder gefordert. Nun, meine Damen und Herren, wir hätten gegen die Auswechslung der gesamten Regierung nichts einzuwenden, denn der Wechselkurs dieser Regierung ist so minimal, daß man dafür schwerlich etwas bekommen kann. Wir hätten nur die Sorge, daß bei einer solchen Auswechslung nichts Besseres nachkommen würde; denn Österreich geht einer wirtschaftlichen Katastrophe nicht darum entgegen, weil einige Mitglieder dieser Regierung besonders talentlos sind, sondern die gesamte Politik der Regierungskoalition ist eine Katastrophenpolitik. Nur eine grundlegende Änderung dieser Politik könnte eine Besserung zugunsten des arbeitenden Volkes herbeiführen.

Die Grundlage der gegenwärtigen Regierungspolitik ist die bedingungslose Eingliederung Österreichs in das kriegsrüstende System des amerikanischen Imperialismus. Die Amerikaner fordern jetzt wie ein Shylock den Preis für die sogenannte Marshall-Hilfe. Den Nutzen der Marshall-Hilfe hatten ausschließlich die Kapitalisten, die Großarier in Österreich.

Ich möchte diese Feststellung wieder durch ein Zitat erhärten, das keineswegs von kommunistischer Seite stammt.

Das Organ der Arbeiterkammer „Arbeit und Wirtschaft“ hat einen Artikel veröffentlicht, in dem es über den Marshallplan heißt, daß „die Hilfe, die er der Wirtschaft geboten hat, gar nicht oder nur in einem unzulänglichen Ausmaß bis zu den breiten Arbeitermassen herabgelangt ist, sondern oben, ganz oben, bei den Unternehmern stecken blieb, denen er eine Quelle der Bereicherung bot, die sie weidlich ausnützten, während der Lebensstandard der Arbeitermasse sich nicht verbessert, wo nicht sogar verschlechtert hat“.

Meine Damen und Herren! Wenn wir Kommunisten das immer wieder feststellten, hat man uns Demagogie vorgeworfen. Nun finden wir dieselben Feststellungen von einem sozialistischen Autor in dem Organ der Arbeiterkammer, in „Arbeit und Wirtschaft“. Es ist wahr: den Nutzen der Marshall-Hilfe hatten ausschließlich ein kleiner Klüngel von Kapitalisten und die mit ihnen verbundenen Korruptionisten in Österreich; den Preis aber müssen jetzt die Massen des arbeitenden Volkes bezahlen, nicht etwa die Industriellen und agrarischen Kapitalisten, die den Gewinn der Marshall-Hilfe eingesteckt haben. Und dieser Preis, den das arbeitende Volk bezahlen soll, ist unerträglich hoch.

Die amerikanischen Auftraggeber erklären kategorisch, das österreichische Volk lebe noch immer weit über seine Verhältnisse, es müsse seinen Konsum noch weiter einschränken, um seinen Beitrag zur Aufrüstung des Atlantikblocks noch weiter zu erhöhen. Das österreichische Volk soll also noch weniger essen und sich noch schlechter kleiden, es soll sich das Brot vom Munde und die Kohle vom Ofen absparen, damit man in Amerika noch mehr Bomben erzeugen kann, Bomben, die dazu bestimmt sind, eines Tages österreichische Menschen, österreichische Städte zu vernichten. (*Ruf: Das ist reine Demagogie!*) Das Volk soll also dazu beitragen, seine eigene Vernichtung zu finanzieren!

Das ist in knappen und groben Worten der Inhalt der österreichischen Wirtschaftspolitik. Die Amerikaner fordern beschleunigte Kriegsrüstung und beschleunigte Verelendung. Und wenn man jetzt da oder dort in Kreisen der Regierungsparteien von neuen Männern und von neuen Maßnahmen spricht, so denkt man wohl nicht an eine Hebung, sondern an eine weitere Senkung des Lebensniveaus. Man hat offenkundig Angst, mit diesen kompromittierten Regierungspolitikern werde man gegen das Volk nicht durchkommen, und man sucht nach stärkeren Fäusten, um das Volk nieder-

zuhalten. Die Wirtschaft soll noch mehr als bisher auf die Rüstungsbedürfnisse des Atlantikblocks, noch mehr als bisher auf Krieg umgestellt werden, und zu dieser Wirtschaftspolitik, zu dieser Kriegswirtschaft braucht man offenkundig eine Art Kriegskabinetts. Das und nichts anderes steckt hinter den jetzt überall aufflatternden Diskussionen über eine Regierungsumbildung. *(Zwischenrufe.)*

Die österreichische Wirtschaft ist zweifellos krank; das wird nicht nur von uns Kommunisten festgestellt. Die schwere Krankheit der österreichischen Wirtschaft besteht darin, daß sie völlig in das Kriegssystem der Vereinigten Staaten von Amerika eingegliedert wurde, daß ihr Grundprinzip die Beihilfe zur westlichen Aufrüstung ist. Wir sehen das auf Schritt und Tritt. Die Konsumgüterindustrie in Österreich wird systematisch gedrosselt, der Konsum wird systematisch herabgesetzt; gleichzeitig steigt die Produktion von kriegswichtigen Rohstoffen, von kriegswichtigen Halbfabrikaten, gleichzeitig steigt der Export dieser Rohstoffe und Halbfabrikate nach dem Westen. Die Handelsbeziehungen Österreichs sind vollkommen widernatürlich gestaltet. Österreich verschleudert zum Teil seine Rohstoffe nach dem Westen, anstatt im Osten hochwertige wichtige Rohstoffe und Nahrungsmittel gegen österreichische Industrieprodukte einzutauschen.

Lassen Sie mich einige Worte über das Problem der polnischen Kohle sprechen, das jetzt von besonderer Bedeutung ist, da man uns angekündigt hat, man werde in diesem Winter genötigt sein, nicht nur den Hausbrand, sondern auch gewisse industrielle Produktionen wegen Kohlenmangels einzuschränken.

Das Organ der Österreichischen Volkspartei „Das Kleine Volksblatt“ hat heute in einem Artikel erklärt, es sei nicht wahr, daß Polen bereit sei, uns beliebige Mengen Kohle gegen österreichische Industriegüter zu liefern. Das „Kleine Volksblatt“ hat gelogen. Ich erkläre hier vor dem gesamten Parlament: Es ist jederzeit möglich, von Polen jede beliebige Menge hochwertiger Kohle um billigeren Preis als die amerikanische Kohle zu bekommen, wenn dagegen österreichische Industrieprodukte, die durchaus vorhanden sind, geliefert werden. *(Abg. Machunze: Welche, bitte?)* Diese Industrieprodukte weigert sich die österreichische Regierung zu liefern, weil ein Befehl der Amerikaner besteht, daß industrielle Produkte, die als kriegswichtig zu gelten haben, nach dem Osten nicht geliefert werden dürfen. Wenn also das österreichische Volk in diesem Winter frieren wird, dann hat es dies der Wirtschaftspolitik der österreichischen Regierung zu danken, die polnische Kohle nicht entgegen-

nimmt, die einen solchen Vertrag nicht unterzeichnet, weil ihr das Wohlwollen und der Befehl der Amerikaner wichtiger ist als die Not, als die Forderung der österreichischen Bevölkerung. *(Zwischenrufe.)* Die gesamte österreichische Wirtschaft wird eben mehr und mehr in den Dienst der Aufrüstung des Atlantikblocks gestellt, und hierin liegt die eigentliche Wurzel der zunehmenden krisenhaften Verhältnisse in der österreichischen Wirtschaft.

Am 2. Juli 1948 wurde ein Abkommen zwischen Österreich und den Vereinigten Staaten von Amerika über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet. In diesem Abkommen mußte sich Österreich verpflichten, die Bezüge aus amerikanischen Hilfslieferungen „in einer Weise zu verwenden, die mit dem Abkommen, welches die Regierung der USA mit Österreich abgeschlossen hat, vereinbart sind.“

Wir alle erinnern uns, daß damals im Zusammenhang mit der Marshall-Hilfe große Illusionen in das österreichische Volk hineingetragen wurden. Diese Illusionen haben sich heute verflüchtigt, wie ein unbeständiges Gasgemenge, und zurückgeblieben ist nur ein fader Geschmack im Munde und eine Art von Katzenjammer, der breite Schichten unseres Volkes ergriffen hat. Es hat sich Schritt für Schritt herausgestellt, wie diese Wohltätigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika gemeint war. Man hat sich hier wirtschaftliche und politische Positionen gesichert, um nun rücksichtslos aus Europa die strategisch notwendigen Rohstoffe und Güter herauszuholen.

Die große amerikanische Zeitung „New York Herald Tribune“ hat am 9. Oktober 1950 wörtlich festgestellt: „Nachdem die OEEC zwei Jahre lang als Kristallisationspunkt des europäischen Wiederaufbauprogrammes gedient hatte, begann sie sich nun in die Agentur zu verwandeln, welche die wirtschaftlichen Mittel Europas für Verteidigungszwecke mobilisieren wird.“

Am 25. Oktober 1950 schrieb dieselbe Zeitung: „Die Verwaltung des Marshallplanes ist direkt mit dem nordatlantischen Verteidigungsplan verschmolzen.“

Die „New York Times“ erklärte am 22. Oktober 1950: „Die OEEC hat die Aufgabe erhalten, als Zentrale der westeuropäischen Aufrüstung zu fungieren.“

Die Marshall-Hilfe, der Marshallplan, hat sich also als eine Zentrale der Kriegsvorbereitungen in Europa und in Österreich entpuppt.

Im Jahre 1950 hat die österreichische Regierung — bemerkenswerterweise zuerst in englischer Sprache — ein Weißbuch unter dem Titel „Das österreichische Investitionsprogramm 1950 bis 1952“ veröffentlicht. Wie es in der Einleitung zu diesem Dokument heißt, wurde

2318 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

„der Entwurf des Investitionsprogramms 1950 bis 1952 im Juni 1950 der Zentralverwaltung der ECA in Washington vorgelegt und von ihr gebilligt.“ Das österreichische Investitionsprogramm hat also die Billigung der Amerikaner erhalten, wobei das Datum, nämlich Juni 1950, als von einem Krieg in Korea noch keine Rede war, außerordentlich bemerkenswert ist. Man hat nachträglich alle diese Investitionen im Dienste der Kriegsrüstung damit begründet, daß das der Krieg in Korea notwendig gemacht habe. Aber dieses Investitionsprogramm wurde festgelegt, bevor noch von einem Krieg in Korea die Rede war. Nach diesem Investitionsprogramm sollen nun in den Jahren 1950 bis 1952 74·6 Prozent der durch Freigaben aus dem Sperrkonto, aus dem Counterpartfonds, finanzierten Aufbaukredite jenen Industrien zugehen, die der Förderung von strategischen Rohstoffen dienen und als Vorlieferanten der Rüstungsbetriebe der Atlantikblockstaaten anzusehen sind. Die tatsächliche Summe der Investitionen aus Mitteln der Sperrkontenfreigaben — das sind ja alles österreichische Gelder, jene Gelder, welche das österreichische Volk für die amerikanischen Waren eingezahlt hat, die aber nur mit Zustimmung der Amerikaner verwendet werden können — haben bis zum 31. März 1951 die Höhe von 4·4 Milliarden Schilling erreicht. Davon gingen 75·4 Prozent an die bereits erwähnten bevorzugten strategisch wichtigen Industrien.

Ich beziehe mich auf die Zeitschrift „Die Industrie“ vom 25. August 1951, die mitgeteilt hat, daß von diesen Mitteln für die Energiewirtschaft 32·1 Prozent, für Eisen- und Stahlherzeugung 22·2 Prozent, für die Papier- und Zelluloseindustrie 11·3 Prozent, für den Kohlenbergbau 6·3 Prozent, für die Metallindustrie 3·5 Prozent verwendet wurden.

Zu diesen Mitteln aus den Sperrkonten, die in dieser einseitigen Weise nicht zur Förderung der Konsumgüterindustrie verwendet werden, gesellen sich die Mittel des legalen, des ordentlichen österreichischen Budgets. Der Herr Finanzminister hat gestern besonders hervorgehoben, daß für den Bundesstraßenbau für das kommende Jahr 365 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Meine Damen und Herren! Wer eine Rundreise durch Österreich unternimmt, kann feststellen, daß es sich bei dem Bau dieser Bundesstraßen nahezu ausschließlich um strategische Straßen handelt. Ich bin kreuz und quer durch Oberösterreich, Salzburg und Tirol gefahren. Hier werden Straßen quer durch die Alpen ausgebaut, die keinerlei wichtige Orte miteinander verbinden (*Zwischenrufe*), die für den innerösterreichischen Verkehr

mehr oder minder belanglos sind. Diese Straßen werden zu breiten Rollbahnen für schwere Panzer ausgebaut. (*Ironische Heiterkeit.*) Wenn der Herr Finanzminister lächelt, bitte ich ihn, sich selber davon zu überzeugen. (*Zwischenrufe.*) Ich bin bereit, ihm ein Dutzend dieser Straßen zu zeigen. (*Anhaltende Zwischenrufe. — Präsident Böhm, der inzwischen den Vorsitz übernommen hat, gibt das Glockenzeichen.*) Aber noch mehr! Es werden Brücken gebaut, die tragfähig für schwere Panzer sind. Diese Brücken werden zu einem großen Teil unterminiert, im Innern werden Sprengkammern angelegt, offenbar alles im Interesse des innerösterreichischen Verkehrs. Dem Wohnhausbau werden Mittel vorenthalten. Den Rentnern und Pensionisten, den Opfern des Faschismus werden alle Mittel vorenthalten. (*Zwischenrufe.*) Hier gilt der Grundsatz der eisernen Sparsamkeit, aber für Kriegsrüstungen, für strategische Straßen werden Steuergelder des österreichischen Volkes kriminell zum Fenster hinausgeworfen. (*Ruf bei der Volkspartei: Das ist ja Hochverrat!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich in meiner Beweisführung auf ausschließlich westliche Stimmen, auf ausschließlich westliche Zeitungen beziehen. Die „New York Times“, die gewiß keine kommunistische Zeitung ist, hat am 26. November 1950 ein Bild des Erzberges mit folgendem Text veröffentlicht: „Ein Berg aus Eisenerz wird jetzt mit Hilfe der ERP und im Interesse der westeuropäischen Verteidigung rascher abgetragen als je zuvor.“

Die „New York Times“ vom 23. November 1950 hat zur Eröffnung der Blockwalzstraße in Donawitz geschrieben: „Der Grund, warum Österreich diese Anlage jetzt gebrauchen kann, ist der Entschluß der Westmächte, aufzurüsten.“

Am 3. Jänner 1951 hat dieselbe Zeitung ein Bild des Stahlwerkes in Donawitz mit folgendem Text veröffentlicht: „Das Donawitzer Eisen- und Stahlwerk der Alpine Montangesellschaft arbeitet heute mit Vollampf für die Bedürfnisse der Wiederaufrüstung.“

Das steht nicht in kommunistischen Zeitungen, sondern das steht in den größten Zeitungen der Vereinigten Staaten von Amerika.

Nun die Tatsachen, meine Damen und Herren: Die Erzförderung am Erzberg ist gewaltig gestiegen und steigt weiterhin gewaltig an. Während anfangs 1950 6000 Tagestonnen gefördert wurden, waren es im Februar 1951 schon 7400 Tagestonnen, und nach dem Investitionsplan sollen es Ende 1952 9000 Tagestonnen sein. Diese ungeheure Steigerung der Produktion und der

Produktivität kommt in keiner Weise der österreichischen Industrie zugute, sondern wird ausschließlich für die Kriegsbedürfnisse des Atlantikblocks verwendet. Ich möchte mich hier wieder auf eine Stimme beziehen, die keineswegs aus dem kommunistischen Lager kommt.

Der Kommerzialrat Kastner hat in der ÖVP-Zeitschrift „Die Wirtschaft“ am 6. Oktober 1951 geschrieben: „Während also in den ersten fünf Monaten des Jahres 1950 rund 22.000 Tonnen Walzware in den Handel geliefert wurden, waren es im gleichen Zeitraum dieses Jahres nur rund 16.000 Tonnen.“ Und dies bei fortgesetzt steigender Produktion! „Je mehr also“ — so schreibt Kommerzialrat Kastner — „die Eisenproduktion zunimmt, desto mehr sinkt die Belieferung des Handels, dessen Situation heute kritischer ist als in der Zeit der Bewirtschaftung.“ Hier wird also von bürgerlicher Seite festgestellt, daß diese Steigerung der Stahl- und Eisenproduktion nicht Österreich zugute kommt, sondern daß hier der Export nach dem Westen gesteigert wird.

Meine Damen und Herren! Noch aufreizender ist es, daß es sich bei diesem Export zum Teil um einen wahren Schleuderelexport handelt. Ich möchte mich dabei auf eine einwandfrei nichtkommunistische Quelle beziehen. Der wirtschaftliche Informationsdienst der Schweizer Handelskammer hat im März 1951 festgestellt: Im März 1951 war der Exportpreis der VÖEST für Roheisen nach den USA 65 Dollar pro Tonne, nach westeuropäischen Ländern 80 bis 85 Dollar pro Tonne, nach osteuropäischen Ländern aber 100 Dollar pro Tonne. Hier ist also eine aufreizende Bevorzugung des reichen Amerika festzustellen, das auf Kosten Österreichs, auf Kosten der österreichischen Arbeiterschaft einen besonders billigen Preis für österreichische Eisen- und Stahlprodukte erzielt.

Zu diesem Schleuderelexport der österreichischen Erze, des österreichischen Stahls und Eisens für die Kriegsbedürfnisse des Atlantikblocks kommt der Schleuderelexport des österreichischen Stroms nach Westdeutschland. Man hat in den letzten Tagen angekündigt, man werde in diesem Winter besondere Sparmaßnahmen für Strom durchführen müssen, ja man werde sogar genötigt sein, nach Tirol Strom zu liefern, während man zu gleicher Zeit gigantische Mengen Strom aus dem Westen Österreichs zu lächerlichen Preisen, zu Schleuderpreisen nach Westdeutschland liefert.

Ich möchte wieder einen einwandfreien, nichtkommunistischen Zeugen dafür heranziehen, nämlich den Herrn Außenminister Dr. Gruber, der im August 1951 auf einer

Tagung in Ischl erklärt hat: „Dazu kommt, daß heute zwischen Kohlenimport und Stromexport ein preisliches Mißverhältnis besteht. In den einzelnen Relationen müssen wir Kohle um zwei Dollar-Cents einführen, während im Stromexport kaum ein Dollar-Cent erzielt wird. Dies entspricht in keiner Weise dem Energiegehalt und war in früheren Zeiten geradezu umgekehrt.“

Nun, meine Damen und Herren, warum diese besondere Liebeshwürdigkeit des armen Österreich für das aufrüstende Westdeutschland? Warum ist sogar der Herr Außenminister genötigt, auf diese unerträglichen Preisrelationen hinzuweisen, während gleichzeitig die Regierung eine Politik betreibt, die ja darauf gerichtet ist, einen solchen Zustand herbeizuführen?

Hand in Hand mit diesen hier dargestellten Zuständen der kriegswirtschaftlichen Produktion in Österreich geht die fortgesetzte Verlagerung der Industrie von Ostösterreich nach Westösterreich. Weiter kommt dazu die Verteilung der Rohstoffe nach ausgesprochen strategischen Bedürfnissen. Nicht die Bedürfnisse der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Gewerbetreibenden, sondern einzig und allein die von Amerika diktierten strategischen Bedürfnisse werden berücksichtigt!

Erlauben Sie mir wieder, eine Mitteilung der Wiener Handelskammer vom 2. Juni 1951 heranzuziehen. Dort wird gesagt: „Dem Antrag“ — für Rohstoffbezug — „wird nur dann stattgegeben, wenn die ECA“ — Marshallplan-Verwaltung — „ihn bei der NPA“ — dem amerikanischen Rüstungsamt — „befürwortet. Der Endverbrauch muß einwandfrei im Antrag beschrieben und begründet werden... Für Zwecke, die in den USA als nicht dringlich angesehen werden, so daß entsprechende Verwendungsverbote erlassen werden, werden auch keine Rohstoffe ins Ausland geliefert.“ Meine Damen und Herren, hier wird also von bürgerlicher Seite offen erklärt, daß nicht österreichische Bedürfnisse maßgebend sind, sondern daß das amerikanische Rüstungsamt in Österreich diktiert, welche Rohstoffe geliefert und welche Rohstoffe nicht geliefert werden dürfen. (Zwischenrufe.)

Dies alles, diese Steigerung der Kriegswirtschaft in Österreich, hängt mit einer systematischen Konsumdrosselung in Österreich zusammen. Es gibt alte Volksmärchen, daß ein Gespenst an den Tisch des Armen tritt und ihm unsichtbar die Suppe aus dem Topf löffelt und das Brot vom Munde wegsteht. Ein solches Gespenst steht heute an den Tischen des österreichischen Volkes — es ist das Gespenst der amerikanischen Auf-

2320 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

rüstung, die dem österreichischen Volk tatsächlich mit Hilfe der österreichischen Regierung das Brot vom Mund wegstiehlt. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte an einigen offiziellen Zahlen den ja allgemein bekannten rapiden Rückgang des Konsums in Österreich darlegen. Nach den Angaben des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung ist der Wiener Butter- und Käsekonsum im ersten Halbjahr 1951 um 16 Prozent beziehungsweise 13 Prozent unter dem entsprechenden Vorjahrskonsum. Der Obst-, Erdäpfel- und Gemüsekonsum ist um 21, beziehungsweise 13 und 10 Prozent geringer. Der Absatz von Mehl, Teigwaren und Grieß ist von Oktober 1950 bis März 1951 um 12, beziehungsweise 6 und 5 Prozent zurückgegangen, der Anteil von Weißbrot, einschließlich Weißgebäck, an dem insgesamt rückläufigen Brotkonsum ist in der gleichen Zeit von 27 auf 19 Prozent gefallen. Hier handelt es sich nicht um Luxusgüter, hier handelt es sich um die Grundnahrungsmittel des arbeitenden Volkes in Österreich. Die Massen des Volkes sind einfach nicht mehr imstande, das Notwendige einzukaufen. Der Konsum wird zugunsten des Krieges, zugunsten einer abenteuerlichen Politik gedrosselt. Diese ganze Politik hat ja in den verschiedenen Lohn- und Preisabkommen ihren Ausdruck gefunden.

Ich möchte hier, um die Mechanik dieser Abkommen klarzumachen, um zu bestätigen, was wir immer angenommen haben, daß hier ein direkter Auftrag Amerikas vorlag, auch amerikanische Stimmen zitieren, die ja drüben viel brutaler über die Dinge sprechen, als es die österreichische Regierung wagen könnte.

Die „New York Times“ hat am 8. Oktober 1950 zur Zeit des 4. Lohn-Preispaktes wörtlich geschrieben: „Der US-Hochkommissar hat der österreichischen Regierung aufgetragen, das Lohn-Preisverhältnis zu verändern, worauf die Regierung eine Erhöhung der Löhne um durchschnittlich 14 Prozent und eine Erhöhung der Preise um 20 bis 35 Prozent verlautbarte.“ Damit wird klar und deutlich die Mechanik aufgezeigt — in einer amerikanischen Zeitung! Der Hochkommissar befiehlt „Antreten!“; die Regierung tritt an, nimmt den Befehl entgegen, und der Befehl wird durchgeführt. (*Erregte Zwischenrufe.*)

Zur Zeit des 5. Lohn- und Preisabkommens hat der Chef der Marshallplan-Verwaltung Mr. Foster im Juli 1951 erklärt: „Die Hauptanstrengung Europas in den nächsten zwei bis drei Jahren muß darin bestehen, eine ausreichende militärische Verteidigung zu erreichen. Die Produktion muß in dem größten

tragbaren Ausmaß auf dieses Ziel gerichtet sein. Das bedeutet wiederum die Fortsetzung der Beschränkungs- und Sparmaßnahmen im zivilen Verbrauch.“ Das ist das Programm der eisernen Sparsamkeit des Herrn Finanzministers! Hier wird gespart für Blut und Eisen! Das ist der Inhalt dieser eisernen, dieser blutigen Sparsamkeit, die auf Kosten des arbeitenden Volkes in Österreich betrieben wird!

Hand in Hand damit geht die bewußte systematische Preistreiberei in Österreich. Man soll uns doch nicht einreden, hier handle es sich um zufällige, unwillkürliche, spontane Bewegungen auf dem Markt. „Der österreichische Volkswirt“, keine kommunistische Zeitschrift, hat am 3. März 1950 festgestellt: „Die in den letzten Monaten eingetretene Reallohnsenkung ist eine Folge bewußter wirtschaftspolitischer Sparmaßnahmen.“

Die Wiener Handelskammer hat im September 1951 wörtlich festgestellt: „Dieser Umweg — der Inflation — wird gegangen, weil eine offene Einschränkung der Einkommen von den Regierungen als unpopulär abgelehnt wird. Die Welt will betrogen werden, also möge sie durch Inflation betrogen werden.“ Das wurde wörtlich von der Wiener Handelskammer erklärt. „Jede Maßnahme gegen die Inflation“, so heißt es in dieser Erklärung der Wiener Handelskammer, „würde die Rüstungspolitik schwerstens beeinträchtigen.“ Also ein planmäßiges Zusteuern auf eine Inflation im Interesse der Kriegswirtschaft, im Interesse der amerikanischen Aufrüstung — das ist der Preis, den das österreichische Volk für die Marshallhilfe zu bezahlen hat — ich muß sagen, ein Preis, der ins Gigantische steigt, ein Preis, der im vollen Widerspruch zu den elementaren Lebensinteressen der arbeitenden Menschen in Österreich steht.

Aber, meine Damen und Herren, Österreich wurde und wird nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch in das System der Kriegsvorbereitungen einbezogen. Die Tatsachen sind alarmierend. Die alte österreichische Kulturstadt Salzburg ist zum Hauptstandort einer militärischen Frontlinie geworden, die von Triest und Livorno bis an die Nordsee reicht. Ich hatte Gelegenheit, in Salzburg das Werden des großen amerikanischen Militärlagers von Siezenheim zu sehen. Wenn man von Salzburg die Straße nach Siezenheim fährt, fällt einem vor allem schon vor Siezenheim ein riesiges Lager mit amerikanischen Posten auf. In diesem Lager werden Flugzeugmotoren für den Krieg hergestellt. Das Lager von Siezenheim selber, wo Tag und Nacht, Sonntag und Feiertag gearbeitet wird, hat gigantische Ausmaße. Es soll dazu dienen,

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2321

25.000 Mann amerikanischer Truppen Quartier zu geben. Diese Militärstadt liegt an der von Hitler geplanten und zum Teil auch ausgeführten Rollbahn München—Salzburg zwischen zwei großen Militärfugplätzen. Dort werden unterirdische Munitionsdepots, unterirdische Lager und Vorrichtungen für alle Eventualitäten des Krieges gebaut.

Über diese militärische Bautätigkeit bei Salzburg hat sogar eine bürgerliche Zeitung, die „Oberösterreichischen Nachrichten“, am 17. August d. J. geschrieben: „Die amerikanischen Militärbauten in Siezenheim beanspruchen einen derart hohen Aufwand an Menschen und Material, daß dadurch die Bauwirtschaft in den westlichen Bundesländern empfindlich gestört und die Lage im Baugewerbe mit jedem Tag verworrener wird.“

Es werden nicht nur die Kasernen, die Munitionsdepots, die Flugplätze von Siezenheim gebaut, es werden überall in der westlichen Besatzungszone Kasernen, Flugplätze, unterirdische Munitionsdepots, strategische Straßen und Brücken errichtet. Es wird tatsächlich das westliche Österreich zum militärischen Aufmarschgebiet für einen dritten Weltkrieg umgewandelt. Es ist allgemein bekannt, ja es wurde aus London offiziell mitgeteilt, daß Südösterreich direkt dem Kommando Eisenhowers unterstellt wird, daß ein Kommandobereich der Atlantikmacht aus Südösterreich, Italien und Afrika besteht. Man hat kein Wort der Entgegnung, kein Wort des Protestes gegen diesen ungeheuerlichen Bruch des Kontrollabkommens, gegen diesen Bruch aller völkerrechtlichen Vereinbarungen gehört.

Nun weiter, meine Damen und Herren! Die Amerikaner haben vor längerer Zeit öffentlich bekanntgegeben, daß sie ihre Besatzungsarmee in Westösterreich zu einer Operationsarmee, zu einer Kampfarmee umgestellt haben. Ich möchte auch dazu eine Reihe von nichtkommunistischen Stimmen zur Beweisführung heranziehen. Nach einem Bericht der Zeitschrift „Die Wirtschaft“, die der ÖVP nahesteht, vom 2. Juni 1951 hat Präsident Truman im April erklärt, daß die Völker in Westdeutschland, Triest, Jugoslawien und Österreich „einen Raum von einzigartiger strategischer Bedeutung bewohnen“.

Kurz zuvor, im Mai 1951, haben die „Salzburger Nachrichten“ einen großen Bericht über amerikanische Manöver in der Gegend zwischen Fuschl und Wallersee veröffentlicht. In diesem Bericht heißt es: „Die Operationen stellen nur einen Ausschnitt aus einer viel breiteren imaginären Operation, nur einen Abschnitt einer langen mitteleuropäischen Front dar. Lange Kolonnen von Militärfahrzeugen, Munitionswagen, Panzern und Kanonenzügen nehmen

an diesen Manövern teil. Die Operation wird als Angriff der westlichen Truppen gegen den Osten geführt.“

Meine Damen und Herren! Ich möchte aus der Unzahl der strategischen Kriegsvorbereitungen in den westlichen Bundesländern nur einige wenige Details herausheben. Im Loferer Hochtal, streng abgesperrt, wird ein riesiges unterirdisches Munitionsdepot errichtet. Die kleine Stadt Saalfelden ist zum Hauptumschlagplatz für Munitionstransporte geworden, in unmittelbarer Nähe wurde eines der größten amerikanischen Militärlager errichtet. In Zell am See wurde ein großes unterirdisches Munitionsdepot und ein Militärfugplatz errichtet. Zentrum der militärischen Kriegsvorbereitungen in Tirol ist das Solbad Hall, in dessen Nähe sich das alte Militärlager der Deutschen, Rum, befindet, das nun zu einem Militärlager der Atlantikblockmacht wurde. Auch hier werden große Munitionsstollen in den Berg eingetrieben. In Tirol wird im Gschnitztal ein ähnliches Militärlager errichtet.

Die ÖVP-Zeitung „Tiroler Nachrichten“ hat am 14. August dieses Jahres darüber berichtet: „Als die ersten Lastautos und Jeeps zum Einsatz kamen, fuhr man einfach in Kornfelder und hochstehendes Gras hinein. Man begann sofort mit dem Straßenbau, und alles schien sehr rasch gehen zu müssen. Österreichische Firmen, die 40 Baracken für das Lagerpersonal bauen sollen, rollten mit Mann und Werkzeug an. Wie man erfährt, soll unter anderem Matrei am Brenner, Gries und Navis auch auf einem Verteidigungsprogramm stehen.“ Es wird also hier ganz systematisch der Westen Österreichs in die Kriegsvorbereitungen des Atlantikblocks eingegliedert.

Nun, meine Damen und Herren, man könnte erwidern: Gibt es nicht Ähnliches auch in der sowjetischen Zone? Ich möchte darauf hinweisen, daß der sowjetische Hochkommissar, Generalleutnant Swiridow, die übrigen Alliierten aufgefordert hat, eine Kommission aus allen vier Alliierten einzusetzen, die berechtigt ist, in allen vier Besatzungszonen alles zu überprüfen, was es da an Kriegsvorbereitungen gibt. (*Ruf: Döllersheim!*) Das ist der Vorschlag des sowjetischen Hochkommissars. Die anderen Hochkommissare haben es bisher vorgezogen, darauf keine Antwort zu geben, weil eine solche Kommission in der sowjetischen Zone keinerlei Kriegsvorbereitungen feststellen würde (*Heiterkeit*), während in den westlichen Zonen die massivsten Kriegsvorbereitungen festzustellen sind. (*Zwischenrufe.*)

Diese Kriegsvorbereitungen in Österreich sind alarmierend für das ganze österreichische Volk. Ich wiederhole: sie widersprechen nicht nur eklatant dem Kontrollabkommen, sie

2322 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

widersprechen nicht nur allen völkerrechtlichen internationalen Vereinbarungen, sondern sie bedeuten eine unmittelbare Gefährdung Österreichs, sie machen aus Österreich ein militärisches Aufmarschgebiet, ein Sprungbrett für einen dritten Weltkrieg.

Und hier, meine Damen und Herren, muß man die Frage erheben: Was hat die österreichische Regierung unternommen, um dagegen irgendwie Protest einzulegen? Sie protestiert ja so gern. Sie protestiert, wenn die sowjetische Besatzungsmacht irgendwo ein paar Schulclassen beschlagnahmt. (*Heiterkeit.*) Ich habe nichts gegen diese Proteste, aber es ist auffallend: Protestiert wird bei jeder kleinsten Maßnahme der sowjetischen Besatzungsmacht, aber wenn in Österreich unmittelbar der Krieg vorbereitet wird, wenn ein Teil Österreichs unmittelbar dem Kommando der Atlantikblockarmee unterstellt wird, dann findet diese Regierung nicht ein Wort des Protestes, dann lehnt es diese Regierung ab, die Interessen Österreichs, den Frieden Österreichs gebührend wahrzunehmen. (*Zwischenrufe.*) Aber die Regierung ist mit Protesten sofort bei der Hand, wenn z. B. eine Tagung des Weltfriedensrates in Wien stattfinden soll. Da tritt der Minister rat zusammen, da wird sofort protestiert, denn den Herren wird rot vor den Augen und schwarz in der Gehirnhöhle, wenn sie nur das Wort Friede hören. Männer wie Joliot-Curie, Pablo Picasso, Ilja Ehrenburg, deren Namen der Welt bekannt sind, was man von den Namen der österreichischen Regierungsmitglieder nicht behaupten kann, sie werden mit einer ironischen Handbewegung über dieses Gesumm politischer Eintagsfliegen hinweggehen. Der Nobelpreisträger Joliot-Curie hat es nicht notwendig, sich von einem österreichischen Minister bescheinigen zu lassen, daß er eine Persönlichkeit ist, die der Welt, die der Menschheit angehört. (*Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Daß es zu Protesten der österreichischen Regierung nur kommt, wenn irgendwo von Frieden gesprochen wird, daß aber keinerlei Proteste erfolgen, wenn der Krieg in Österreich vorbereitet wird, das hängt mit noch ernsteren Dingen zusammen. Tatsächlich ist die österreichische Regierung unmittelbar an den Kriegsvorbereitungen in Österreich beteiligt. Die österreichische Gendarmerie im Westen, die Alarmbataillone dieser Gendarmerie werden zu den Kerntruppen eines Bundesheeres ausgebaut.

Erlauben Sie mir, wieder einige nicht-kommunistische Stimmen dafür anzuführen. Zunächst die Stimme eines englischen Generalleutnants. Der englische Generalleutnant Martin hat am 25. April 1950 in der konservativen Zeitung „Daily Telegraph“

folgendes veröffentlicht: „Ich erinnere daran, daß in Österreich bis auf den heutigen Tag eine von den Amerikanern mit Waffen ausgerüstete Gendarmerie besteht, die als Stamm für die zukünftige österreichische Armee dienen wird.“

Der amerikanisch lizenzierte „Tagesspiegel“ in Berlin hat am 14. August 1951 folgendes geschrieben: „Österreichs Beitrag“ — zu den Rüstungen — „sind im vergangenen Jahr eingerichtete Gendarmerieschulen, die in Westösterreich unter den politisch verlässlichen jungen Männern werben. Jede der drei westlichen Zonen hat ein solches Ausbildungszentrum, und der gesamte Bestand der bereits felddienstfähigen Gendarmerietruppen (neben denen es noch die normalen Sicherheitskorps gibt) beträgt immerhin schon rund 8000 Mann. Die von amerikanischen Instruktoren ausgebildeten Einheiten haben deutsche und amerikanische Infanteriewaffen, Granatwerfer und amerikanische Panzerspähwagen. Sie sind als integrierender Bestandteil der grundsätzlich bewilligten österreichischen Armee anzusehen und sollen, trotz des Protestes der Russen, für Grenzschaufgaben verwendet werden. Da es sich um Soldaten mit Kriegserfahrung und genauer Ortskenntnis handelt, ist ihr Wert für die Zukunft recht hoch anzurechnen.“ (*Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Hier wird eine schwarze Wehrmacht aufgebaut. Hier wird ein schon seinerzeit erwogener Plan, eine Wehrmacht in drei Phasen aufzubauen, in der ersten Phase bereits durchgeführt. Diese Gendarmerie unternimmt zum Teil Manöver im Rahmen der Angriffspläne der Atlantikblockarmee.

Erlauben Sie, daß ich wieder den Bericht einer bürgerlichen Zeitung vorlese. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ haben am 3. Oktober 1951 geschrieben: „Gestern vormittag stürzten plötzlich Gewehrschüsse, Maschinengewehrfeuer und das knappe Bellen der 3,7 cm-Geschütze die friedliche Ruhe des herbstlichen Landes. Das Alarmbataillon Oberösterreich und Salzburg der Bundesgendarmerie, bestehend aus den Mitgliedern der Gendarmerieschulen Linz, Ebelsberg, Stadl-Paura und Steyr, hatte seine erste feldmäßige Übung durchgeführt.“ Sämtliche Gendarmen in voller Feldausrüstung mit mehr als 90 Fahrzeugen amerikanischer Herkunft haben an diesen Manövern teilgenommen. Am Nachmittag wurde in Wels vor dem Hotel Greif, dem Kasino der amerikanischen Offiziere, eine Parade abgehalten. Der erste Funkwagen der Gendarmerie war gefolgt von zwei Jeeps mit amerikanischen Kennnummern, denen zwei amerikanische Offiziere in voller Feldausrüstung entstiegen, die gemeinsam mit den

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2323

österreichischen Gendarmerieoffizieren die Parade abnahmen.

Hier sehen wir die offene Unterstützung der Kriegsvorbereitungen in Österreich. Es scheint uns, daß es die Aufgabe der österreichischen Regierung wäre, im Zusammenhang mit der Gesamtlage, in der sich Österreich befindet, in jeder Weise ausgleichend zu wirken; also nicht auf Gegensätze, nicht auf kriegerische Austragung von Konflikten zu spekulieren, sondern alles zu tun, um einer Verständigung der Großmächte, der einzigen Grundlage des Friedens zu dienen.

Meine Damen und Herren! Es muß allen klar sein — und sogar das Zentralorgan der ÖVP hat es ausgesprochen —, daß der österreichische Staatsvertrag nur im Zusammenhang mit einer internationalen Verständigung zu erreichen ist, daß es eine lächerliche Vorstellung ist, man könne einen Staatsvertrag ertrotzen, man könne einen Staatsvertrag provokatorisch durch eine einseitige Orientierung erreichen. Es ist ganz klar, daß Österreich, das den Staatsvertrag dringend braucht, das den Abzug der Besatzungstruppen dringend braucht, das dringend Grundlagen einer friedlichen Entwicklung braucht, mehr noch als andere Länder an einer weltpolitischen Verständigung interessiert sein muß. Die österreichische Außenpolitik war und ist von anderen Gesichtspunkten geleitet. Der österreichische Außenminister hat vor einigen Jahren erklärt, man könne einen Staatsvertrag erst erwarten, wenn sich die Kräfteverhältnisse zugunsten des Westens geändert haben. Nun, die Kräfteverhältnisse haben sich seither in der Welt geändert! Seither gab es in der Welt die große, siegreiche chinesische Revolution eines Volkes von 575 Millionen, seither gab es in der Welt ein Anwachsen der kolonialen Freiheitskämpfe von nie dagewesenem Ausmaß, seither gab es in der Welt eine Festigung der volkdemokratischen Systeme, seither gibt es in der Welt Iran, Ägypten, Syrien, gibt es in der Welt die Revolution der arabischen Völker gegen die Kolonialherrschaft. Ja, die Kräfteverhältnisse haben sich gewaltig geändert, und sie werden sich weiter gewaltig ändern! Nicht zugunsten des zerfallenden und verfaulenden kapitalistischen Westens, sondern zugunsten einer aufsteigenden Gesellschaft, zugunsten jener Völker, die an Freiheit und Frieden interessiert sind. *(Zwischenrufe.)*

Es wäre vielleicht an der Zeit, die Grundlagen der österreichischen Außenpolitik, der österreichischen Politik zu überprüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, von der Politik der Provokationen, von den Erwartungen auf das „unwiderstehliche“ Amerika abzukommen, sich

nüchterner, realistischer einzustellen und alles zu tun, um eine Politik der Verständigung, um eine Politik des internationalen Ausgleiches zu begünstigen.

Meine Damen und Herren! Österreich braucht vor allem Unabhängigkeit, und das Wesen, der Inhalt der österreichischen Politik müßte der Kampf um die Unabhängigkeit unseres Landes sein.

Was heißt unter den gegebenen schwierigen Bedingungen, deren Schwierigkeit ich nicht leugne, Kampf um Unabhängigkeit? Was heißt Unabhängigkeit Österreichs?

Es wäre vor allem die strikte Heraushaltung Österreichs aus allen Kriegskombinationen, aus allen Kriegsblöcken und Kriegsbündnissen, es wäre eine pakt- und bündnisfreie Außenpolitik notwendig. Es wäre notwendig, keine einseitige Orientierung zu haben, die immer verhängnisvoller für das Lebensniveau unseres Volkes, für die Sicherung des Friedens in Österreich wird. Es wäre eine Politik notwendig, die sowohl mit dem Osten wie mit dem Westen gute Beziehungen unterhält, eine Politik, die ihr Ziel nicht in Provokationen sieht, sondern im Gegenteil darin, klug, vernünftig, weitsichtig jede Maßnahme zu unterstützen, die geeignet ist, einer Entspannung näherzukommen.

Es wäre ein Ausbau der österreichischen Wirtschaft notwendig, nicht nach strategischen Gesichtspunkten, nicht nach Gesichtspunkten der Kriegswirtschaft, sondern einzig und allein im Interesse der Hebung des Lebensniveaus der österreichischen Bevölkerung. Es wäre notwendig nicht eine Politik der Konsumdrosselung, nicht eine Politik der Herabsetzung des Realeinkommens, sondern eine Wirtschaftspolitik der Konsumsteigerung, eine Politik des Brotes und nicht eine Politik der Kanonen.

Es wäre notwendig, den Außenhandel nicht in den Dienst der Kriegsvorbereitungen zu stellen, sondern sich im Außenhandel nur von den wirtschaftlichen Bedürfnissen Österreichs, von den innerwirtschaftlichen Bedürfnissen unseres Volkes leiten zu lassen und einen Außenhandel nicht nach strategischen Grundlagen, sondern nur nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in völliger Gleichberechtigung durchzuführen.

Es wäre notwendig, das auf ein unerträgliches Maß gesunkene Realeinkommen der Massen der arbeitenden Bevölkerung zu heben, es wäre notwendig, die Löhne und Gehälter zu steigern, damit das Leben, die Existenz der Massen irgendwie möglich ist, die Löhne und Gehälter auf Kosten der phantastischen, der abenteuerlichen Profite zu steigern, die in den letzten Jahren in Österreich eingesteckt

2324 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

wurden. Nur eine solche Politik der Steigerung des Massenkonsums kann auch eine Politik der Konsolidierung der österreichischen Wirtschaft sein.

Es wäre notwendig, eine unerbittliche Preiskontrolle mit schärfsten Strafsanktionen durchzuführen und die arbeitende Bevölkerung selbst zu dieser Kontrolle mit heranzuziehen.

Es wäre notwendig, das System der unerträglichen Massenbesteuerung in Österreich zu lockern und es durch ein System zu ersetzen, in dem die Kapital- und die Luxussteuern überwiegen, ein System, das endlich einmal auch die Reichen in Österreich zu einem gewissen Beitrag für den Aufbau der österreichischen Wirtschaft heranzieht.

Und es wäre vor allem notwendig, keinen einzigen Groschen für Kriegszwecke, keinen einzigen Groschen für Aufrüstung, sondern alle Summen für den Wohlstand des österreichischen Volkes auszugeben.

Meine Damen und Herren! Fragen Sie über dieses Parlament hinaus die Massen des Volkes, wie sie über die Wirtschaftspolitik der Regierung denken! Haben Sie den Mut, die Massen des Volkes zu einem Volksentscheid, zu einer Volksabstimmung aufzurufen (*Zwischenrufe*), und Sie werden sehen, daß diese Kritik an der Wirtschaftspolitik, diese Forderungen nach einer Wendung Forderungen der breitesten Massen aller Parteirichtungen in Österreich sind.

Meine Damen und Herren! Die Wahl des Bundespräsidenten, die Wahl Körners, hat gezeigt, daß sich die Situation in österreichischen Volke geändert hat. Die Situation ändert sich weiter. Diese molekularen Prozesse drängen einem Ausbruch, einer Wendung entgegen. Bei einer solchen Volksbefragung ergäbe sich die Möglichkeit, die Kräfteverhältnisse zu ändern, es wäre die Möglichkeit, die Grundlagen für eine Politik des Friedens, für eine Politik der Unabhängigkeit, für eine Politik des Brotes herbeizuführen. Freilich, mit dieser gegenwärtigen Regierung, von deren Unfähigkeit sogar der Grazer Arbeiterkammertag gesprochen hat, gibt es keine Rettung für Österreich. Darüber muß man sich im klaren sein. Das Budget, das vorgelegt wurde, ist der Ausdruck dieser Ausweglosigkeit der österreichischen Situation unter dem Regime der gegenwärtigen Regierung. Wir stimmen daher gegen dieses Budget und gegen die gesamte Politik dieser verhängnisvollen Bundesregierung!

Abg. Dr. Bock: Hohes Haus! Obwohl ich, wie ich glaube, der richtigen Auffassung bin, daß das Hohe Haus den Ausführungen meines Vorredners sowieso keine Beachtung geschenkt

hat, kann ich es mir nicht ersparen, doch eine Bemerkung dazu zu machen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die kommunistischen Abgeordneten in diesem Hause Hochverräter sind, dann wäre die Rede des Abg. Fischer dieser Beweis gewesen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und nun sei es mir gestattet, zum Thema unserer heutigen Verhandlungen zurückzukommen und vor Eingang in die einzelnen Kapitel des Budgets einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Wir begrüßen es als ein Zeichen der inneren Festigkeit unserer Demokratie, daß es wieder so wie in den vergangenen Jahren möglich gewesen war, das Budget rechtzeitig vorzulegen, was bedeutet, daß sich die beiden Regierungsparteien über die Ansätze dieses Budgets geeinigt haben. Daß das nicht immer leicht war, ist selbstverständlich und wird ja auch noch in den kommenden Verhandlungen hier im Haus bewiesen werden.

Natürlich hat auch dieses Budget mit seinen Vorgängern leider wieder das gemeinsam, daß lange nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt werden können. Der Herr Finanzminister hat gestern in seiner Rede selbst eine Reihe der unerfüllt gebliebenen Wünsche aufgezählt.

Wenn ich von diesen nur einen herausgreife, so ist es der, daß wir leider wiederum einen Betrag für die endliche Wiedergutmachung bei den politisch Verfolgten vermissen müssen. Ich möchte aber feststellen, daß dieses Problem um so schwieriger werden wird, je länger wir es hinausschieben. Die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten hat ja, wie aus den Tageszeitungen bekannt ist, dem Herrn Finanzminister einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreitet. Die Zahlen des Budgets beweisen ja nun leider, daß der Einbau dieser Forderung bisher nicht erfolgt ist. Ohne hier den Verhandlungen vorgreifen zu wollen, möchte ich aber feststellen, daß gerade dieses Kapitel so lange nicht von der Tagesordnung abgesetzt werden kann und darf, bis es einer befriedigenden Regelung unterzogen werden kann.

Auch die anderen nicht geregelten Fragen, die vor allem den Personalaufwand betreffen, bereiten uns eine schwere Sorge. Ich möchte aber hier namens meiner Partei erklären, daß die Unmöglichkeit, für diese Dinge im vorliegenden Budget eine entsprechende Vorsorge zu treffen, nicht bedeutet, daß die Probleme als erledigt gelten, sondern es wird unsere Sorge sein, nach Mitteln und Wegen zu suchen, künftig die Angleichung der Pensionen, die weitere Valorisierung der Bezüge der öffentlich Angestellten, die Einführung eines Quartiergeldes und die Fragen der Kinderbeihilfe und der Altersversicherung der wirt-

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2325

schaftlich Selbständigen einer vernünftigen und ausreichenden Regelung zuzuführen. Auch die Anrechnung der drei verlorenen Dienstjahre bei den ehemaligen minderbelasteten Personen im öffentlichen Dienst harret noch ihrer Erledigung.

Und noch eine allgemeine Bemerkung ist zu machen: Auch das Budget 1952 ist wieder der Beweis eines geordneten Staatshaushaltes, trotz des im Gegensatz zu einer irrtümlichen amtlichen Aussendung nicht 6 Prozent, sondern 6 Promille betragenden kleinen Defizitbetrages und trotz des Umstandes, daß dieses Budget Beträge in einer Summe von mehr als 18 Milliarden Schilling ausweist.

Dazu, meine Damen und Herren, ein offenes Wort. Es macht niemandem in Österreich Freude, die steigenden Budgetziffern seit 1946 zu verfolgen; aber so ist es ja nun wieder nicht, wie Übelwollende oder Überängstliche behaupten, daß diese ziffernmäßige Ausweitung der Budgetsumme ein besonderes Unglück für Österreich darstellte. Wer so tut, als ob mit der heuer erreichten Budgetsumme die österreichische Wirtschaft zusammenbrechen müßte, vergißt — sei es absichtlich oder unabsichtlich — die Tatsache, daß auch die Ansätze des Budgets sich der inneren Kaufkraft der Währungseinheit anpassen müssen.

Ein Vergleich mit den Budgetziffern von 1938 beweist nun, daß die Summe des heurigen Budgets tatsächlich nicht höher ist, als die allgemeine Geldentwicklung es verlangt. Bei einem richtigen Vergleich der Budgetziffern von 1938 und 1952 kann man allerdings die vorliegenden Budgetziffern nicht so ansetzen, wie sie im Bundesfinanzgesetz enthalten sind, sondern beide Budgetziffern — sowohl die von 1938 als auch die von 1952 — bedürfen einiger Korrekturen. Vor allem sind aus dem Budget 1952, um einen richtigen Vergleich mit 1938 herstellen zu können, alle jene Ziffern zu eliminieren, die im Budget 1938 nicht enthalten sind. Es handelt sich vor allem um folgende Positionen: Das Kapitel über die Österreichischen Bundesbahnen, die mit einem Betrag von 4914 Millionen Schilling im Budget 1952 zu Buch stehen, ferner die Subventionen mit 700 Millionen Schilling, die Vorsorge für die Besoldung der Pflichtschullehrer mit 685 Millionen Schilling, die bis 1938 Angelegenheit der Länder war. Dann ist aus dem Kapitel für Soziales vor allem der Betrag für die Kriegsoferfürsorge zu eliminieren, und zwar in folgender Weise: Im Budget 1952 sind für die Kriegsoferfürsorge 1025 Millionen Schilling angesetzt. Die Zahl der in Kriegsoferfürsorge stehenden Personen beträgt gegenwärtig rund 500.000. Will man nun ein richtiges Verhältnis zu der Belastung

gegenüber 1938 herstellen, so ist zu berücksichtigen, daß wir 1938 rund 157.000 kriegsoferbefürsorgte Personen hatten. Von dem Betrag von 1025 Millionen Schilling aus dem vorliegenden Budget ist somit etwa ein Drittel zu eliminieren, so daß beim Vergleich mit der Budgetsumme 1938 rund 700 Millionen Schilling abzuziehen sind. Ebenso ist der Betrag von 44 Millionen Schilling für die Opferfürsorge wegzunehmen, ferner aus dem Kapitel Soziale Verwaltung der Betrag von 180 Millionen Schilling, der für den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds eingesetzt ist und der der Einnahmepost aus den neu zu schaffenden Wohnbauförderungsbeiträgen entspricht.

Vollständig neu gegenüber 1938 sind die beiden Posten Besatzungskosten mit 420 Millionen Schilling und Kinderbeihilfe mit 1 Milliarde Schilling. Nimmt man ferner an, daß, wie der Herr Finanzminister ausgeführt hat, eine Belastung des Budgets durch eine bedeutende Vermehrung der Bundesstraßen eingetreten ist, so kann man auch aus diesem Titel 100 Millionen Schilling für Vergleichszwecke eliminieren. Das ergibt also insgesamt, rund gerechnet, einen Betrag von 8740 Millionen Schilling, der von der Budgetsumme 1952 abzuziehen ist.

Bei der Budgetziffer 1938 mit insgesamt 2012 Millionen Schilling ist zu Vergleichszwecken das Kapitel der Landesverteidigung mit 219 Millionen Schilling ebenfalls auszuscheiden, so daß — und das ist jetzt das Wesentliche — einer Vergleichsbudgetziffer von 1952 in der Höhe von etwas mehr als 10 Milliarden Schilling eine Vergleichsziffer von 1938 von rund 1,9 Milliarden Schilling gegenübersteht. Das ist etwas mehr als das Fünffache von 1938. Diese Vervielfältigung aber entspricht zweifellos dem Verhältnis der Preise von 1938 zu 1952. Ja, man wird sagen müssen, daß der durchschnittliche Preisindex eher noch höher liegt als der Vervielfältiger der Budgetziffer von 1938. Daß diese Relation überhaupt möglich ist, verdanken wir dem Opfer der öffentlich Angestellten, die sich zum überwiegenden Teil, auch trotz des letzten Nachziehverfahrens, noch immer mit sehr bescheidenen Bezügen begnügen. Damit ist aber auch eindeutig bewiesen, daß das ganze Gerede über inflatorische Tendenzen des Budgetgesetzentwurfes von 1952 eben nur Gerede ohne sachlichen Inhalt ist.

In diesem Zusammenhang erscheint es zweckmäßig, auf die Frage der Stabilität unserer Währung überhaupt einzugehen. Es erscheint notwendig, den überall auftretenden Gerüchten über eine angebliche Währungsänderung oder bevorstehende inflatorische Maßnahmen energisch entgegenzutreten. Ich

2326 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

möchte zuerst einmal kurz untersuchen, warum ein Vertrauen zum Schilling in der österreichischen Bevölkerung leider nicht vorhanden ist. Die Ursache ist in zwei Dingen zu suchen. Einmal ist es — das muß wieder einmal klar und deutlich ausgesprochen werden — die Währungspolitik, die nach 1938, nach der Okkupation hier gemacht wurde. Man hat damals bekanntlich mangels einer richtigen Deckungsmöglichkeit für die damalige Währung, entgegen allen geltenden Grundsätzen und bar jeder vernunftmäßigen Überlegung, einfach aus propagandistischen Gründen erklärt, die Deckung der Währung und somit die Erhaltung ihrer Stabilität sei in der Arbeitsleistung des Volkes gelegen. Jeder, der nur ein wenig von Wirtschafts- und Währungspolitik versteht, wußte, daß diese Formulierung ein aufgelegter Schwindel war und nur dazu diente, das völlige Währungsfiasco des Dritten Reiches irgendwie zu kaschieren. Die Tatsachen haben ja auch in kürzester Zeit bewiesen, daß die damalige Reichsmarkwährung infolge der Inflationspolitik überhaupt jeden internationalen Wert verloren hat, während im Innern des Landes — und darum entstand der Irrtum — durch die Maßnahmen der drakonischen Strafjustiz des Dritten Reiches die Kaufkraft gegenüber den immer weniger und weniger werdenden Waren fiktiv erhalten blieb. Ein tatsächliches Bild auch des inneren Wertes der Reichsmark von damals zeigte sich ja bei jenen Warengruppen, deren Preise nicht gestoppt waren, zum Beispiel auf dem gesamten Sektor des Kunsthandels, auf dem die Preise schon damals inflatorische Werte erreicht haben.

Dieses fiktive Gebäude eines nur mehr scheinbar aufrechterhaltenen Wertes der Reichsmarkwährung mußte in dem Augenblick zusammenbrechen, da auch die Staatsgewalt zusammenbrach, die mit Waffengewalt dieses Gebäude stützte. Wir konnten dann anlässlich der Konversion Reichsmark in Schilling feststellen, welche ungeheure Geldsummen tatsächlich im Umlauf gewesen sind. Die Währungs- und Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches ist also die erste und zweifellos bedeutsamste Ursache, warum das Vertrauen der Staatsbürger in ihre Währung hierzulande nicht nur erschüttert, sondern geradezu vernichtet wurde.

Nun müßte es selbstverständlich sein, daß diese Erkenntnis allgemein in der Bevölkerung auch zu richtigen Schlüssen führt. Leider aber war und ist dem nicht so. Es war ein von jeder Fachkenntnis ungetrübter Aberglaube, wenn man etwa nach der Wiederherstellung des österreichischen Staates die Meinung hatte, daß die damals noch ziffermäßig vorhandenen Werte auch nur annähernd

erhalten werden könnten. Die Eingriffe anlässlich der Währungskonversion von Reichsmark in Schilling und später das Währungsschutzgesetz vom Jahre 1947 haben ja auch tatsächlich keinen anderen Sinn gehabt, als den ziffermäßigen Wert der im Umlauf befindlichen Geldmittel halbwegs wiederum dem tatsächlichen inneren Wert anzupassen. Es ist uns noch allgemein in guter Erinnerung, auf welche Ablehnung insbesondere das Währungsschutzgesetz vom Jahre 1947 in weiten Bevölkerungskreisen gestoßen ist. Aber an der Tatsache, daß von ehemaligen alten Sparguthaben in Banken und Sparkassen faktisch nicht mehr als eine Ziffer auf einem Kontoblatt vorhanden war, der jeder materielle Hintergrund fehlte, ließ sich eben nichts ändern. Wenn wir heute auf die Auswirkungen des Währungsschutzgesetzes zurückblicken, können wir feststellen, daß diese Maßnahme notwendig und in ihren Wirkungen absolut erfolgreich gewesen ist, denn mit dem Währungsschutzgesetz 1947 wurde die damals tatsächlich drohende Inflation gebannt. Für den einfachen Mann hat sich die Sache allerdings nicht so klar und deutlich dargestellt, denn er sah im neuerlichen Abstrich seines Bargeldes im Verhältnis 3:1 nichts anderes als eine Wegnahme ersparten Geldes. Es ist zwar falsch, aber immerhin verständlich, wenn auch aus dieser Tatsache in der Bevölkerung eine gewisse Angst vor solchen neuerlichen Maßnahmen zurückgeblieben ist.

Das also ist die eine Seite des heute herrschenden Mißtrauens in die österreichische Währung. Die andere Ursache aber ist — und das müssen wir mit besonderer Deutlichkeit immer wieder feststellen — in dem sehr oft von böser Absicht getragenen Gerede zu finden, in dem absichtlichen Gerüchtemachen über den Wert des Geldes, mit einem Wort in der von Staatsfeinden beabsichtigten Panikmache in Geldfragen. Es gibt zweifellos allenthalben hier im Lande Personen und Personengruppen, die ein Interesse daran haben, den österreichischen Staat und seine Wirtschaft zu schädigen. Das aber kann man sehr gut und sehr leicht tun, indem man haltlose und unwahre Gerüchte in die Welt setzt. Ich habe demgegenüber namens meiner Partei festzustellen, daß kein Mensch bei uns auch nur im entferntesten daran denkt, irgendwelche Währungsmanipulationen vorzunehmen, zumal hiezu nicht der geringste Anlaß besteht. Niemand denkt daran, eine neue Währung einzuführen oder Banknoten abstempeln und umtauschen zu lassen oder von den Bargeldbeständen oder Guthaben bei den Sparkassen und Banken Abstriche zu machen. Die österreichische Bevölkerung darf versichert sein, daß von keinem vernünftigen Menschen auch

nur im entferntesten all das erwogen wird, was in den Gerüchten der letzten Monate häufig böswillig behauptet wurde.

Besonderes Gewicht erhält das Budget des kommenden Jahres außerdem durch den Umstand, daß die Marshallplan-Hilfe eine wesentliche, über die Erwartungen der österreichischen Stellen leider nicht unbedeutend hinausgehende Kürzung erfahren wird.

Auch dazu ein paar Worte: Wir dürfen keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne immer wieder mit Dankbarkeit auf die großzügige Einrichtung des Marshallplanes hinzuweisen und entsprechend darzustellen, daß der Wiederaufbau der österreichischen Wirtschaft neben den in unserer eigenen Arbeitskraft, in unserem eigenen Vermögen, in den Bodenschätzen gelegenen Faktoren nicht unwesentlich durch den Marshallplan gefördert, in vielfacher Hinsicht überhaupt erst ermöglicht wurde. Der Marshallplan ist somit einer der Faktoren unserer wirtschaftlichen und damit auch unserer politischen Freiheit, und es ist daher selbstverständlich, daß dem Herrn Abg. Fischer gerade der Marshallplan nicht in seinen Kram paßt, denn wer die Freiheit Österreichs zu untergraben wünscht, der kann selbstverständlich auch mit all den Voraussetzungen nicht einverstanden sein, die eben zu dieser Freiheit führen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Darüber hinaus hat der Marshallplan überhaupt erst den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas ermöglicht, und wir sehen den besten Beweis für den grandiosen Erfolg dieser staatspolitisch einmaligen Tat des amerikanischen Volkes in dem Unterschied, der im Lebensstandard der Völker des freien Europas zu dem Lebensstandard der in den Volksdemokratien geknechteten Völker gelegen ist. Um nur zwei Beispiele zu nennen: Wenn wir uns im wesentlichen von den Fesseln der Bewirtschaftung befreien konnten, so sind alle Güter des täglichen Lebensbedarfes in den Volksdemokratien nach wie vor bewirtschaftet. Wenn wir die bösen Erscheinungen eines Schwarzmarktes wohl zur Gänze überwunden haben, so existiert diese Einrichtung offiziell anerkannt als Grauer Markt in allen Volksdemokratien. Unsere Erfolge aber waren nur möglich durch die aus dem Marshallplan kommende Unterstützung der österreichischen Wirtschaft.

Wir waren uns von Haus aus darüber im klaren — und das Statut des Marshallplanes hat es ja auch eindeutig angekündigt —, daß einmal der Endzeitpunkt dieser Auslandshilfe gegeben sein werde, und unser wirtschaftliches Bemühen mußte daher darauf gerichtet sein, bis zu diesem Endzeitpunkt

der österreichischen Wirtschaft alle jene Voraussetzungen zu schaffen, die sie in die Lage versetzen sollte, künftig auch ohne ausländische Hilfe bestehen zu können.

Das kommende Jahr wird daher eine Probe, und ich möchte sagen, eine harte Probe für die österreichische Wirtschaft und für ihre Verantwortlichen sein. Wir wissen, daß es unter allen Umständen gelingen muß, die Ausfuhr wesentlich zu steigern. Als eine der Voraussetzungen hiefür ist die Konkurrenzfähigkeit unserer Waren in Qualität und Preis anzusehen. Hinsichtlich der Qualität brauchen wir uns bestimmt keine Sorgen zu machen. Kritisch wird die Sache zweifellos erst beim Preis. Die österreichische Wirtschaft muß sich darüber im klaren sein, daß der unbedingte Zwang zum Export, dem wir nun unterliegen werden, unter Umständen Opfer auf der Preisseite verlangen wird. Dabei werden aber alle Komponenten, die zu diesem Ergebnis führen können, zu berücksichtigen sein.

Wir werden außerdem die Wirtschaft vor neuen Belastungen schützen müssen. Das kann aber nur geschehen, wenn wir wieder jene Faktoren ausschalten, die zwangsweise zu einer Belastung der Wirtschaft führen. Wenn die Wirtschaft also als unbedingte Voraussetzung ihrer weiteren Exportfähigkeit etwa einen Lohnstopp verlangt, so ist es klar, daß dieser Lohnstopp nur dann realisiert werden kann, wenn auch für den Arbeitnehmer ein Belastungsstopp, und ich möchte ausdrücklich sagen, weil ja der Arbeitnehmer in der Regel der wirtschaftlich Schwächere ist, auch eine fühlbare Belastungserleichterung eintritt. Hier wie überall in der Wirtschaft spielen die Kräfte zusammen. Wenn wir die Gestaltung der inländischen Konsumentenpreise so halten, daß die Arbeitnehmer ein dem allgemeinen österreichischen Lebensstandard angepaßtes Realeinkommen haben, dann, aber gewiß nur dann, wird niemand auf der Arbeitnehmersseite nach neuerlichen Lohnkorrekturen rufen. Dann wird es auch keine weiteren Belastungen für die Wirtschaft geben, und dann werden wir damit auch die Voraussetzungen für unsere weitere Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten geschaffen haben.

Darüber hinaus muß sich unser Augenmerk besonders auf den lohnintensiven Export von Fertigwaren richten. Dort, wo wir mit unseren Preisen auf den internationalen Märkten nicht mehr konkurrieren können, müssen Ausweichmöglichkeiten gefunden werden, sei es z. B. auf dem Wege über den Kompensationsverkehr, wobei allerdings wieder zu beachten ist, daß die dadurch bewirkte Verteuerung des Imports nur jene Güter betrifft, die nicht den all-

2328 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

gemeinen Lebensstandard betreffen. Außerdem wird es die Sorge der Finanzverwaltung sein, zu überlegen, ob der Export nicht überhaupt durch steuerliche Maßnahmen eine entsprechende Förderung erfahren muß. Allerdings wird dabei aber ebenso zu überlegen sein, ob nicht in jenen Fällen, wo es nach wie vor überhöhte Exportgewinne gibt, ein entsprechender Ausgleich erzwungen werden muß.

Eine ernste Mahnung aber wollen wir in diesem Zusammenhang auch an alle jene Faktoren im Staate richten, die für die Tarifgestaltung verantwortlich sind. Wir haben mit Bedauern gehört, daß der Herr Finanzminister die Notwendigkeit von Tarifierhöhungen bei den Bundesbahnen betont hat. Wir müssen die dringende Bitte aussprechen, daß — ich möchte so sagen — dieser Notwendigkeit nur im allernotwendigsten Rechnung getragen wird.

Dazu kommt aber auch die schon wiederholt vorgebrachte Forderung nach Vereinfachung aller jener staatlichen Maßnahmen, die die Führung der wirtschaftlichen Betriebe weitgehend beeinträchtigen. Ich meine hier vor allem die Notwendigkeit möglichst zweckmäßiger und vereinfachter Gesetzgebung, insbesondere auf dem Steuersektor. Ich habe in der Generaldebatte über das vorjährige Budget namens der Österreichischen Volkspartei den dringenden Wunsch nach einer Ordnung im Bilanzwesen ausgesprochen. Ich muß heute bedauern, daß dieser Wunsch keine Erfüllung gefunden hat. So haben wir leider bisher keine Zustimmung zu einem Schillingeröffnungsbilanzgesetz gefunden, sondern müssen uns mit Ersatzmaßnahmen im Rahmen des Steueränderungsgesetzes 1951 behelfen. Nun sind die positiven Erfolge dieses Steueränderungsgesetzes keineswegs abzuleugnen, wir müssen aber leider feststellen, daß auch dieses Gesetz wiederum komplizierte Berechnungen und eine Unsumme von Mehrarbeit in den Betrieben und in den Ämtern erfordert.

Die Österreichische Volkspartei ist der Auffassung, daß man gerade auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung endlich jene Schritte unternehmen müßte, die nicht nur die Steuerbelastung halbwegs erträglich gestalten, wie es ja durch das Steueränderungsgesetz 1951 zweifellos geschehen ist, sondern sowohl für die Finanzverwaltung wie für die Betriebe möglichst einfache Abrechnungssysteme gestatten.

In diesem Zusammenhang stelle ich fest, daß die Österreichische Volkspartei die Forderung nach neuerlicher Erhöhung der Umsatzsteuer kategorisch zurückgewiesen hat. Wenn wir auf der einen Seite einen Lohnstopp fordern, so können wir auf der anderen Seite nicht gleichzeitig eine jener Belastungen ein-

führen, die sich gerade auf dem Preissektor und damit auch auf dem Lohnsektor sehr unangenehm bemerkbar machen müßten. Jedermann weiß, daß die Erhöhung der Umsatzsteuer um 1 Prozent keineswegs eine Kostenverteuerung von nur einem Hundertstel im Endprodukt bedeutet, sondern daß jedes Prozent Umsatzsteuer beim Endprodukt eine Mehrbelastung von etwa 3½ bis 4 Prozent ausmacht.

Aus den gleichen Erwägungen haben wir uns nicht entschließen können, eine sogenannte Luxussteuer einzuführen. Hier liegen die Dinge noch weit schwieriger als bei einer allgemeinen Umsatzsteuer. Erstens erhebt sich die Frage, welche Gegenstände als Luxusgegenstände zu bezeichnen sind. Das berühmte Beispiel des Radioapparates wirft ja auch die Frage auf, ob man eine Verteuerung der Radioapparate wirklich verantworten kann; damit würde man schließlich nur erreichen, daß der kleine Mann eben einen Radioapparat nicht mehr erwerben kann, was zweifellos unserer sozialen Auffassung widerspricht. Außerdem zeigen die Erfahrungen, die man anderwärts mit einer Luxussteuer gemacht hat, deutlich, daß eine solche Steuer immer wesentlich weniger Erträge bringt, als man von ihr rechnerisch erwartet, weil mit der Auflage einer Luxussteuer in der Regel eine starke Umsatzschrumpfung verbunden ist. Wenn wir uns überlegen, welchen Betrag man durch eine solche Luxussteuer hereinbringen müßte, so kommt man zu dem Ergebnis, daß diese Luxussteuer etwa 6 bis 10 Prozent zur Umsatzsteuer dazu ausmachen müßte. Was das aber für den Absatz dieser Waren bedeuten würde, kann sich jeder selbst ausrechnen.

Wir haben uns daher für ein Budget entschlossen, das mit einer einzigen Ausnahme keine neue Belastung für die Bevölkerung enthält. Diese Ausnahme ist der Wohnbauförderungsbeitrag in der Höhe von 1 S pro Woche für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Gewiß, auch hier ergibt sich insofern keine besonders erfreuliche Tatsache, als wir den ohnehin schon drückenden Lohnabzug beim Arbeitnehmer und die ebenso drückende Lohnabgabe beim Arbeitgeber wieder um diesen einen Schilling pro Woche vermehren müssen. Andererseits ist der Erfolg, den wir mit dieser Abgabe erzielen können — das Budget weist hier in Kapitel 15 Titel 5 § 1 a einen Betrag von 180 Millionen aus —, so wertvoll, daß wir die Berechtigung dieser neuen Belastung anerkennen müssen.

Der unbedingte Exportzwang, dem wir — wie schon erwähnt — nun unterliegen, wird ohne Zweifel auch gewisse Einschränkungen im inländischen Verbrauch erfordern. Hier werden wir an der Tatsache nicht vorüber-

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2329

gehen können, daß wir künftig auf gewisse, nicht den rechnermäßigen Tatsachen unserer Wirtschaft entsprechende Dinge werden verzichten müssen. Ein Schulbeispiel dafür stellt die sogenannte Fleischkrise dar. Ich glaube, es geht über einen zu verantwortenden österreichischen Lebensstandard hinaus, wenn wir verlangen, daß ausgerechnet das Bedürfnis nach Schweinefleisch immer restlos befriedigt werden muß. Die Umstellung auf andere, jederzeit in ausreichendem Maße vorhandene Fleischsorten wird zweifellos eines jener für die Wirtschaft notwendigen Opfer sein, das wir am allerleichtesten tragen können. Ich glaube daher, daß jeder Dollar, den wir für den Import von Schweinefleisch zusätzlich ausgeben, als ungegerechtfertigte Verschwendung angesehen werden muß. Viel wichtiger ist die Frage, daß wir die Preise aller zur Verfügung stehenden Fleischsorten auf jenem Niveau halten, das es auch dem kleinen Mann ermöglicht, eine ausreichende Menge hiervon zu erwerben, während wir die Devisen besser etwa zur Herbeischaffung verbilligter Futtermittel verwenden sollten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Daß ein Budgetgesetz, dessen Positionen nicht voll ausgeglichen sind, im allgemeinen die Bedürfnisse nicht restlos befriedigen kann, ist ja selbstverständlich, aber im besonderen kommt das bei den Rechnungsansätzen des Kapitels für Inneres zum Ausdruck. Wenn wir bedenken, daß wir in diesem Kapitel alle jene Budgetposten zu bedecken haben, die für die Erhaltung der Sicherheit des Landes aufgewendet werden müssen, so zeigt sich hier besonders die Bescheidenheit der Mittel, die uns für die Sicherheit unseres Landes zur Verfügung stehen. Ich weiß, daß selbst diese bescheidenen Mittel dem Herrn Abgeordneten Fischer noch zuviel sind, denn ihm wäre es am liebsten, wenn die österreichische Staatsgewalt nach außen und nach innen wehrlos den Staatsfeinden ausgeliefert wäre. Unsere ganzen Aufwendungen für die Polizei betragen 422 Millionen und für die Bundesgendarmerie rund 300 Millionen, zusammen also 722 Millionen Schilling. Ein Vergleich mit den analogen Ziffern etwa in unseren Nachbarstaaten spricht hier wohl Bände. Wenn wir bedenken, daß wir keinen Budgetaufwand für eine österreichische Wehrmacht haben — besser gesagt, haben dürfen —, so wird die Bedeutung dieser Feststellung noch besonders unterstrichen.

Ich möchte hier auch zu der in der letzten Zeit abgeführten Diskussion zwischen den Besatzungsmächten über die angebliche Wiederaufrüstung Österreichs einige Worte sagen, zumal der Herr Abgeordnete Fischer hier ein Bild an die Wand gemalt hat, das in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Es ist nach unserer Meinung nämlich nicht genug damit ge-

schehen, daß die Behauptung des sowjetrussischen Besatzungselementes über die angebliche Rüstungsindustrie in Westösterreich widerlegt wurde, sondern es ist dazu zu bemerken, daß diese Feststellung, so sehr sie auch den Tatsachen entspricht, uns Österreicher keineswegs befriedigt. Man hat Italien und Japan ihre volle Freiheit wiedergegeben und damit auch die Möglichkeit, für die eigene Sicherheit nach Kräften zu sorgen. Damit sind zwei der drei gegen die Alliierten kriegführenden Mächte wiederum souveräne und mit militärischer Hoheit, das heißt mit dem Recht zu eigener Verteidigung ausgestattete Mächte geworden. Österreich, das keinen Krieg gegen die Alliierten geführt hat, das als erstes der deutschen Vergewaltigung zum Opfer fiel, ist bis heute infolge der Weigerung des Abzuges der Besatzungstruppen seitens der Sowjetunion nicht in der Lage, für seine eigene Sicherheit selbst zu sorgen. Das alles, obwohl es auf der Hand liegt, daß ein Land von der Größe und der wirtschaftlichen Potenz Österreichs niemals in der Lage wäre, den Frieden zu gefährden, ganz abgesehen davon, daß wir niemals eine solche Absicht hätten, und das alles, obwohl es auf der Hand liegt, daß — wie schon erwähnt — in Österreichs Nachbarschaft militärische Kräfte aufgespeichert werden, die weit über den Rahmen der Größe und der wirtschaftlichen Potenz dieser Länder hinausgehen. Wenn wir auch müde geworden sind, immer wieder dieses dauernde Unrecht, das man Österreich antut, in die Welt hinausschreien, so halten wir es doch für notwendig, hie und da darauf zu verweisen, damit ja niemand auf den Gedanken komme, daß sich die Österreicher vielleicht mit dem Zustand der Besetzung und der dauernden Unfreiheit abgefunden hätten.

Auch beim Kapitel Unterricht müssen wir die bedauerliche Feststellung machen, daß die hierfür vorgesehenen Ausgaben bei weitem nicht alle unsere Wünsche befriedigen können. Hier ist die uns auferlegte Einengung um so schmerzlicher, als Österreich ja gerade auf dem Gebiete der Kultur wohl manches Einmalige zu leisten imstande wäre, was nicht nur hierzulande, sondern in der ganzen Welt seine entsprechende Geltung hat. Wir bedauern es, daß wir nicht in der Lage sind, in weitaus besserem Ausmaß die Not der schaffenden Künstler zu mildern, wir bedauern es, daß unsere Musikinstitute durch die Unmöglichkeit, mit ausländischen Honoraren konkurrieren zu können, manchmal in arge künstlerische Bedrängnis geraten, und wir bedauern es vor allem, daß wir die reichen österreichischen Erfahrungen auf dem Gebiete des Unterrichts- und Erziehungswesens nicht durch die Zurverfügungstellung höherer Mittel weit besser

2330 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

auswerten können, als dies mit den 39 Millionen Schilling des Kapitels 13 möglich ist.

Freilich darf hier nicht vergessen werden, daß wir auch manches tun könnten, ohne in besonderen in unseren Finanzsäckel greifen zu müssen. Ich kann nicht umhin, hier so wie im Vorjahr anlässlich der Vorberatungen zum Budget neuerlich festzustellen, daß wir z. B. auf dem Gebiete der Ehegesetzgebung noch keinen Schritt über die nazistische Rechtsauffassung hinausgekommen sind. Noch immer müssen wir es als eine Vergewaltigung der freien weltanschaulichen Überzeugung der österreichischen Staatsbürger bezeichnen, daß die Form der Eheschließung nicht dem einzelnen und seinem Gewissen allein überantwortet bleibt. Wir verschließen uns selbstverständlich nicht der Auffassung, daß wir allgemein gültige, über die Schranken der Konfession hinausgehende staatliche Grundsätze für die Möglichkeit und Gültigkeit der Ehe festsetzen und anerkennen müssen. Aber bei Befolgung dieser allgemeinen Grundsätze wäre es ein selbstverständliches und vor allem demokratisches Recht der Staatsbürger, selbst zu bestimmen, ob sie die Ehe vor dem staatlichen Standesbeamten oder vor dem Religionsvertreter ihrer Konfession schließen. Wir erheben daher wiederum nachdrücklichst die Forderung auf staatliche Anerkennung der vor dem Priester geschlossenen Ehe.

Auch auf dem Gebiete des Schul- und Erziehungswesens ist mancher demokratische Wunsch unsererseits unerfüllt. Wir betrachten den Mangel einer finanziellen Gleichstellung der konfessionellen Schulen mit den staatlichen als eine der Bundesverfassung widersprechende Benachteiligung jener Eltern, die ihre Kinder in konfessionellen Schulen zuerziehen wünschen. Wir werden nicht müde werden, die Gleichberechtigung der religiös empfindenden Staatsbürger mit den übrigen zu fordern. So groß unsere Genugtuung darüber ist, daß wir in Österreich die scharfen Formen eines offenen Kulturkampfes überwunden haben, wie er das politische Leben zwischen 1920 und 1930 hierzulande vergiftete, ebensowohl müssen wir mit aller Deutlichkeit feststellen, daß die Verhinderung der Schulgesetze, wie wir sie vorschlagen, nicht minder als Kulturkampf bezeichnet werden muß. Dabei fällt es uns Volksparteilern gar nicht ein, irgend jemandem dabei seine eigene freie Überzeugung zu beschränken, zu rauben oder auch nur zu unterdrücken, im Gegenteil, was wir wollen, ist die endliche Möglichkeit, daß das österreichische Volk selbst über diese Fragen entscheiden soll. Gerade kulturelle Streitfragen sind hervorragend dazu geeignet, den Staatsbürgern zu unmittelbarer Entscheidung vorgelegt zu werden, und wir haben gar keine

Sorge wegen des Ausgangs einer solchen Volksbefragung, denn wir vertrauen auf den gesunden Sinn der österreichischen Bevölkerung für demokratische Freiheit und weltanschauliche Gleichberechtigung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eines der schwierigsten Kapitel stellt zweifellos die soziale Verwaltung dar. Gerade dieses Kapitel gibt allenthalben zu Kritik Anlaß, wobei wir feststellen müssen, daß es sich sowohl um berechnete wie um unberechnete Kritik handelt, unberechtigt dann, wenn die Kritiker jene Bedürfnisse außer acht lassen, die aus den allgemeinen Zeitverhältnissen der sozialen Verwaltung des Staates entstehen. Wer die Ausgabenseite etwa im Kapitel der Renten kritisiert, möge sich vor Augen halten, daß alle zur Auszahlung gelangenden Renten, auch die zahlenmäßig höchsten, kaum das zum Leben Allernotwendigste zu decken imstande sind. Nehmen Sie etwa die Rente eines Kriegsversehrten, der im besten Fall — das heißt, eigentlich im schlechtesten Fall, nämlich in dem der Vollinvalidität — 650 S pro Monat ausbezahlt erhält. Gibt es wirklich jemand, der glaubt, daß ein völlig arbeitsunfähiger Mann mit einer solchen Rente einen besonderen Lebensstandard aufrechterhalten kann? Oder glauben Sie, daß eine Witwe nach einem im Konzentrationslager ermordeten österreichischen Staatsbürger mit einer staatlichen Unterhaltsrente von 541 S einen nicht zu rechtfertigenden Aufwand treiben kann?

Nun sind gerade diese Renten als eine Folge der nazistischen Zeit und des Krieges unvermeidliche Belastungen der Öffentlichkeit. Allein die Zahl von rund einer halben Million empfangsberechtigter Kriegsinvaliden gibt bereits eine Vorstellung von der Größe des hierfür notwendigen Aufwandes, der im vorliegenden Budgetgesetzentwurf für 1952, wie schon erwähnt, mit 1025 Millionen Schilling festgelegt wurde.

Auch zahlreiche andere Aufwendungen in diesem Kapitel, wie die Leistungen nach dem Wohnungsbeihilfengesetz mit 32·4 Millionen, die Leistungen für die Reihenuntersuchungen Jugendlicher mit 2·5 Millionen, der Beitrag zum Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds mit 101 Millionen sowie der Beitrag zur Fertigstellung nicht vollendeter staatlich geförderter Wohnhausbauten von 11 Millionen, die Leistungen nach dem Opferfürsorgegesetz mit 43·7 Millionen Schilling, Schülerausspeisung und sonstige Maßnahmen mit rund 10 Millionen sind Posten, die man so wie die Aufwendungen für die Volksgesundheit mit 16·9 Millionen lieber höher dotieren würde, als dies der Fall ist.

Berechtigt erscheint uns allerdings die Kritik am Kapitel Soziale Verwaltung inso-

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2331

fern, als wir glauben, daß insgesamt auf dem Gebiet des Sozialversicherungswesens, vor allem auf der Organisations- und Verwaltungsseite, nicht unwesentliche Einsparungen möglich wären. Das kann allerdings nur dann geschehen, wenn man den Mut und den Willen hat, das gesamte Sozialversicherungswesen einer neuen und besseren Organisation zu unterziehen. Vergessen wir doch nicht, daß wir die Formen der Sozialversicherung im wesentlichen schon jahrelang unverändert gelassen haben. Auch hier sind wir noch mit einer Hypothek aus der Zeit der deutschen Besetzung belastet, und wir bedauern, daß bereits vorhandene und, wie uns dünkt, ganz gut geeignete Reformvorschläge noch nicht den Weg zum Schreibtisch des zuständigen Ministers gefunden haben, oder aber, wenn sie dort schon angelangt sein sollten, jedenfalls noch nicht mit der nötigen Unterschrift versehen worden sind.

Dabei handelt es sich nach unserer Meinung — und das wollen wir ausdrücklich feststellen — nicht um Detaillösungen dieser oder jener Einzelfragen, sondern um eine Gesamtreform, wie wir sie ja auch in der Sitzung des Hauses vom 25. Juli 1951 einstimmig gefordert haben. Teillösungen, wie einseitige Rentenstilllegungen, lehnen wir ab. Wir verschließen uns nicht der Auffassung, daß bei einer Gesamtreform auch das Bezugsrecht der Renten einer Überprüfung zu unterziehen ist. Wir wissen, daß da und dort Renten bezogen werden, wo eine wirtschaftliche Berechtigung nicht oder nicht mehr gegeben erscheint; aber es ist kaum anzunehmen, daß mit generellen Rentenstilllegungsbestimmungen Einsparungen erzielt werden könnten, die mehr ausmachen als der hierfür notwendige Verwaltungsaufwand. Trotzdem wird man auch über eine vernünftige Neuregelung sprechen können, aber, ich muß es noch einmal betonen, nicht ohne eine Gesamtreform des österreichischen Sozialversicherungswesens.

Äußerst erfreulich ist, daß sich der Aufwand für die Arbeitslosenversicherung im ablaufenden Jahr und, wie wir hoffen wollen, auch in allen kommenden Jahren in bescheidenen Grenzen halten kann. Die Vollbeschäftigung ist, das möchte ich sagen, ein kleines österreichisches Wunder, besonders wenn wir die Verhältnisse anderwärts in Europa ansehen, wo es allenthalben bedenkliche Arbeitslosenheere gibt. Diese Vollbeschäftigung gibt zu mehreren Feststellungen Anlaß: Erstens ist sie Grund zu unserer Freude, daß wir in der Lage sind, den Österreichern das Elend der Arbeitslosigkeit zu ersparen, zweitens ist sie eine der Voraussetzungen für die schon besprochene Exportfähigkeit Österreichs, weil von ihr die Produk-

tivität der österreichischen Wirtschaft abhängt, drittens ist sie ein schlagender Beweis für die Richtigkeit der gesamtösterreichischen Wirtschaftspolitik, und es ist nur zu bedauern, daß von dieser Tatsache auch in der Presse der Regierungsparteien viel zu wenig gesprochen wird.

Grundsätzlich ist aber dazu überhaupt festzustellen, daß das oberste Prinzip unserer Wirtschafts- und Sozialpolitik die unbedingte Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung ist. Zur Aufrechterhaltung dieses Zustandes müssen sich ständig alle Kräfte der Wirtschaft zu gemeinsamer Arbeit vereinigen.

Bei einem Überblick über das Kapitel 19, Land- und Forstwirtschaft, kommt man zwangsläufig zu der Auffassung, daß alle jene Posten, die unmittelbar der Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion dienen, eine bessere Dotierung erfahren sollten. Auch hier setzt uns der allgemeine Maßstab die entsprechenden Grenzen. Dazu kommt, daß wir das Problem des Landarbeitermangels noch immer nicht befriedigend lösen konnten. Um so mehr sind die Schwierigkeiten anzuerkennen, die sich aus diesem Mißverhältnis von verlangtem Ertrag und sich verringern den Arbeitskräften zwangsläufig ergeben müssen. Jedenfalls dienen dauernde Pauschalverdächtigungen auch nicht den Interessen der Konsumenten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ginge über den Rahmen der Generaldebatte hinaus, wenn wir uns mit weiteren Einzelheiten befassen wollten. In den kommenden Wochen werden wir uns im Budgetaus-schluß und anschließend daran in einer Schlußdebatte hier im Hause mit der umfangreichen Materie dieses Budgetgesetzentwurfes befassen müssen. Namens der Österreichischen Volkspartei stelle ich schon jetzt fest, daß wir gewillt sind, alle Anstrengungen zu machen, um das Budget 1952 rechtzeitig unter Dach und Fach zu bringen.

Eines aber ist unbedingt noch festzustellen. Wir sprechen immer davon, daß Österreich ein armes Land sei, und dieses Budget ist zweifellos der zahlenmäßige Ausdruck unserer gegenwärtigen Armut. Aber gerade am Beginn der Budgetverhandlungen ist es vielleicht zweckmäßig, einmal von einer höheren Warte aus diesen Tatbestand der angeblichen Armut Österreichs näher zu betrachten.

Gewiß, wir sind heute ein armes Land. Die Zerschlagung des großen, in sich wohlgefestigten wirtschaftlichen Gebietes der alten österreichisch-ungarischen Monarchie war der erste wirtschaftliche Schlag, der uns versetzt wurde. Zwanzig Jahre später begann mit der deutschen Besetzung ein weiteres Ausplündern, das seine Fortsetzung in den ungeheuren Ver-

2332 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

mögensverlusten des zweiten Weltkrieges fand. Was schließlich geblieben ist, wurde uns zum Teil noch in den Tagen nach dem zweiten Weltkrieg widerrechtlich genommen. Wenn wir aber alles das einmal überwunden haben werden, wenn wir über alle unsere Bodenschätze und unsere Kräfte im Lande frei verfügen können, dann wird dieses Land zweifellos geeignet sein, seinen Staatsbürgern alle Voraussetzungen zur Wiedererlangung ihres Wohlstandes zu geben. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Denken wir doch an die reichen Schätze, die wir im Lande haben, denken wir an die Schätze unseres Waldes, denken wir an die reichen Eisenvorkommen in der Obersteiermark, an die Magnesitlager in der Veitscher Alpe, die zu den größten der Welt zählen, denken wir an das Salz, das einen wichtigen Exportartikel darstellt, denken wir schließlich an Österreichs Kunst und Kunstfertigkeit und an die Schätze, die in der österreichischen Landschaft als einem der wichtigsten Anziehungspunkte für den Fremdenverkehr liegen, und wir müssen sagen: Fürwahr, Österreich könnte wieder ein wohlhabendes Land werden, wenn man uns nur endlich frei wirtschaften ließe und alle unsere Bodenschätze — und hier denke ich an das Erdöl — uns überließe, so wie sie uns gehören! Das aber ist das Ziel, dem wir zustreben müssen.

Ich möchte nicht schließen, ohne den dringenden Appell an alle Faktoren des Staates, an die Gesetzgebung, an alle Parteien und an die öffentliche Meinung zu richten, in Einheit und Geschlossenheit den schweren und mühsamen Weg des Aufstieges Österreichs fortzusetzen und so der schwer ringenden Bevölkerung unserer Heimat die Möglichkeit einer besseren Zukunft zu bieten, denn das Volk von Österreich verdient wahrlich jedes nur mögliche Maß dieser Anstrengung. *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei den Unabhängigen.)*

Inzwischen hat Präsident Dr. Gorbach den Vorsitz übernommen.

Abg. Dr. Herbert Kraus: Hohes Haus! Wenn mein Vorredner, Herr Dr. Bock, seine Regierungserklärung etwas lebendiger vorgelesen hätte, wäre vielleicht nicht nur der Beifall etwas lebhafter ausgefallen, sondern vielleicht wäre es ihm auch gelungen, die Aufmerksamkeit des Herrn Präsidenten Böhm zu erwecken — jenes Herrn Präsidenten, der meinen Klubkollegen Neuwirth in der vorletzten Sitzung deshalb unterbrochen hat, weil er zwei Zeilen in seinem Manuskript nachgesehen hatte, da es der Geschäftsordnung widerspreche, vom Manuskript abzulesen. *(Abg.*

Dr. Pittermann: Beim Stottern des Neuwirth hat es sich angehört wie ein Buch!)

Daß für dieses Budget eine erste Lesung festgesetzt wurde, begrüßen wir. Wir müssen uns aber sehr dagegen wehren, daß man diese erste Lesung zu einem solchen Zeitpunkt, 27 Stunden, nachdem uns die Unterlagen zu diesem Budget ausgehändigt wurden, angesetzt hat. Das ist einer jener nun schon recht zahlreich gewordenen Beweise für die Mißachtung des österreichischen Parlaments. *(Abg. Dr. Pittermann: Bis Weihnachten ist ja noch Zeit!)* Diese Mißachtung hat vielleicht einen historischen Grund, denn in der vorhergehenden Regierungsperiode fühlten sich die Vertreter der Regierung und der Regierungsparteien sehr „unter sich“. Und da war so eine Sache wie die Parlamentsdebatte mehr eine unangenehme Formalität, der man sich eben unterziehen mußte, damit etwas in der Zeitung steht. *(Abg. Dr. Pittermann: Das ist aber jetzt eine „hysterische“ Meinung!)* Inzwischen hat sich die Situation aber geändert — nicht hysterisch, sondern historisch. *(Heiterkeit.)* Inzwischen ist nämlich von einer halben Million Wählern eine Reihe von Abgeordneten hierher entsandt worden, die den Auftrag dieser Wähler erfüllen, daß hier ihre Wünsche zum Budget ausgesprochen werden. *(Abg. Weikhart: Viel habt Ihr noch nicht gezeigt! — Abg. Dr. Pittermann: Der Meinung sind die Wähler längst nicht mehr!)* Woraus wollen Sie das ableiten, Herr Abgeordneter Pittermann? Wollen Sie dies nach Ihren bisherigen Wahlergebnissen behaupten? *(Abg. Dr. Pittermann: Nach Ihren „Massenaufmärschen“ in Graz!)* Warten Sie nur auf die nächsten Wahlen! *(Zwischenrufe.)*

Wir haben heute ein Budget vor uns liegen, das eine Budgetsumme von ungefähr 20 Milliarden Schilling umfaßt. Ich habe die Budgets der letzten Jahre angesehen und festgestellt, daß die Budgetsumme, angefangen vom Jahre 1946 mit drei Milliarden Schilling, zuerst recht langsam, aber dann immer schneller und schneller auf die heutigen fast 20 Milliarden gestiegen ist. In der letzten Zeit aber ist das österreichische Volkseinkommen, das im Jahre 1947 18,2 Milliarden betragen hat, laut Bericht des Statistischen Zentralamtes auf ungefähr 40 Milliarden Schilling in diesem Jahr gestiegen. Wir haben heute also schon die Hälfte des gesamten Volkseinkommens als Budgetsumme. Sie werden nun vielleicht einwenden, daß dies ein Bruttobudget ist. Sicherlich, es werden einige wenige Milliarden abzuziehen sein, wenn wir letzten Endes das, was an Steuern und Abgaben an den Staat zu leisten ist, herauskristallisieren wollen. Aber wir müssen ja noch die Budgets der Länder und Gemeinden

hinzurechnen, und dann kommen wir auf weit über 20 Milliarden Schilling.

Es ist also bereits so, daß die Hälfte von all dem, was im österreichischen Staat erarbeitet wird, an diesen Staat abgeführt wird. (*Abg. Grete Rehor: Wer ist denn der Staat?*) Was bedeutet dies? Was bedeuten diese Zahlen, die Entwicklung von 3 auf 20 Milliarden Schilling im Budget und von 18,2 auf 40 Milliarden im Volkseinkommen?

Erstens eine fortschreitende Entwertung des Schillings und zweitens ein fortschreitendes Aufblähen des Molochs Staatsapparat, so daß eben die Hälfte der Österreicher nichts anderes tut, als Papier zu beschreiben und, wie ich bereits einmal dargelegt habe, die Not der anderen Hälfte der österreichischen Bevölkerung zu verwalten. (*Abg. Dr. Pittermann: Ein bescheidener Teil redet Blech! — Heiterkeit.*)

Drittens bedeutet es die fortschreitende Verschlechterung des Lebensstandards der Bevölkerung, denn damals hat es bei der Budgetsumme wenigstens ein ganz anderes Verhältnis, nämlich 3 zu 18, gegeben als jetzt mit 20 zu 40. (*Abg. Altenburger: Wollen Sie auch zu den Voraussetzungen reden? Wollen Sie noch immer von den Erbsen leben?*)

Viertens bedeutet es die fortschreitende Hilflosigkeit und Ideenlosigkeit der Regierung gegenüber diesem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang. (*Abg. Dengler: Sie haben die besseren Ideen!*)

Aber die Regierung hat uns in den letzten Wochen noch andere, sehr sinnfällige Beweise für diese Hilflosigkeit gegenüber den wirtschaftlichen Problemen gegeben. Ich möchte bloß zehn erwähnen:

Das erste ist das 5. Lohn- und Preisabkommen, das fünfte in einer Reihe von Vereinbarungen, welche nur dazu bestimmt sind, den Lebensstandard der Bevölkerung zu verschlechtern, ohne daß man es im Geldwert bemerkt. (*Abg. Altenburger: Das hat der Honner vor Ihnen gesagt!*)

Das zweite ist die daran anschließende unaufhaltsame Teuerung, eine Teuerung, welche zu einer solchen Verzweiflung führt, daß selbst von den beiden Regierungsparteien auf dem Arbeiterkammertag solche Beschlüsse gefaßt wurden, wie Sie sie heute schon gehört haben. (*Abg. Machunze: Das hat der Fischer gesagt!*)

Das dritte — ich muß da etwas zurückgreifen — ist die Aufdeckung der berühmten Krauland-Korruptionen, über die wir ja wahrscheinlich, insoweit noch andere Leute damit verbunden sind, noch einiges zu hören bekommen werden. (*Abg. Dengler: Der*

Krauland sitzt schon hinter dem VdU!) Aber nicht nur diese Korruptionen, sondern eine andere Affäre haben wir noch, und zwar eine Affäre, die bezeichnend ist für das große „Talent“, Wirtschaftspolitik zu betreiben. Da hat uns ein ausländischer Staat ein Geschenk gemacht. Es war ein viel kleinerer Staat als derjenige, der uns den Marshallplan geschenkt hat. Es war Schweden, das uns Medikamente geschenkt hat, die ausgereicht hätten, die gesamte österreichische Jugend mit den erforderlichen Vitaminen zu versorgen. Aber genau so wie bei der ERP-Hilfe hat sich hier gezeigt, daß unsere Regierung nicht einmal imstande ist, vom lieben Gott, vom Ausland geschenkte Sachen zu verwalten. (*Zustimmung bei den Unabhängigen.*) Ich meine die Fortedol-Affäre.

Das vierte ist die Fleischkrise; darüber wird noch eigens zu sprechen sein.

Das fünfte ist die angekündigte Pensions- und Rentenstilllegung und gleichzeitig das sechste — damit diese Pensions- und Rentenstilllegung der Bevölkerung entsprechend schmackhaft und verständlich wird — die Einbringung eines Gesetzes auf Festlegung von Ministerpensionen. (*Zwischenrufe.*)

Das siebente ist die bevorstehende Kürzung des Marshallplanes. Dazu möchte ich bloß kurz sagen: Es wäre völlig falsch, wenn man glauben würde, daß diese Marshallplan-Hilfe vornehmlich deswegen gekürzt worden wäre, weil die Amerikaner wegen ihrer Rüstungen kein Geld mehr hätten. Diese Kürzung hat ihren tieferen Grund — und Sie können das auch in den Zeitungen dieser Länder lesen —, man ist eben entsetzt über die Wirtschaftspolitik, die in diesem Österreich getrieben worden ist. Daß man daraus seine Konsequenzen zieht, ist eben kein Wunder. (*Abg. Dengler: Vielleicht sind Sie nicht ganz unschuldig daran!*)

Das achte sind die Eröffnungen, die vor kurzem in den österreichischen Zeitungen erschienen sind über die geradezu unvorstellbaren Behinderungen des österreichischen Exportes durch die Exportbürokratie, die man sich aufgebaut hat und die deswegen so kompliziert geworden ist, weil sich die beiden Koalitionsparteien nicht einigen konnten, wieviel der eine und wieviel der andere mitzureden hat.

Das neunte sind die ebenso unangenehmen Eröffnungen über die bevorstehende Winterarbeitslosigkeit, weil eben diese schönen Lohn- und Preisabkommen dazu geführt haben, daß die für die Sommerbauten zur Verfügung gestellten Mittel inzwischen verbraucht worden sind.

2334 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Das letzte waren, wie heute schon erwähnt, die nicht nur mit leiser Stimme, sondern auch in gedrückter Stimmung vorgebrachten Eröffnungen des Herrn Finanzministers. Ich meine nicht bloß die sechs unerfüllten Wünsche, von denen er gesprochen hat, sondern ich meine vor allem die völlige und endgültige Begrabung des von den Regierungsparteien so vielfach gebrauchten Schlagwortes der Verwaltungsreform. Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen, was für ein sinnloses Verhältnis zwischen aktiven Staatsbediensteten und Pensionisten besteht. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Regierung diesen Zustand ganz bewußt herbeigeführt hat, indem sie eben die eingearbeiteten Fachleute hinausgeworfen und statt dessen die, wie der Herr Finanzminister gesagt hat, Hauptschulabsolventen und — was er nicht gesagt hat — diejenigen, die ein Parteibuch in der Brusttasche hatten, eingestellt hat. *(Zustimmung beim KdU.)*

Nach diesem Budget und nach dieser kurzen Aufrollung der zehn anderen Beweise für die Hilflosigkeit der Regierung gegenüber dem wirtschaftlichen Abstieg, den wir in den letzten Wochen durch die Presse vorgelegt bekommen haben, fehlt eigentlich nur mehr eines noch: daß wir vor den Lebensmittelgeschäften Schlange stehen müssen und daß der Schleichhandel wieder blühen wird, so wie es vor vier Jahren der Fall war. So weit wird es noch kommen! Während in allen Ländern ein wirtschaftlicher Aufschwung festzustellen ist, von dem man sich hier gar keine Vorstellung macht. ... *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Reden Sie sich, Herr Dr. Bock, nicht in Ihrem Schlußwort darauf aus, daß dies lediglich daran liegt, daß wir ein besetztes Land sind. Trotz der Besetzung wären in diesem Lande hunderterlei Initiativen möglich, um eine Änderung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen.

Der Herr Finanzminister hat von eiserner Sparsamkeit gesprochen; er hat von der Exportförderung gesprochen. Aber weder in seinem Referat noch in der Erklärung des Herrn Dr. Bock haben wir irgendwelche konkrete Vorschläge feststellen können. *(Abg. Dr. Pittermann: Wir warten auf Eure! — Abg. Neuwirth: Nicht so billig machen!)* Wir haben, mein sehr verehrter Herr Zwischenrufer, genügend Anträge und Vorschläge gemacht, aber diese werden hier in diesem Parlament nicht einmal in Behandlung gezogen. Es ist doch unerhört, wenn so billige Zwischenrufe gemacht werden. *(Abg. Dr. Pittermann: Daher der Name: „Verband des Unsinnns“! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Prinke: Wo sind die Vorschläge?)* Ich muß sagen *(Abg.*

Weikhart: Ich weiß nichts!), diese Budgetvorlage und diese zehn weiteren Beweise der Regierungskunst, die ich dargelegt habe, sind eine wahrhaft glanzvolle Bilanz der Regierung Figl-Schärf im dritten Jahr ihrer segens- und glorreichen zweiten Regierungsperiode.

Ich muß mich dem „inneren Schwung“ der letzten Worte des Herrn Dr. Bock etwas anpassen. Ich will bloß sagen: Ich kann da wirklich nichts anderes tun, als mich Erklärungen anzuschließen, die aus Ihren eigenen Reihen gekommen sind, nämlich den Erklärungen des Arbeiterkammertages: Wenn Sie es nicht schaffen, suchen Sie sich andere, die es besser machen und die entschlossener sind! Und deren gibt es genug in Österreich. *(Abg. Weikhart: Heil Kraus! Heil dir, mein Führer! — Heiterkeit. — Ruf bei der SPÖ: Die Koalition Kraus-Fischer!)* Warten Sie nur! *(Lebhafte Zwischenrufe. — Abg. Weikhart: Sie wissen gar nichts, Sie reden sich nur auf die Arbeiterkammer aus!)* Meinen Sie, daß Sie es sich so billig machen können? Die Taten, welche die Regierung gesetzt hat, die Not, die in der Bevölkerung herrscht, das ist das, wonach die Bevölkerung entscheiden wird! *(Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Dengler: Sie waren nicht da, wie die Not geherrscht hat! Damals haben Sie sich nicht nach Niederösterreich hereingetraut!)*

Das ist das erste, was ich zum Budget zu sagen habe. Zum zweiten will ich noch etwas über die Gründe sagen, die zu diesen Zuständen geführt haben. Gestatten Sie, daß ich da etwas in diese Ehe hineinleuchte, welche die beiden Regierungsparteien geschlossen haben. *(Erneute Zwischenrufe.)*

Der erste Grund ist, daß wir von einer Koalition regiert werden, bei der jede der beiden Parteien genau das Gegenteil von dem will, was die andere Partei will: in der Wirtschaft, in der Sozialpolitik und in allen anderen Fragen. *(Zustimmung beim KdU.)* Nur in einem sind sie sich einig, nämlich in der Vergabung von Posten und in der Verteilung verschiedener Annehmlichkeiten, seien es Machtpositionen oder Dienstwagen oder sonstige Dinge. *(Abg. Dr. Migsch: Kraus will auch dabei sein!)* Aber in allen anderen Dingen will jede der beiden Parteien genau das Gegenteil von dem, was die andere will. *(Abg. Weikhart: Sie sind genau informiert!)*

Nun kommt der zweite Punkt: Trotz dieses berühmten, im Vordergrund der Propaganda stehenden Schlagwortes der Planwirtschaft ist nirgendwo ein Plan für die Wirtschaft zu sehen, sondern lediglich ein Fortwursteln. *(Zustimmung bei den Unabhängigen.)* Ich meine ein Konzept und nicht so etwas, was

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2335

einem der Herr Sektionschef vor der Ministerratsitzung in die Aktentasche hineinstecken kann, etwas, von dem die ganze Regierung erfüllt ist, ein Plan, eine Linie, nach der vorgegangen wird. Eine solche Linie können wir aber nirgends feststellen. Und zwar warum nicht? Weil der Herr Regierungschef alle Hände voll zu tun hat, um die Differenzen innerhalb der Koalition zu beseitigen, und die Herren Minister von früh morgens bis spät abends Arbeit haben, die jeweiligen Einzelfälle, bei denen interveniert wird, zu behandeln. *(Zwischenrufe.)*

Der dritte Grund ist der, daß von völlig falschen Voraussetzungen ausgegangen wird. Man denkt nur daran — weil man eben nur Optik betreibt, wie es in der Erklärung des Arbeiterkammertages hieß, und weil man nur mit Demagogie operiert —, neue Abgaben einzuführen, neue Steuern einzuführen, neue Ämter, neue Gesetze zu schaffen — 1540 Gesetze sind bereits seit 1945 produziert worden! Man glaubt, daß man damit diese wunderbare, von meinem Vorredner so hoch gelobte Vollbeschäftigung herbeiführen kann. Ja sicherlich, Vollbeschäftigung in bezug auf Papierbeschreibung! Aber wir leben doch nicht von dem Papier, das diese vollbeschäftigte Wirtschaft beschreibt, sondern wir leben von den Häusern, die gebaut, von den Lebensmitteln, die produziert, und von den Textilien, die erzeugt werden! Aber um diese Produktion zu erhöhen, hat unsere Koalition noch niemals einen Plan vorgelegt, von dem wir irgendeine Besserung der Verhältnisse erwarten können. *(Abg. Grete Rehor: Gebt uns fünf Jahre Zeit! Genau so hat das damals gelauret! — Abgeordneter Dr. Pittermann: Siehe Sonderausgabe von „Berichte und Informationen“!)*

Aus rein demagogischen Gründen, genau so wie es der Herr Abg. Fischer gesagt hat, geht man darauf aus und sagt: Besteuert die Reichen, nehmt denen das Geld weg, die viel Geld haben!, ohne daran zu denken, daß man mit diesen von der Sozialistischen Partei geforderten Steuern jede Kapitalbildung und damit auch jede Investition unmöglich macht! Die „Arbeiter-Zeitung“ hat es letzthin ja ganz offen geschrieben, daß sie es gar nicht wünscht, daß Investitionen gemacht werden. Aber, meine sehr Verehrten, wohin kommen wir denn mit einer Gesamtproduktion von nicht einmal 40 Milliarden Schilling?

Darf ich Ihnen einen kleinen Vergleich vorbringen, um nicht in den Verdacht des Pangermanismus zu fallen, nämlich einen Vergleich mit einem Land, das den beiden Regierungsparteien besonders nahesteht, den USA. Sie werden gelesen haben, daß das Volkseinkommen, die Gesamtproduktion der USA

über 250 Milliarden Dollar beträgt. Nun haben die USA genau 22mal soviel Einwohner als Österreich. Und rechnen wir, daß der Dollar in unserem entwerteten Geld der Kaufkraft nach gar nicht mehr wert wäre als 22 Schilling, dann müßten wir ein Volkseinkommen um eine Gesamtproduktion von 250 Milliarden Schilling in Österreich haben. Wir haben aber noch nicht einmal 40 Milliarden Schilling. Woran liegt das? *(Zwischenrufe. — Abg. Altenburger: Weil uns die Maschinen weggenommen worden sind!)* Die Gesamtproduktion Österreichs ist viel zu gering, weil aus rein parteipolitischen Gründen... *(Andauernde Zwischenrufe.)* Warten Sie! Beruhigen Sie sich, ich habe noch etwas Wichtiges zu sagen. *(Heiterkeit und andauernde Zwischenrufe.)* Toben Sie sich nur aus!

Der Hauptgrund liegt doch darin, daß jede der beiden Parteien ihre eigenen Parteifreunde in den verschiedenen Ämtern und Behörden unterbringen will *(Widerspruch)*, um sich damit Positionen zu schaffen, um den eigenen Freunden besondere Pfründen zuzuschanden und um Stimmvieh für die nächsten Wahlen zu haben. *(Erneute anhaltende Zwischenrufe.)* Aus diesem einfachen Grunde kann es bei uns niemals besser werden, solange diese Koalition besteht und die Parteipolitik so im Vordergrund jeder staatlichen Politik steht.

Es ist für den Sprecher der Regierungsparteien, für Herrn Dr. Bock, sehr leicht, aufzufordern, alle, egal welcher Partei sie angehören, mögen zusammenstehen und dieses Österreich weiterbringen. Sie haben die Macht, Sie können es ändern! *(Abg. Altenburger: Schickt ihn nach Amerika! — Weitere andauernde Zwischenrufe.)* Wenn sich der Herr Abg. Altenburger abregiert hat, werde ich wieder weitersprechen. *(Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)* Inzwischen mache ich eine kleine Pause zur psychologischen Erholung. *(Anhaltende Unruhe.)*

Präsident Dr. Gorbach: Der Herr Abgeordnete Kraus hat das Wort. Herr Abgeordneter Neuwirth und Herr Abg. Altenburger, schaffen Sie die Voraussetzungen dafür!

Abg. Dr. Herbert Kraus *(fortsetzend)*: Beruhigen Sie sich, dann spreche ich weiter. Wenn sich die österreichischen Regierungsparteien etwas mehr damit befassen würden, Aufträge für die Wirtschaft zu mobilisieren, damit die einzelnen Firmen wirklich einen Umsatz haben, statt daß sie sich lediglich dafür interessieren, Posten zu schaffen, egal, ob damit eine Produktion entsteht oder nicht, dann könnte die Sache besser werden. Denn sobald eine Firma Aufträge und Umsätze hat, kann sie ihren Betrieb rationalisieren und

2336 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

höhere Löhne bezahlen. Das, was notwendig ist, ist nicht das billige Schlagwort von der Vollbeschäftigung der ÖVP- und SPÖ-Propaganda, sondern das, was wir brauchen, ist Arbeitsbeschaffung. Das Volk erwartet auch die Arbeitsbeschaffung, damit die Umsätze steigen, damit jede Firma doppelt und dreimal soviel Aufträge wie jetzt hat. Dann werden sich die Löhne auch von selbst bessern, und zwar mit Berechtigung und nicht einfach nur als demagogische Geste im Interesse Ihrer Partei. Aber was geschieht dazu? Ich habe zum Beispiel verfolgt, wie das in anderen Ländern ist. Da hat letzthin der italienische Ministerpräsident eine Auslandsreise angetreten, und als man so schöne Erklärungen abgegeben hat, daß man an der Unabhängigkeit seines Landes interessiert sei, hat er gleich einen sehr konkreten Wunsch ausgesprochen, einen Wunsch, den ich noch nie von hier aus aussprechen gehört habe, nämlich: Gebt uns Aufträge! Und er hat Aufträge mit nach Hause gebracht.

Wir aber sind in unserer Exportpolitik lediglich darauf eingestellt, eine riesige Verwaltung aufzubauen, die den Export behindert. Letzthin berichteten die Zeitungen, daß etwa für eine halbe Milliarde Exportaufträge wegen dieser Verzögerung und wegen der Einsprüche, die ununterbrochen gekommen sind, nicht durchführbar war. Sie können da fromme Gebete sprechen, Herr Dr. Bock, das wird Ihnen nichts helfen! Helfen können nur die Realitäten.

Aber was geschieht? Der Herr Bundeskanzler gibt in einer Rede eine Erklärung ab, daß wir dafür sorgen werden, daß der Export gesteigert wird und daß die bürokratischen Hemmungen wegfallen. In der Presse werden Erklärungen abgegeben, eigene Abgeordnete werden bestellt, die in den Versammlungsreden auf diese Mißstände hinweisen sollen; aber trotzdem geschieht nichts, obwohl in Ihren Händen die ganze Macht ist. Ich sage Ihnen: Noch ein Lohn- und Preisabkommen, wie das letzte gewesen ist, dann kann sich der Herr Finanzminister umsehen, wo er die Devisen herbekommt, um unsere Importe zu bezahlen! Heute sind doch schon die Produktionskosten bis an die Grenze der Konkurrenzfähigkeit gestiegen. Wir werden mit einem neuen Lohn- und Preisabkommen, das lediglich innenpolitischen Zwecken dient, den Export gänzlich ruinieren.

Es wird immer darauf hingewiesen, das Lohn- und Preisabkommen sei wegen der Koreakrise, wegen der Verteuerung der Rohstoffe im Ausland notwendig gewesen. Sicherlich, es gab Verteuerungen, aber in Österreich sind seit dem Ausbruch der Koreakrise die Preise um 50 Prozent gestiegen, während sie in den anderen Ländern nicht einmal um

17 Prozent gestiegen sind. Das ganze System der Lohn- und Preisabkommen hat zu dieser Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage, zu dieser Katastrophe geführt.

Und nun stellen wir fest, daß die eine von den beiden Regierungsparteien so tut, als ob sie nicht dabei gewesen wäre. Die Sozialistische Partei fordert in den Arbeiterkammersitzungen in großen Resolutionen, daß die Preise herabgedrückt und kontrolliert werden müssen. Man könnte direkt die trefflichen Worte des Herrn Abg. Fischer gebrauchen. Mir kommt das so vor, wie wenn man einen Pestkranken vor sich hat und nun anfängt, ihm die Beulen abzuschneiden (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann*) und glaubt, daß die Krankheit am besten dadurch überwunden wird, wenn man ihm außen die Beulen wegschneidet. An die eigentliche Heilung, nämlich an eine Ausweitung der Produktion und daran, daß Aufträge in die Wirtschaft hineinkommen, geht man nicht heran. (*Abg. Dr. Pittermann: Der Fachmann für Beulenpest! — Heiterkeit.*)

Ich stelle fest, daß in anderen Ländern die sozialistischen Parteien mit größter Leidenschaftlichkeit dafür eingetreten sind, eine Gesetzesbestimmung zu schaffen, die der VdU hier auch beantragt hat, nämlich den gleitenden Lohnindex. Bei meiner letzten Rede hier hat mir Herr Dr. Pittermann in einem Zwischenruf erklärt, daß sich die Sozialistische Partei Österreichs diesem Standpunkt nicht anschließen wird. Ich habe darüber nachgedacht, was denn der Grund dafür sein könne. (*Abg. Dr. Pittermann: Da haben Sie nicht schlafen können! — Heiterkeit.*) Ich kann sehr ruhig schlafen. Ich bin mir völlig über den Grund klar geworden: weil diese Sozialistische Partei Österreichs eben selbst die Wirtschaftspolitik Österreichs macht, selbst die verstaatlichten Betriebe verwaltet und ihr heute schon klar ist, daß sie den Lohnindex nicht halten kann. Das ist der Grund, warum sie diesen Vorschlag nicht unterstützt, den die sozialistischen Parteien der anderen Länder unterstützen und für den sie kämpfen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann. — Abg. Widmayer: Die verstaatlichten Betriebe haben eine Produktionssteigerung und zahlen auch die höchsten Löhne! Das dürfte Ihnen unbekannt gewesen sein, Herr Doktor!*) Die höchsten Löhne? Vergleichen Sie einmal unsere Löhne mit den Löhnen in Kanada, in den USA oder sogar in Westdeutschland! (*Erneute Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*) Das ist doch unglaublich! Ich stelle fest, daß die Sozialistische Partei offenbar der Meinung ist, daß die Löhne in Österreich noch zu hoch sind. Wir sind der Meinung, daß sie zu niedrig sind! (*Abg. Dr. Pittermann: Wir auch! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte mehr Humor und Toleranz!

Abg. Dr. Herbert Kraus (*fortsetzend*): Aber wofür gibt denn diese Sozialistische Partei das Geld aus, das den Arbeitern in den verschiedenen Beiträgen vom Lohn abgezogen wird? Da werden von Krankenkassen und Sozialversicherungsinstituten, von Gewerkschaften und Arbeiterkammern Tintenburgen gebaut, die Machtpositionen, die Machtburgen dieser Partei sind. Bauen Sie Wohnungen! Das ist zehrmal wichtiger als die Tintenburgen, die lediglich der Unterstützung, der Festigung Ihrer Parteimachtposition dienen! (*Beifall bei den Parteigenossen. — Lebhaftes Zwischenrufen bei der SPÖ.*)

Meine Herren! Sie können es sich hier im Parlament leicht machen. Sie können hier überheblich spotten und höhnen, so viel Sie wollen, aber die Leute draußen leiden die Not und sehen, wie es in anderen Ländern besser geht als bei uns. Es ist eine Situation, die einer ausgesprochenen Wirtschaftskatastrophe nahekommt. Nachdem die neue Währung eingeführt war, haben Sie wegen dieser ewigen Lohn-Preispaakte nicht einmal den Wert der Währung halten können, wie es in anderen Ländern geschehen ist. Da hat man einmal eine Bereinigung gemacht, und dabei blieb es. Der Lebensstandard sinkt bei uns ständig, der Marshallplan wird gekürzt: eine Schwierigkeit nach der anderen.

Wir haben in den vergangenen Monaten gewarnt und gewarnt, haben Vorschläge und Anträge gemacht, Sie aber haben sich nicht darum gekümmert. Wenn jemand von uns gesprochen hat, haben die Herren Regierungsmitglieder ostentativ die Zeitung gelesen und die Dinge, die die Opposition gesagt hat, in den Wind geschlagen. Sie haben sich gedacht: Wir haben ja die Macht! Was geht uns das an? Diese Macht wird Ihnen aber eines schönen Tages genommen werden. Denn ich kann Ihnen eines sagen: Nach der Stimmung, die gestern der Herr Finanzminister durch seine Budgetrede erzeugt hat, gebe ich Ihnen einen Rat: Machen Sie dasselbe, was ein Ministerpräsident, der in ähnlichen Schwierigkeiten war, vor wenigen Tagen getan hat, was Attlee gemacht hat: Machen Sie Neuwahlen, dann wird Ihnen das Volk dankbar sein! (*Lebhafter Beifall beim KdU. — Zwischenrufe.*)

Abg. Dr. Migsch: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der Beobachter dieser Debatte wird weder mit ihrem Gang noch mit ihrem Inhalt zufrieden sein. Hier wird vielfach an dem, worum es heute geht, vorbeigesprochen. Ich will daher versuchen, auf das zurückzukommen, was den Gegenstand dieser Beratung darstellt.

Als der Voranschlag 1952 der Öffentlichkeit übergeben worden war, flatterte der Satz auf, dieser Staat sei zu teuer. Ich glaube nicht, daß dieser Ausspruch den gegenwärtigen Zustand charakterisiert. Der wirkliche Zustand erweist sich als etwas ganz anderes. Die Ausweitung der Budgetsummen von 1948 bis 1952 auf das Dreieinhalbfache, das Steigen des Großhandelsindex seit 1948 um 120 Prozent zum Unterschied von England, Frankreich und Westdeutschland, wo er nur um 40 Prozent stieg, das Ansteigen der Exportpreise seit dem Ausbruch der Koreakrise um 31 Prozent, verbunden mit einem 15prozentigen Exportrückgang in den letzten Monaten, die Tatsache, daß plötzlich der Jammer unserer Zahlungen- und Handelsbilanz jedermann sichtbar und offenkundig wird, weil das ERP-Programm auf 105 Millionen Dollar gekürzt wird, und nicht zuletzt das Klettern der Fleischpreise auf die Höhe des Stefansturmes — das sind die Symptome des Zustandes, mit dem wir uns heute zu beschäftigen haben und den einer meiner Freunde wohl mit Recht als Narrenparadies bezeichnet hat.

Wir sind heute an der Grenze dieses Narrenparadieses angelangt. Ich habe die Überzeugung, daß die Zeit des alten Rezepts des sorglosen Verschwenders endgültig zu Ende ist, der mehr ausgibt, als er einnimmt, der über die Schwierigkeit durch eine fragliche Praktik eines Tagesmanegertums hinwegzukommen versucht und dann, wenn ihm das Wasser bis zum Mund steht, mit der Parole auszuweichen versucht: Na, erhöhen wir halt die Preise!

Heute liegt über unserem Land eine sehr schwere Sorge; Regierung und Parlament stehen vor großen und schwerwiegenden Aufgaben; so vor der Aufgabe, wie wir der labilen Lage, in die unsere Wirtschaft geraten ist, in der sich unser Preisniveau befindet, Einhalt gebieten.

Ich glaube, Sinn dieser Budgetdebatte kann es nur sein, mit den befugten und mit den unbefugten Geschäftsführern dieses Narrenparadieses Abrechnung zu halten. Ich nehme mir zuerst die Unbefugten hervor und wende mich den Ausführungen des Herrn Dr. Herbert Kraus zu. (*Abg. Dr. H. Kraus: Wie lieb von Ihnen!*) Er hat uns wirklich unendlich Wichtiges zu sagen gehabt, etwas so unerhört Wichtiges, daß ich ihm etwas helfen muß, weil man einem demokratisch Minderbemittelten immer unter die Arme greifen muß. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. H. Kraus: Sie haben die Gescheitheit mit dem Suppenlöffel gefressen!*) Herr Dr. Herbert Kraus! § 36 unserer Geschäftsordnung sagt, daß die erste Lesung ... (*Abg. Dr. H. Kraus: Sie haben die Gescheitheit mit dem Suppenlöffel gefressen!*) Im Vergleich zu Ihnen nehme ich das sogar in Anspruch.

2338 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

(Heiterkeit und Beifall bei den Sozialisten.) § 36 der Geschäftsordnung sagt ausdrücklich: Die erste Lesung hat sich auf die Darlegung und die Auseinandersetzung über die allgemeinen Grundsätze zu beschränken. Bitte, ich weiß nicht, wie es bei der Volkspartei ist, aber unseren Abgeordneten genügt die Frist von 24, in diesem Fall sogar von 27 Stunden (Abg. Dr. H. Kraus: Das glaube ich!), um sich über die allgemeinen Grundsätze einig zu werden. Wenn der Herr Dr. Kraus nächste und tagelang braucht, um einen Gedanken zu fassen und Wichtiges darzustellen, dann möchte ich ihm nur einige Bescheidenheit empfehlen. (Abg. Dr. H. Kraus: Das werde ich von Ihnen lernen!)

Lieber Dr. Kraus, wir verdächtigen Sie nie und nimmer des Pangermanismus, aber wir haben eine andere Reise im Auge, eine Reise nach Paris, und ich glaube, es besteht eher die Gefahr, daß Sie ein Schipsel des französischen Rechtschauvinismus werden. Wenn Sie hier wirtschaftspolitische Neuerungen, vor denen offenbar die Öffentlichkeit in Hochachtung versinken soll, darlegen, dann ergeht es uns so wie dem Minister Blücher in München. War es nicht so, daß Sie sich ihm als Vermittler zwischen Frankreich — de Gaulle — und Deutschland — FDP — angeboten haben? Und war es nicht so, daß man Ihnen gesagt hat, dazu braucht man nicht den unbekanntenen Mann aus Österreich? (Abg. Dr. H. Kraus: Welchen Informationsdienst beziehen Sie?) Herr Dr. Kraus, wenn sich die Arbeiterschaft dieses Landes mit den Unternehmern auseinandersetzt, da brauchen wir den Dr. Kraus nicht, auch nicht Ihren Anhang, den Neuwirth! Und ich bin überzeugt, die Unternehmer brauchen den Dr. Kraus als Vertreter des kapitalistischen Flügels des VdU auch nicht. (Abg. Dr. H. Kraus: Kümmern Sie sich um Ihre eigene Partei!)

Bemerkenswert war mir nur eine Äußerung. Sie haben hier gesagt, „genau so, wie es Fischer sagte“. Wie ist das? Besteht zwischen Ihnen und Fischer dieselbe Einheitsfront, die Ihre VdU-Betriebsräte von der Elektro-Bau-A. G. in Linz mit den Kommunisten pflegen? (Abg. Dr. H. Kraus: Wo Sie mit den Kommunisten auf einer Liste waren! — Abg. Ernst Fischer: Kennen Sie die Geschichte aus dem Naßwald? — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.) Fischer kommt auch an die Reihe. Nur nicht vordrängen! Vor einem Jahr fuhren die VdU-Betriebsräte dieser Elektro-Bau-A. G. (anhaltende Zwischenrufe — Präsident Dr. Gorbach gibt erneut das Glockenzeichen) auf Kosten der Betriebsratskasse zur Floridsdorfer Konferenz des Herrn Czernobila und holten sich von ihm ihre Instruktionen. Das ist der Musterbetrieb des Herrn Neuwirth! (Zwischenrufe.)

Ernst Fischer möchte ich nur eines fragen: Haben Sie diese Leute auch mit den Worten empfangen: „Faschisten hinaus!“, oder waren diese Poldi-Huber-Agenten dort die braven unpolitischen Vertreter, die Sie mit offenen Armen aufgenommen haben?

Nun zur anderen Seite, Ernst Fischer. (Zwischenrufe. — Abg. Neuwirth: Er soll zur Sache sprechen!) Ich muß mich zuerst mit den unbefugten Geschäftsführern des Narrenparadieses auseinandersetzen. (Abg. Neuwirth: Beschäftigen Sie sich mit den Befugten!) Die Befugten kommen noch an die Reihe. (Abg. Dr. Pittermann: Der Neuwirth ist ein Befugter!) Zu den Ausführungen des Herrn Ernst Fischer ... (Abg. Ernst Fischer: Herr Dr. Pittermann hat gesagt, Sie werden antworten! Ihre Lügen aus dem Naßwald!) Einen Moment! Ich würde Ihnen raten, sich nicht vorzudrängen. Ich kann Ihnen sagen, ein Fels wird auf Ihr Haupt herunterfallen, der den Lügenmechanismus Ihrer Darstellungen zerschlagen wird. Aber passen Sie auf; wann das losgeht, das bestimme ich, nicht Sie! (Heiterkeit.)

Ihre Reisen nach Oberösterreich waren sehr interessant. Sie waren in Wirklichkeit eine Vorlesung dieses Pamphletes: „Die Aufrüstung Österreichs“. Und ich habe mit Staunen vernommen, daß als einziger Beweis der Remilitarisierung Österreichs, als Beweis, wie diese verlogene und zu verdammende Regierung alles Geld dazu verwendet, um Riesenarmeen aufzubauen u. dgl., der Neubau von Straßen angeführt wird. Ich bin nur neugierig ... (Abg. Ernst Fischer: Naßwald!) Wenn Ihr Naßwald mit denselben Methoden zustande gekommen ist wie Ihre Reise nach Oberösterreich, dann sehen Sie sich vor, Herr Ernst Fischer! (Abg. Ernst Fischer: Na, fangen Sie an! Sagen Sie, wer dort Raubbau betreibt!) Wenn Sie sich hier in diesem Parlament als ein Denunziant für eine ausländische Militärmacht aufspielen (Abg. Ernst Fischer: Naßwald!), dann gebe ich einer Hoffnung Ausdruck: Ich bin überzeugt davon, daß der Nachrichtendienst der Roten Armee zu klug ist, um auf solche dumme Pamphlete hereinzufallen. Ihre ganze Rede hatte ja nur einen Sinn, dieses Land zu verleumden und herabzuzerren, um diesem Land die Schwierigkeiten zu bereiten, von denen Sie dann hier sprechen. Ihre Rede hat die Frage aufgeworfen, inwieweit Sie an dieser unserer Lage schuld tragen. (Abg. Ernst Fischer: Wann kommt Naßwald? Ich möchte schon gerne die Antwort hören! Damals haben Sie lauter Lügen gebracht! Lauter Lügen waren das!)

Nun meine Damen und Herren, das sind aber die nebensächlichen Gebiete, der Nebenkriegsschauplatz. Viel entscheidender ist die

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2339

Auseinandersetzung mit den befugten Geschäftsführern dieses Narrenparadieses. Da möchte ich hier eine Reihe von Abgeordneten, die nicht auf den Bänken der SPÖ sitzen, als Zeugen anrufen. Vor wenigen Monaten haben sich die Vertreter von Industrie, Gewerbe und Handel und die Arbeitnehmer zusammengefunden, um die wirtschaftlichen Probleme durch ein neues Lohn- und Preisübereinkommen zu lösen. Diesem 5. Lohn- und Preisübereinkommen lag die Absicht zugrunde, die Preisschere zwischen Getreidepreisen und Fleischpreisen zu schließen, die im vergangenen Jahr dazu geführt hat, daß das Brot des Volkes in so großen Mengen in den Schweinemagen gewandert ist. Und alle, Industrie, Handel und Gewerbe, selbständige Berufe, Arbeiter und Angestellte, vom Friseur bis zum Gehilfen, haben große Opfer auf sich genommen, um diese Kernfrage gut und zufriedenstellend zu lösen. Heute müssen wir feststellen, daß dieses Abkommen durch die Spekulationen auf dem Fleischmarkt torpediert worden ist. Heute müssen wir sagen, daß ein großer Teil dieser Opfer geradezu umsonst gewesen ist. Die Steigerung der Fleischpreise unmittelbar nach diesem Abkommen war der Startschuß dafür, daß unser gesamtes Preisniveau so labil und unsicher geworden ist. (Abg. Strommer: *Das ist doch allerhand!*)

Die Spekulation mit den Fleischpreisen, das sei hier klar und deutlich ausgeführt, hat praktisch das 5. Lohn- und Preisübereinkommen illusorisch gemacht. (Abg. Dr. Herbert Kraus: *Das war schon von Anfang an illusorisch!*) So wie im Vorjahr müssen wir leider feststellen, daß wiederum wichtige Mengen von Brotgetreide in den Schweinemagen wandern. Die Getreideernte war um 55.000 Tonnen niedriger als im Vorjahr. Bis September dieses Jahres wurden um 18 Prozent weniger als im Vorjahr auf den Markt gebracht. (Hört!-Rufe bei den Sozialisten.)

Das ist in nackten Worten die Kennzeichnung unserer Situation. Nun, meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr wurde in diesem Hause auf die landwirtschaftliche Situation verwiesen, und sie wurde zum Gegenstand einer ausführlichen Debatte gemacht. Heute wird es den Vertretern dieser Agrarpolitik nicht mehr gelingen, hier die Unschuld vom Lande zu spielen und wie Pontius Pilatus ihre Hände in Unschuld zu waschen. Heute ist es klar und durch nichts mehr widerlegbar: So wie Pontius Pilatus letzten Endes Christus ans Kreuz geschlagen hat, so richtet diese Art der Preispolitik auf dem Agrarsektor, in der Hauptsache geführt vom Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften, geführt von der Bürokratie einer unfähigen Landwirtschaftskammer, die Wirtschaft unseres Landes

zugrunde und nimmt allen anderen Klassen und Ständen das, was sie sich in mühseliger Aufbauarbeit geschaffen haben. (Abg. Dr. H. Kraus: *Pontius Pilatus ist gut! — Zwischenruf des Abg. Strommer.*) Man komme nicht mehr, Herr Strommer, mit dem Hinweis auf die großen Schwierigkeiten der österreichischen Bauernschaft! (Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP.) Wir haben für die Schwierigkeiten, unter denen der österreichische Bauer arbeiten muß, vollstes Verständnis (Abg. Koplénig: *Schöne Koalition! Gut zum Volksbetrug! — Abg. Dr. Pittermann zu den Abgeordneten des Linksblocks: Wieso? Habt Ihr Euer Monopol gefährdet gesehen? — Heiterkeit*), aber niemand kann leugnen, daß in den letzten drei Jahren die Agrarwirtschaft von Westeuropa ihren Völkern bereits 125 Prozent des Ertrages von 1937 liefert. (Abg. Strommer: *Wer hat Ihnen diese Ziffern aufgeschrieben?*) Wissen Sie, wo das steht? In einer Broschüre, die ich Ihnen zu lesen empfehlen würde. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das steht in der Broschüre, die vom Österreichischen Produktivitätszentrum herausgegeben wurde. (Lebhafte Zwischenrufe und Gegenrufe.) Österreich hält bei 90 Prozent der Vorkriegsleistung! Nun kann niemand leugnen: Der französische Bauer, der holländische, der belgische, der westdeutsche Bauer hatten auch den Krieg im Lande, und ich will nicht untersuchen, wer mehr gelitten hat — diese Bauern oder die Österreicher. Aber mit Neid blickt man heute auf jene Landwirtschaften und insbesondere auf den westdeutschen Bauern, der heuer seinem Volke eine Rekordernte geben konnte und, dafür von Parlament und Bundesrat gelobt worden ist. (Abg. Strommer: *Lesen Sie einmal die Zeitungen aus Deutschland!*) Wir bedauern, daß es die Führung der österreichischen Agrarpolitik in den letzten Jahren verschuldet hat, daß bei uns nicht der gleiche Zustand eingetreten ist.

Wir haben für die Landwirtschaft sehr viel getan und wir haben volles Verständnis für sie. Wir sind der Überzeugung, daß auch der Bauernstand ein ordnungsgemäß gesichertes Leben haben muß, wenn es mit diesem Staate aufwärts gehen soll. Aber, meine Damen und Herren, wie aus der Anfrage meines Freundes Widmayer vom 4. Juli hervorgeht, haben wir in den letzten Jahren beinahe 1,1 Milliarden Schilling an ERP-Subventionen und Subventionen aus Steuergeldern in die Landwirtschaft hineingepumpt. (Zwischenrufe.) Daneben wurden billige Kredite von 126 Millionen Schilling gegeben. Die Zahl der Traktoren hat sich gegenüber der Vorkriegszeit verzwanzigfacht, die Zahl der Sämaschinen verdoppelt, die Zahl der Mähmaschinen verdreifacht. (Ruf bei der ÖVP:

2340 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Die Zahl der Arbeiter verringert!) Unter diesem Problem leidet die westdeutsche, die französische, die holländische, die belgische Landwirtschaft genau so wie die österreichische! Das ist eine Ausrede, meine Damen und Herren.

Es ergibt sich folgendes Bild: Dank der unglückseligen und unfähigen Agrarpolitik, die in Österreich von diesen Körperschaften betrieben wird, gleicht unsere Landwirtschaft einem Apparat, in dem man oben etwas hineinwirft und unten nichts herauskriegt. Ich sage Euch: Wenn bisher noch der, der sein Geld hineinwarf und nichts bekam, unbefriedigt hinwegging, so klopft heute das Volk zornig auf diesen Apparat, schüttelt und beutelt ihn; und nicht nur der Arbeiter und der Angestellte! Ich glaube, hier auch im Namen der Industrie, des Gewerbes und des Handels sprechen zu können. Ich beziehe mich auf die Äußerungen in der Industriellenvereinigung und auf Beschlüsse in den verschiedenen Körperschaften der Wirtschaftskammern. Ich beziehe mich ebenso auf Äußerungen, die von führenden Funktionären des Arbeiter- und Angestelltenbundes abgegeben worden sind. Ich will hier diese Frage nicht zum Gegenstand einer Parteipolemik machen, weil sie viel zu ernst ist; aber es ist wahr: Die Führung der österreichischen Landwirtschaft hat versagt! (*Ruf bei der SPÖ: Sehr richtig!*) Die Führung der österreichischen Landwirtschaft bedroht heute durch diese wüste Fleischspekulation die mühselige Aufbauarbeit, zu der sich Regierung und Parlament, die beiden Parteien und alle Klassen und Schichten dieses Volkes in ihrer überwiegenden Mehrheit zusammengefunden haben. Hier gibt es nur eine klare Sprache: Diese Methode kann und darf sich nicht wiederholen! Es ist untragbar für die Arbeiterschaft, und es ist untragbar für den städtischen Konsumenten, daß sie ausschließlich das Opfer einer solch unfähigen Agrarpolitik werden können.

Wir haben diese Methode, mit der man Aufbringung und produktive Politik im Dorfe stets untergraben hat, wiederholt kennengelernt. Wir kennen sie ausgezeichnet. Die Folge scheint zu sein, daß heute im Dorfe ein schäbiger Materialismus lebendig geworden ist (*Abg. Hartleb: Das ist eine unerhörte Verdächtigung! — lebhaftes Rufe und Gegenrufe*), ärger als es der Ideologie des Konkurrenzkapitalismus, der Theorie des Eigennutzes entspricht. (*Andauernde Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Abg. Hartleb: Ich komme Euch schon!*)

Wenn man die Kanzlerreden, die Reden des Herrn Ministers Kraus in den letzten Monaten gehört hat, wie sie dem Bauern wie einem kranken Roß zureden und doch nichts dabei

herauskommt, dann hat man den Eindruck, als ob der Bauernbund die Führung über das Dorf bereits verloren hat. Wohl gleichen sie heute dem Zauberlehrling, der die Geister rief und sie nun nicht mehr loswerden kann. Jetzt ernten sie die Früchte ihrer Parole vom Ablieferungsstreik, die sie im Frühjahr dieses Jahres in das Dorf hinausgetragen haben. Jetzt ernten sie die Drachensaat dieser Handlung. Sie waren wohl imstande, die Bauern hinauszuführen, zurück aber haben sie sie nicht mehr gebracht. (*Zwischenruf des Abg. Hartleb.*)

Herr Hartleb! Ich mache den Bauern persönlich keinen Vorwurf. Wie kann der einfache Mann in einem Dorf, in einem Kirchspiel genau erkennen, was dem österreichischen Staat fruchtet und was er zur Sicherung des wirtschaftlichen Fortschrittes zu tun hat. Ich mache den Vorwurf ausschließlich jener Bürokratie, die sich zwischen Bauernschaft und öffentlicher Wirtschaft einschleibt, jener Bürokratie der Genossenschaften, die zum Beispiel heute eine unverantwortliche Spekulation mit den Kartoffeln betreibt. (*Lebhafte Zustimmung bei der SPÖ.*) Ich mache den Vorwurf jenen Führern der Bauernschaft und der Bauernkammern, die glauben, daß sie in einer solchen Situation die ganz Gescheiterten sind, wenn sie der Landwirtschaft irgendwie momentan vorübergehende Vorteile zuschanzen.

Ich habe zu sehr die Überzeugung, daß es mit unserem Staat nur aufwärts gehen kann, wenn Bauernschaft und Arbeiterschaft zusammenhalten, und wir wollen dem Bauern nichts nehmen, was ihm zukommt. Aber die städtische Konsumentenschaft, vom Friseurmeister bis zum Industriellen hat nicht die Absicht, ihre Arbeit auf Kosten einer kleinen Bürokratie, die rücksichtslos ihre Machtstellungen ausübt, dauernd torpedieren und konterminieren zu lassen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*) Das nehmen Sie heute zur Kenntnis!

Heute sprechen wir eine andere Sprache, heute fordern wir: Zurück mit den Fleischpreisen! (*Starker Beifall bei der SPÖ.*) Wie Sie das machen, Herr Strommer, geht uns gar nichts an, aber machen müssen Sie es! (*Neuerlicher starker Beifall. — Abg. Weikhart: Dort sitzen die Schuldigen an unserer heutigen Situation! — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt wiederholt das Glockenzeichen. — Abg. Widmayer: Pfui Teufel, Herr Strommer!*)

Dabei wollen wir auf folgendes verweisen: (*Neuerliche anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident Dr. Gorbach gibt abermals das Glockenzeichen. — Zwischenrufe beim Links-*

block. — Abg. Weikhart: Herr Koplenig hilft dem Strommer in dieser Situation! — Abg. Koplenig: Ihr Demagogen! — Abg. Horn: Ihr gehört alle zwei zusammen! Schämen Sie sich! — Abg. Dr. Pittermann: Wenn von Preistreiberei gesprochen wird, fühlt sich die USA betroffen!)

Ich möchte einen Beitrag dazu liefern, wie man aus der Situation herauskommen kann. Herr Dr. Bock, so geht es nicht, daß Sie den Konsum von Schweinefleisch dem österreichischen Arbeiter als Luxuskonsum so hoch hängen, daß er sich ihn nicht leisten kann. Es gehört zu den Gewohnheiten des österreichischen Arbeiters, daß er am Sonntag sein Stückchen Schweinefleisch hat. Ich glaube eines: Wenn die Menschen jahrelang brav und fleißig arbeiten und immer und immer wieder den Kopf hinhalten, wenn es gilt, dem Terror der Kommunisten zu widerstehen, wenn sie immer und immer wieder da sind, wenn der Staat sie braucht, wenn er in Notlage gerät, und wenn sie für alle Schwierigkeiten Verständnis haben, dann verdienen sich diese Menschen auch das Stückchen Fleisch zu einem gerechten Preis.

Ich sehe die Dinge nicht so rosig, wie man sie hier aufzäumt. Wir hatten im Durchschnitt der Jahre 1934 und 1938 einen Schweinebestand von 2,8 Millionen Stück, heute haben wir nur 2,5 Millionen. (*Ruf beim KdU: Und trotzdem so eine Schweinerei!*) Im Jahre 1937 haben wir 69.000 Tonnen Fleisch importiert, im Jahre 1950 nur 14.000 Tonnen, also 18 Prozent; aber 1937 war die Zeit der Arbeitslosigkeit!

Herr Präsident Strommer, ich glaube, daß Sie ohne Fleischbewirtschaftung vom Dorf bis zur Stadt dem braven österreichischen Arbeiter, dem dieser Staat so viel verdankt, sein Stückchen Schweinefleisch nicht sichern können, aber wir verlangen es von Ihnen! Es ist möglich, wenn man diese Tatsachen benützt, um zu einer ordentlichen und korrekten Fleischbewirtschaftung überzugehen.

Nun hat diese Agrarpolitik in den letzten Monaten leider eine unberechtigte Stützung erfahren, und darüber muß auch gesprochen werden. Es gibt im ECA-Büro in Wien einige Beamte, die glauben, die österreichische Wirtschaft zu kennen und uns mit Ezzes versorgen zu müssen. Aus diesen Kreisen stammte der Plan, eine Ablieferungsprämie von 15 Groschen zu geben. Wir haben empfohlen, die Erweiterung der Anbaufläche zu prämiieren, und darauf verwiesen, daß eine Prämiierung der Ablieferung in Wirklichkeit dem Dorf zeigt, daß die Festsetzung der Agrarpreise durch das 5. Lohn- und Preisabkommen eine Scheinfestsetzung war, die man morgen bereits sprengen könnte, und genau dasselbe ist eingetreten. Die

Herren der ECA haben also dazu beigetragen, daß diese Krise so umfassend eintreten konnte. Sie haben, ich gebe es zu, unbewußt, aber dennoch, infolge ihres Eingriffes jener Fleischspekulation Vorschub geleistet. Hier möchte ich eines klar und deutlich sagen: Diese Beamten sollen es sich überlegen, was sie hier machen, denn ihre Vorstellungen müssen nicht immer richtig sein! Sie haben merkwürdige Begriffe, die unter Umständen ungefähr auch so ausschauen:

Da wurde im Ennstal bei einer landwirtschaftlichen Genossenschaft mit Hilfe des ERP-Kredits eine Kondensmilcherzeugung errichtet, die ungefähr zehn Prozent des Inlandsbedarfes deckt. Zweck des ERP ist es — das steht im Gesetz, das der Kongreß angenommen hat, das erklären alle Beamten —, die Preise durch die Ausstattung der Landwirtschaft mit modernen Produktionsmitteln zu verbilligen. Nun, wie schaut auf diesem Gebiet die Preisverbilligung aus? Die Dose Kondensmilch kostet etwas über 8 S, die Importdose nur 5,30 S. Und jetzt hat diese Genossenschaft, die mit Hilfe der Amerikaner, mit Hilfe des ERP eine hochmoderne Anlage errichtet hat, die Impertinenz, von der österreichischen Regierung die Einhebung einer Importabgabe auf Kondensmilch zu verlangen, eine Importabgabe in der Höhe von 3 S. (*Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.*) In Wahrheit tritt nun durch die Arbeit der Beamten im ECA-Büro in Österreich das Gegenteil dessen ein, was sie sich vorstellen, denn wenn so ein Betrieb Preiserhöhungen und Preisausbeutung bedeutet, dann brauchen wir einen solchen Betrieb nicht! (*Abg. Dipl.-Ing. Hartmann: Warum sind denn die Zölle für landwirtschaftliche Maschinen so hoch? — Abg. Dr. Pittermann: Wir reden hier vom Fleischpreis, Herr Ing. Hartmann!*) Herr Ing. Hartmann, wenn ich die Kondensmilch, die ich im Inland erzeuge, nicht auch um 5 S erzeugen kann, dann brauche ich sie nicht, denn dann führe ich sie ein! Wie kommt das österreichische Volk dazu, den landwirtschaftlichen Genossenschaften besondere Prämien zuschanzen zu müssen, damit sich hier eine Bürokratie auf Kosten der Konsumenten breitmachen und davon leben kann! Wieso und warum?! Machen Sie doch dann lieber eine ehrliche Konkurrenzwirtschaft. Es soll nur das in unserem Land leben, was gesund ist, und wenn diese Leute nicht fähig sind, die Kondensmilch um 5 S zu erzeugen, dann ist der Kredit, den sie erhalten haben, eine glatte Verschwendung. Die Beamten des ECA-Büros werden ja eines Tages dem Ausschuß ihres Kongresses über ihre Arbeit zu berichten haben, und ich bin sehr gespannt darauf, was der amerikanische Kongreß diesen Beamten erzählen wird!

2342 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Noch ein Kapitel; es gehört zwar nicht mehr zur Landwirtschaft, berührt aber ein heute schon gestreiftes Gebiet, die Frage der Neuregelung unseres Import- und Exportverfahrens. Der Herr Minister Kolb gehört leider zu jenen Menschen, denen es mehr darauf ankommt, Wirbel zu erzeugen, als mit der Arbeiterschaft erträglich zusammenzuarbeiten, und so sah er sein Hauptideal darin, die Arbeiterkammer aus dem Arbeitsausschuß, der Export und Import zu begutachten hat, hinauszuerwerfen. Die Begründung war eine Vereinfachung des Verfahrens. *(Zwischenrufe.)* Soweit der Herr Dr. Kolb eine derartige Planung hat, verstehe ich ihn bei seinen geistigen Vorstellungen vollkommen; unerhört aber und unerträglich ist es, daß sich das ECA-Büro dazu hergegeben hat, einen solchen Plan zu lancieren, die Vertreter jener Regierung, deren grundlegende Überzeugung es ist, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft zur Mitarbeit an allen wirtschaftlichen Dingen herangezogen werden muß! Dabei hat sich folgendes herausgestellt: Der kritisierte Arbeitsausschuß benötigt fünf Tage zur Entscheidung, der bürokratische Apparat, den der Herr Minister in seinem Ministerium und in den Fachverbänden aufgezogen hat, für dieselbe Sache aber sechs Wochen oder gar zwei Monate. Wenn einer überflüssig ist, dann der Apparat des Ministeriums und der der Fachverbände, und wenn einer schnell arbeitet, dann der Arbeitsausschuß!

Aber zu solchen Mißgriffen kommt es, wenn man fuhrwerk, ohne die Verhältnisse des Landes zu verstehen. Wir Sozialisten wollen es auf dieser Tribüne offen aussprechen: Wir verbitten uns solche Eingriffe von Beamten der ECA-Verwaltung, die zum Gegenteil dessen führen, was der Marshallplan will!

Und nun, meine Damen und Herren, zur zweiten großen Gruppe von Geschäftsführern unseres Narrenparadieses, zur Führung der industriellen und gewerblichen Wirtschaft und des Exports. Ja, es ist wahr, und wir anerkennen es, die Industriellenvereinigung und die Wirtschaftskammern sind in den letzten Tagen zusammengetreten und haben sich ernste Sorge um die Preisinflation gemacht. Man setzt sich in der Wirtschaftskommission der drei Kammern zusammen und berät, wie man einen wirksamen Preisstopp durchsetzen könne. Man berät, wie man Preise herabsetzen könne, und ich anerkenne auch, daß sich die Textilindustrie entschlossen hat, ein Standardprogramm herauszugeben, angeblich größer als in den früheren Jahren, nur um das Preisniveau zu halten, wenn möglich, sogar etwas zu senken.

Meine Damen und Herren! Ich bin von dem ehrlichen Willen überzeugt, allein die Arbeiter

und Angestellten sind mißtrauisch geworden. Sie haben schon zu oft schöne Worte gehört, und — täuschen Sie sich nicht darüber! — heute ist die Lage auch anders, heute genügt nicht mehr das Wort, erst die Tat kann die Arbeitnehmer überzeugen!

Dazu einige grundsätzliche Fragen: Warum hat die Führung der Wirtschaft diese Entwicklung jetzt erst gesehen? Sind denn das nicht Fragen, die schon seit Monaten aktuell sind? Ist z. B. die Frage der Kürzung des ERP nicht eine Angelegenheit, von der jeder seit Jahren wußte? Und, Herr Fischer, nebenbei bemerkt, umgekehrt ist es der Fall: Heute sieht jeder, was für ein unentbehrliches Instrument wir an dieser amerikanischen Hilfeleistung hatten und haben. Umgekehrt ist es! Man hat gewußt, daß die Marshallplan-Hilfe zu Ende geht; man hat gewußt, daß sie von Jahr zu Jahr weniger wird. Was ist das aber für eine Führung der Wirtschaft und was ist das für eine Politik, die nicht vorausschaut? *(Abg. Dr. H. Kraus: Sie gehören ja mit dazu!)* Politik enthält in ihrem Begriff die Voraussicht. Ja, wenn man jahrelang dem dummen Popanz einer freien Wirtschaft nachjagt und sich darauf verläßt, es sei ohnehin alles in bester Ordnung, dann glaube ich, daß man erst in der letzten Stunde, fünf Minuten vor zwölf dazukommt, die Dinge überhaupt erst zu sehen.

Und so wie zur Landwirtschaft möchte ich auch in dieser Hinsicht klar und deutlich aussprechen: Meine Damen und Herren! Wir haben im Jahre 1937 6 Prozent unseres Sozialproduktes für Investitionen verwendet, 1948 waren es 17 Prozent, 1949 21 Prozent, 1950 20 Prozent. Wir haben allein aus ERP-Mitteln in der Zeit vom Jahre 1948 bis zur ersten Hälfte 1951 3,2 Milliarden Schilling für industrielle Investitionen aufgewendet. Man geht nicht fehl, wenn man die Gesamtsumme der industriellen Investitionen in diesen Jahren auf 20 Milliarden Schilling schätzt. Und nun? *(Abg. Altenburger: Und die verstaatlichten Betriebe?)* Altenburger, die Frage stelle ich auch für den Arbeiter- und Angestelltenbund, denn auch ihr seid daran interessiert! *(Abg. Altenburger: Ja, aber auch für die verstaatlichten Betriebe!)* Ich spreche hier nicht nur für den Arbeiter, der sozialistisch organisiert ist, ich glaube, für alle Arbeiter zu sprechen. Eine Gretchenfrage: Wann fällt aus den gewaltigen Investitionen endlich auch für das Volk etwas ab? Ja, wenn man so viele Maschinen einstellt, dann muß die Sache einmal billiger werden, denn dazu tut man es ja! *(Abg. Altenburger: Hat der Waldbrunner die Eisenpreise gesenkt? Nur die Textilindustrie! Wo ist der Eisenpreis?)* Altenburger, die Sache war so: Die verstaatlichten Industrien, die

Bundesbahnen, die Post waren ja stets die Nachhut in der Preisbewegung (*andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe*), nachdem ihnen die Privatwirtschaft längst davongelaufen war, natürlich konnten sie nicht zurückbleiben und vielleicht der Privatwirtschaft noch aus ihren Leistungen zusätzliche Gewinne liefern! (*Zwischenruf des Abg. Altenburger.*) Lieber Altenburger, du bist genau so ein Vertreter des Volkes und hast hier nicht die Schieber und jene zu verteidigen, die irgendwie versuchen, aus jeder Situation ihre Sache ins Trockene zu bringen. Wir haben die Gesamtheit zu sehen. (*Andauernde Zwischenrufe.*)

Das Ausweichen in die Preiserhöhung geht nicht mehr, weil der Preispolster nicht mehr da ist. Erstens: Die hohe Rate der Selbstfinanzierung, wie sie heute in der Industrie und im Gewerbe üblich ist, kann nicht länger aufrechterhalten werden. (*Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pittermann: Das sind Scheingewinne!*) In früheren Zeiten war es ja auch so, daß ein Unternehmen Jahre benötigt hat, um seine Investitionskredite zurückzuzahlen. Was ist das für eine Gesinnung, die da glaubt, in ein oder zwei Jahren den Neubau einer Produktionsanlage aus dem jährlichen Ertrag bezahlen zu können?

Nummer 2: Sprechen wir vom Narrenparadies. Ich bin davon überzeugt, daß alle Schichten und Klassen über die Verhältnisse hinaus leben. Aber so muß es ja auch nicht sein, daß Menschen, die in Handel, Gewerbe und Industrie tätig sind, nach zwei Jahren ihrer Tätigkeit bereits eine Freundin, ein zweites Auto, eine Villa oder die Mittel für einen Aufenthalt in Badgastein besitzen müssen. Die Väter der Unternehmer haben auch jahrelang arbeiten müssen, bis sie sich ein solches Vermögen erworben haben. (*Lebhafte Zwischenrufe zwischen Abg. Dr. Pittermann und Abg. Krippner.*)

Und 3.: Die österreichische Wirtschaft ist nicht mehr in der Lage, die Prämien für die Kapitalsflucht in Import und Export zu tragen. Wir sind nicht mehr gewillt, zu dulden, daß aus dieser Betätigung heraus nicht nur Vermögen im Inland, sondern auch Vermögen im Ausland angesammelt werden. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen: Wir haben die Überzeugung, daß öffentliche Wirtschaft und Privatwirtschaft in diesem unserm Jahrhundert für lange Jahrzehnte mitsammen zu gehen und zu wirken haben und unter einer Voraussetzung auch wirken könnten, daß nämlich der Unternehmer seine echte Unternehmerfunktion erfüllt. In dem Augenblick, wo er diese Funktion nicht mehr erfüllt, benötigen wir ihn nicht; dann hat er abzutreten. Erkennen Sie doch, meine Damen und Herren, daß dieser Auswuchs von Schieber- und Spekulantentum

sowie diese falsche Agrarpolitik die Existenzgrundlage der Bauernschaft, die Existenzgrundlage der selbstschaffenden Gewerbetreibenden und Unternehmer vernichtet!

Und hier können wir Euch nur eines sagen: Schluß machen mit dem Narrenparadies! Das ist die Parole der Stunde. Wir dürfen keine Zeit mehr verlieren; es gilt, rasch zu handeln. Was wir brauchen, ist endlich der konzeptive Plan, den wir Sozialisten seit Jahr und Tag von diesem Parlament und von dieser Regierung fordern. Und immer wieder sagt man uns: Ja, Planwirtschaft! Natürlich, nur Planwirtschaft! Und man versucht, das lächerlich zu machen.

Darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, etwas vorlesen, was nicht ich geschrieben habe, sondern vom „Produktivitäts-Zentrum“ herausgegeben worden ist? Da steht, daß „... die bedenklichen Fehlentwicklungen, unter denen unsere Wirtschaft heute noch leidet, zumindest in ihrer Schärfe hätten vermieden werden können, wenn die Wirtschaftspolitik von Anfang an ... ihre verschiedenen Maßnahmen zur Lenkung des Güter- und Leistungsstroms ... im Rahmen eines größeren Gesamtwirtschaftskonzeptes sinnvoll aufeinander abgestimmt hätte.“ Hier liegt die brennende Aufgabe unserer Zeit, die Parlament und Regierung zu lösen haben, damit in Zukunft zufriedenstellende Budgets erstellt werden können.

Ich glaube, meine Damen und Herren, das sind die Probleme, mit denen wir zu ringen haben und mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Zerschlagt das Narrenparadies, setzt die unbefugten und befugten Geschäftsführer ab, und die österreichische Regierung und das österreichische Volk werden einer besseren Zukunft entgegengehen! (*Lebhafter Beifall bei den Sozialisten. — Abg. Dr. H. Kraus: Heißt das: Abtritt der Regierung?*)

Abg. Hartleb: Hohes Haus! Das vorliegende Budget und die Umstände, unter denen es beraten werden muß, sind eine einzige Widerlegung eines berühmten Kanzlerwortes, das wir in den letzten Jahren zum Überdruß oft gehört haben, und das da lautet: Wir sind überm Berg! Keine Ausstellungseröffnung, keine andere Gelegenheit, bei der der Regierungschef das Wort ergriffen hat, ist vorübergegangen, ohne daß er den Versuch unternommen hat, dem österreichischen Volk vorzutäuschen, daß wir dank der Tüchtigkeit und dank der Fähigkeit der Regierung überm Berg wären. Heute, glaube ich, sieht nicht nur die Bevölkerung, sondern wahrscheinlich auch der Herr Kanzler selber ein, daß es besser gewesen wäre, diese Äußerungen nicht von sich zu geben.

2344 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Wenn man in den abgelaufenen Jahren hier und da Gelegenheit genommen hat, den Regierungsparteien von hier aus zu sagen, daß ihre Wirtschaftspolitik zu einer Katastrophe führen muß, dann haben sie uns nicht beachtet, dann haben sie uns ausgelacht, dann haben sie sich eingebildet, daß sie unfehlbar seien (*Abg. Dr. Herbert Kraus: So wie Dr. Migsch!*), daß es unter ihrer Würde sei, auch einmal einen anderen anzuhören. Wenn es ihnen unangenehm geworden ist und sie nicht wußten, was sie antworten sollten, dann haben sie sogar zu dem Mittel gegriffen, diesen Saal zu verlassen. (*Abg. Dr. Pittermann: Wegen der Langeweile, damit wir nicht einschlafen!*) Sie haben geglaubt, damit eine Großtat zu setzen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann.*) Sie haben am 25. Juli geglaubt, sie werden die Anschuldigungen wirkungslos machen und die Argumente, die ich damals gebracht habe, aus der Welt schaffen, wenn Sie nicht zuhören. Sie haben sich geirrt! Argumente kann man nicht aus der Welt schaffen, nicht einmal dann, wenn man sich auf die Ebene eines Herrn Geißlinger und eines Dr. Bock stellt. Auch dann nicht, wenn man Dr. Pittermann heißt und die Sache so dreht, daß es ein Verbrechen und unsozial sei, wenn ein Abgeordneter in diesem Hause länger als eine Stunde spricht, weil die Stenographen das nicht aushalten. (*Abg. Dr. Pittermann: Für die haben Sie ja kein Gefühl!*) Ich gebe zu, daß ich in dieser Sitzung am 25. Juli wieder etwas gelernt habe. Man lernt eben nie aus. Ich hätte bis dahin nicht geglaubt, daß es möglich sei, daß der Klubsekretär einer so großen Partei so klein sein kann. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Pittermann.*) Damit, daß Sie sich diesem wirklich kleinen Argument angeschlossen haben, haben Sie in meinen Augen in einem Maße verloren, daß ich es selbst nur auf das tiefste bedauern kann. (*Abg. Dr. Pittermann: Wieso? Weil man sich der Angestellten annimmt? Das tun wir immer! Seien Sie überzeugt, daß wir immer die Angestelltenrechte vertreten!*) Jetzt habe ich das Wort, Herr Dr. Pittermann!

Ich möchte nun darauf hinweisen, daß so manches, was von uns in den letzten Jahren hier gesagt worden ist, durch die heutigen Zustände seine Bestätigung findet (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Sehr richtig!*), nur haben Sie es damals nicht glauben wollen. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Sie waren zu überheblich!*) Ich habe Sie von diesem Rednerpult aus wiederholt gemahnt und habe gesagt: Entscheiden Sie sich doch, ob Sie Planwirtschaft oder freie Wirtschaft in diesem Staate betreiben wollen!

Ich habe Ihnen im vorigen Jahr bei der Budgetdebatte erklärt, daß meiner Meinung nach beides erträglich sein würde; entweder eine Planwirtschaft oder eine freie Wirtschaft. Ich habe Ihnen damals gesagt: Was aber unerträglich ist, das ist ein Wechselbalg, bei dem man nicht weiß, was er ist, ob er eine freie oder ob er eine Planwirtschaft ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Wofür entscheiden Sie sich?*) Auch Sie, Herr Dr. Pittermann, haben an diesen Zuständen festgehalten, da Sie sich nicht zu einer Entscheidung aufraffen konnten. Das ist der Grund, warum es zu diesen Zuständen gekommen ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Wofür entscheiden Sie sich?*) Ich werde Ihnen später bei der Besprechung der Frage Fleischkrise, die ja ein Lehrbeispiel ist und in der Geschichte Österreichs keine Vorgängerin hat, zeigen, daß es keinen anderen Schuldigen gibt, als nur die Regierungsparteien, daß nur sie diejenigen sind, die diese Zustände herbeigeführt haben, weil ihre Kurzsichtigkeit, ihre Überheblichkeit, ihre Unwissenheit und ihre Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge dazu geführt haben, daß es einfach so kommen mußte, weil es nicht anders möglich ist. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Und jetzt wollen sie nicht dabei gewesen sein, die Herren Sozialisten!*)

Wir stehen als Oppositionspartei vor der Aufgabe, uns zu einem Budget zu äußern und bei der Abstimmung mitzutun, das an und für sich kein erfreuliches ist. Aber wenn man die Begleitumstände betrachtet, dann werden Sie verstehen müssen und verstehen können, daß wir gar nicht daran denken können, diesem Budget unsere Zustimmung zu geben. Es ist nun einmal so im parlamentarischen Leben, daß es nicht nur ein Recht, sondern auch die Pflicht der Opposition ist, Kritik zu üben, wenn sie sieht, daß das Vorgehen der Regierung volksschädigend ist. Wir werden daher nicht für dieses Budget stimmen. (*Abg. Prinke: Das haben wir schon vorher gewußt!*)

Damit Sie unsere Stellungnahme begreifen und leichter verstehen, wird es notwendig sein, wenigstens einiges von dem Vielen auszusprechen, was uns dazu bewegt, diese Regierung und diese Regierungskoalition grundsätzlich abzulehnen. Ich habe schon einmal von dieser Stelle aus erklärt, daß es uns mit dem größten Mißtrauen erfüllt, daß Sie von Anfang an bestrebt gewesen sind, nicht nur draußen in der Verwaltung, sondern auch in diesem Hause zweierlei Recht einzuführen. (*Abg. Dr. Herbert Kraus: Sehr richtig!*) Einige Male haben wir es erlebt, daß der Versuch unternommen worden ist,

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2345

unseren Rednern, da sie eben einer Oppositionspartei angehören, mit fadenscheinigen Begründungen das Wort zu entziehen. Einmal, als man einen ausländischen Journalisten beim Namen nannte, sollte das schon ein Grund sein, daß man nicht mehr weiterreden durfte. Dann das andere Mal, wenn man in einer Notiz nachschaut und ein paar Zeilen liest. Erinnern Sie sich, was wir da von Ihrer Seite erlebt haben? Ich glaube, daß es ein Monopol der ÖVP ist, daß ihre Vertreter alles lesen, was sie vorzubringen haben, und daß es ein trauriges Bild ist, wenn ein Akademiker und Hauptredner einer so großen Partei nicht imstande ist, in freier Rede zu sagen, was er sich in dieser Angelegenheit denkt. Aber wenn man das schon duldet, dann, bitte, für alle, und nicht einzugreifen, wenn einer der Opposition angehört! Beim andern aber stillschweigend zuzuschauen, so wie es heute geschehen ist, wenn einer fünf Viertelstunden lang liest und dann behauptet, er hätte geredet — das ist doch unerhört. Sie dürfen doch nicht glauben, daß das von uns einfach ruhig hingenommen wird oder daß die Öffentlichkeit mit solchen Zuständen einverstanden ist.

Es ist ein unglaublicher Zustand, verfassungswidrig und unzulässig, daß Sie es immer noch ablehnen, unsere Anträge zu behandeln. Wir sind uns vollständig im klaren über die Rechte, die der Volksvertretung zustehen. Sie haben das Recht, unsere Anträge abzulehnen, wenn Sie die Verantwortung für die Ablehnung tragen wollen. Sie haben aber nicht das Recht, zu verhindern, daß die Anträge auf die Tagesordnung gesetzt werden. Einer Regierungsmehrheit und einer Regierungsmacht, die sich mit solchen kleinen Mittelchen zu behaupten bemüht, kann man kein Vertrauen schenken, der kann man nur wünschen, daß sie, je eher desto besser, von der Bildfläche verschwindet. *(Zustimmung beim KdU. — Abg. Dr. Pittermann: Hartlebs Wille zur Macht!)*

Das sind aber nur die Dinge, die politisch und stimmungsmäßig von Bedeutung sind. Und wenn Sie es noch nicht wissen sollten, es ist so: Eine Regierung braucht ja, um regieren zu können, nicht nur die Macht und den Apparat, sie braucht auch das Vertrauen des Volkes. Mit solchen Dingen werden Sie aber das Vertrauen des Volkes nicht gewinnen; auch Ihre Leute billigen das nicht. Ich nehme immer gerne Gelegenheit, wenn bei meinen Versammlungen politische Gegner anwesend sind, auch über diese Dinge zu sprechen, um zu hören, was die einfachen Leute dazu sagen. Sie schütteln verwundert den Kopf, sie glauben es gar nicht, daß eine

solche Art von Unduldsamkeit und eine solche Art von undemokratischem Verhalten bei ihren Parteien überhaupt möglich ist.

Das allein, meine Herren, würde Grund genug abgeben, um uns ablehnend zum Budget zu stellen. Aber es gibt auch noch andere, große Fragen, über die auch einmal gesprochen werden muß. Es gibt da Dinge, über die im Parlament nichts geredet wird, die aber von so großer Bedeutung sind, daß sie geradezu die Voraussetzung dafür bilden, ob man Österreich als Rechtsstaat anerkennen soll oder nicht. Ich möchte nur erwähnen, daß der Terror, der in den Betrieben, vor allem in jenen Betrieben, die von der Sozialistischen Partei beherrscht werden, gegen Andersdenkende ausgeübt wird, ebenfalls etwas Verfassungswidriges und Unzulässiges ist. *(Zwischenrufe.)* Bilden Sie sich ja nichts darauf ein, wenn es Ihnen da und dort gelingt, einen Arbeiter oder Angestellten unter Drohung des Entzuges seiner Existenz und des Unterhaltes für seine Familie dazu zu bringen, seine Gesinnung zu verleugnen! Glauben Sie ja nicht, daß das ein politischer Erfolg für Sie ist. *(Zwischenrufe bei den Sozialisten.)* Das wird sich einmal bitter rächen. Es sammelt sich da allerhand unter der Oberfläche, und einmal wird der Tag kommen, wo es auch da und dort zu Aktionen kommen wird. *(Abg. Dr. Pittermann: Diese Märchen haben Sie schon als Adjutant von Seipel erzählt!)* Ich sage es bewußt früher, damit Sie dann nicht so tun können, als ob Sie nichts davon gewußt hätten. *(Abg. Dr. Pittermann: Schulter an Schulter mit Seipel am 15. Juli!)* Sie wissen es, aber ich will es festnageln. Ich will Sie in die unangenehme Lage bringen, dann zugeben zu müssen, daß Sie diese Umstände gekannt haben und nicht dagegen eingeschritten sind. *(Abg. Dr. Neugebauer: Seit wann sind Sie Demokrat?)* Ich war es, bevor Sie überhaupt die „politischen Hosen“ angehabt haben. *(Beifall beim KdU. — Heiterkeit.)* Ich habe schon vor einem Vierteljahrhundert bewiesen, daß ich Demokrat bin, ich habe damals schon gezeigt, daß ich mehr kann als Sie! Das merken Sie sich, und stellen Sie nicht immer so dumme Fragen. *(Abg. Dr. Pittermann: Der Schußbefehl am 15. Juli!)*

Eine andere Frage, die meiner Meinung nach einmal behandelt werden muß und die mit der Achtung unserer Bundesverfassung eng zusammenhängt, ist die Frage der Verstaatlichung und der mit der Verstaatlichung zusammenhängenden Entschädigungspflicht. *(Abg. Dr. Pittermann: Jetzt reden die Aktionäre! — Abg. Horn: Was kriegen Sie dafür, daß Sie so reden?)* Auch der Herr

2346 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Dr. Pittermann wird wissen, daß es in unserer Verfassung eine Bestimmung gibt, welche besagt, daß das Eigentumsrecht garantiert wird. Wenn man nun auf diese Verfassung Eide geschworen hat und sich immer darauf beruft, daß man ein besonders guter Demokrat sei, dann wäre man meiner Ansicht nach in erster Linie verpflichtet, diese Verfassung zu halten. Und was haben wir nun auf diesem Gebiet in Österreich seit 1945 erlebt? (*Abg. Horn: Vorher! Vorher!*)

Ich will nicht auf die Frage der Zweckmäßigkeit der Verstaatlichung heute hier zu sprechen kommen. Es ließe sich auch darüber sehr viel reden. Es wird schon der Tag kommen, an dem wir auch über dieses Thema einmal reden und Ihnen Gelegenheit geben werden, die Vorteile, die die Verstaatlichung Ihrer Meinung nach gebracht hat, hier öffentlich aufzuzeigen. Aber ich möchte auf die andere, auf die verfassungsmäßige Seite hinweisen und darauf aufmerksam machen, daß in beiden Verstaatlichungsgesetzen, die in diesem Hause beschlossen worden sind, ein Versprechen abgegeben wurde, nämlich die Besitzer der enteigneten Werte auch zu entschädigen. In beiden Verstaatlichungsgesetzen ist ausgesprochen, daß die Entschädigung für die enteigneten Werte in einem Sondergesetz festgelegt werden wird. Nun, seither ist ein halbes Jahrzehnt vergangen, und man hat es nicht verabsäumt, dort und da die Vermögenswerte zu kassieren und sich den Ertrag anzueignen. Was man aber zur Gänze verabsäumt hat, das ist, diese Entschädigungsgesetze zu erlassen, damit die Menschen, die nach dem Willen der beiden Regierungsparteien ihr Eigentum abgeben mußten und die ein Recht, ein verfassungsmäßig gewährleistetes Recht darauf haben, dafür auch etwas bekommen. (*Abg. Horn: Der Sprecher der deutschen Großindustrie!*)

Jetzt versteckt man sich hinter der Behauptung: Ja, wir können ja nicht entschädigen, weil wir noch kein Entschädigungsgesetz haben — als ob vielleicht der schweizerische Bundesrat berufen wäre, diese österreichischen Entschädigungsgesetze zu beschließen (*Abg. Horn: Wieviel Prozente bekommen Sie?*), und nicht der österreichische Nationalrat, in dem Sie den Ton angeben, in dem Sie die Entscheidungen treffen. (*Abg. Weikhart: Der Abg. Kraus redet von der Not, und Sie sprechen von der Entschädigung ausländischer Kapitalisten! — Abg. Dr. Herbert Kraus: Weil Ihr sie verwirtschaftet habt!*)

Man hat die Elektrizitätswerke verstaatlicht, eine Idee, die so absurd ist, daß die meisten Menschen, die sich damit befassen, überhaupt den Kopf schütteln. Denn wenn man einer

Gemeinde, die ohnehin eine öffentliche Körperschaft ist, ein E-Werk wegnimmt und es einer neu zu schaffenden oder neu zu gründenden Gesellschaft gibt, dann weiß ich nicht, wo hier die großen Vorteile liegen. Man hat behauptet, daß es im Interesse der Verbundwirtschaft, der Stromverteilung und der Elektrizitätsbewirtschaftung überhaupt liegen würde. Ich sage Ihnen offen, ich glaube nicht daran. Ich glaube vielmehr, daß andere, politische Beweggründe maßgebend gewesen sind, daß man einfach wieder einmal etwas in die Krallen bekommen wollte, was bisher der eigenen Verfügungsgewalt entzogen war, und daß man sich in leichtfertiger Weise über den Standpunkt, daß man verpflichtet ist, auch etwas dafür herzugeben, hinweggesetzt hat.

Noch empörender aber ist das, was wir in der Zwischenzeit erlebt haben, daß in einzelnen Fällen Gemeinden, die durch die Wegnahme der E-Werke notleidend geworden sind, unter Druck gesetzt werden, daß man versucht, von ihnen Vergleiche zu erpressen, die ihnen einen Teil der Vermögen kosten sollen; weil man sie damit zwingen will: Wenn du einen Vorschuß haben willst, dann mußt du auf jeden weiteren Anspruch verzichten! Wenn ein Privater das macht, dann ist der Staatsanwalt da und klagt den Privaten wegen Erpressung an. Wenn eine Körperschaft, die den Staat zu vertreten hat, in dem Falle dasselbe macht, dann müßte eigentlich auch der Staatsanwalt da sein und eingreifen und den beraubten Gemeinden zu Hilfe kommen. Es geschieht nichts. Auch hier im Hause wird mit Stillschweigen über diese Dinge hinweggegangen, obwohl ich meinen Kopf wette, daß es beiden großen Parteien absolut bekannt ist, welche Mißstände da entstanden sind, und da, glaube ich, kann ich auch wetten, daß sich beide Parteien bewußt sind, daß dieser Zustand ein verfassungswidriger ist, daß er nicht verantwortet werden kann und daß man ihm deshalb ein Ende setzen muß.

Es gibt Stimmen, die sagen: Was wollt ihr denn, was nützt es, wenn wir ein Gesetz machen und dann die Mittel nicht haben, um die Entschädigung zu leisten? Sehr richtig! Aber dieses Wissen kommt ein bisserl spät. Das hätte man haben und aussprechen müssen, als man die Verstaatlichungsgesetze beschlossen hat; damals hätte man davon absehen müssen, solche Gesetze zu beschließen, wenn man weiß, man kann die verfassungsrechtlich vorgesehene Entschädigung nicht leisten. Wie lange wollen Sie denn die Dinge noch auf die lange Bank schieben? Wollen Sie warten, bis die Gemeinden an diesen Umständen zugrunde gegangen sind? Oder glauben Sie, daß auch da ein Onkel aus Amerika kommen

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2347

wird und die Milliarden bringt, die notwendig sind, um die Entschädigungen auszubezahlen?

Ich möchte Sie wirklich einladen: Beschäftigen Sie sich mit dieser Frage und denken Sie daran, in welche Situation Sie als die verantwortlichen Regierungsparteien kommen, wenn Sie hier nicht eine Entschädigung herbeiführen! Wenn Sie die Unmöglichkeit feststellen müssen, die Entschädigung zu leisten, so geben Sie doch die Werke zurück! Führen Sie eine Reprivatisierung durch, wenn Sie keinen anderen Ausweg sehen! Aber bleiben Sie nicht bei dem Zwitterzustand, den Sie herbeigeführt haben, der verfassungswidrig, unerträglich und ungerecht ist und der, wenn er weiter bestehen bleibt, jeden Glauben an den Rechtsstaat Österreich untergraben muß.

Diese Frage wollte und mußte ich einmal anschneiden, und ich glaube, daß gerade die Generaldebatte bei einer Budgetberatung der geeignete Zeitpunkt ist, auf diese wunde Stelle in unserem öffentlichen Leben den Finger zu legen und die Verantwortlichen daran zu erinnern, daß man diese Dinge mit Stillschweigen nicht bereinigen kann.

Ich möchte nun aber noch zu ein paar anderen Dingen sprechen, und zwar in erster Linie zur sogenannten Fleischkrise. Man kann, wenn man über dieses Thema spricht, ruhig etwas vorausschicken: Wenn Erklärungen von Ministern und von Ministerkomitees, Entschließungen von Gewerkschaften, Drohreden und Käuferstreikdrohungen als Schweinefutter geeignet wären, dann gäbe es in Österreich keine Fleischkrise. (*Heiterkeit und Beifall beim KdU.*) Dann würden wir im Schweinefleisch ersticken. Aber sie sind eben nicht geeignet, sie sind nur für wesentlich unwichtigere Zwecke brauchbar. Aber was notwendig ist festzustellen, das ist der Umstand, daß alle diese Stellen am Kern der Sache vorbeireden.

Meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, daß Sie so dumm sind — es ist etwas Ehrenhaftes für Sie (*Heiterkeit*) —, aber ich ziehe die Schlußfolgerungen daraus. (*Abg. Weikhart: Diese dauernde Überheblichkeit!*) Und wenn ich das tue, dann muß ich feststellen, Sie wissen die wirklichen Ursachen. Oder sollten Sie nicht wissen, daß auf Grund Ihrer Politik, für die beide Regierungsparteien im gleichen Ausmaß voll verantwortlich sind, in den letzten Jahren im Jahr mindestens um 30.000 Waggons weniger Futtermittel in Österreich eingeführt worden sind, als das in normalen Friedensjahren der Fall gewesen ist? (*Rufe bei den Regierungsparteien. — Heiterkeit.*) Lachen Sie nicht! Das Lachen wird Ihnen bei der Fleischkrise noch vergehen. Es wird Ihnen vor allem dann vergehen, wenn Sie wirklich den Versuch

unternehmen würden, mit einer Bewirtschaftung die Fleischkrise aus der Welt zu schaffen. Das ist ein neuer Irrweg, von dem Sie da reden, und der ist genau so falsch wie der Weg, den Sie bisher gegangen sind.

Ich kann mir erklären, warum es so gekommen ist und nicht anders. Die Agrarpolitik der ÖVP — das habe ich von diesem Platz aus schon wiederholt festgestellt — ist viel zu weich und viel zu wenig zielbewußt. Die Agrarpolitik der SPÖ besteht in ihrem gegenseitigen Um und Auf darin, den Kleinbauern gegen den größeren aufzuhetzen; das heißt, es ist überhaupt keine Agrarpolitik, sondern es ist, auf einen einfachen Nenner gebracht, auch wieder nur eine Klassenpolitik. (*Abg. Weikhart: Für Sie ist es eine Preispolitik!*) Wenn Ihr ganzes Können auf dem Gebiet der Agrarpolitik darin besteht, daß Sie dem kleinen Bauern sagen, es werde ihm geholfen, wenn er dem größeren Grund wegnimmt, dann ist das doch der größte Roßtäuscherversuch, den es überhaupt gibt.

Zugegeben, Herr Kamerad aus Kärnten, es gibt noch ein zweites Schlagwort, das sind die Maschinenhöfe. Aber glauben Sie ja nicht, daß die Maschinenhöfe allein die Bauern retten werden. Ich habe nichts gegen die Idee; sie ist ja auch nicht von Ihnen, sie war schon viel früher da, bevor Sie sie aufgegriffen haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie stammt vom VdU!*) Nein, ich könnte Ihnen jemand anderen nennen, der das System angewendet hat, Herr Dr. Pittermann. Aber ich habe ja nur festgestellt, daß es nichts Neues ist. Nehmen Sie mir das nicht übel. (*Abg. Dr. Pittermann: Schämen Sie sich nicht Ihrer Freunde! Ihre Betriebsräte schämen sich auch nicht!*)

Die Sache ist so: Wenn ein Minimum von volkswirtschaftlichem Wissen bei der Partei der gemäßigten Linken vorhanden wäre, dann hätte Ihnen schon seit Jahren bewußt werden müssen, daß Sie selbst es sind, die eine Fleischkrise herbeiführen. Wenn Sie sich etwas um die Verwendung unserer Devisen gekümmert hätten, wenn Sie ebenso wie bei der Rohstoffversorgung der Industrie daran gedacht hätten, daß die Landwirtschaft, die in Österreich ja zum Teil auch eine Veredlungswirtschaft ist, die unentbehrliche Rohstoffe genau so notwendig braucht wie beispielsweise die Textilindustrie, so hätten Sie sehen müssen, daß dann, wenn man ihr diese Rohstoffe vorenthält, die Produktion zurückgehen muß; das ist eine Selbstverständlichkeit. (*Zwischenrufe.*) Tun Sie sich nur bei Gott nichts an, daß Sie mehr von Agrarpolitik verstehen als die anderen. (*Andauernde Zwischenrufe.*) Bedauerlich ist ja nur, daß

2348 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Sie nicht verstehen wollen! Sie wollen nicht einsehen, daß dieselben wirtschaftlichen Voraussetzungen, die Sie bei anderen Zweigen der Wirtschaft anerkennen, auch bei der Landwirtschaft Geltung haben. (Abg. Weikhart: Wir wollen nur nicht einsehen, daß die Fleischpreise so hoch sind! Das wollen wir wirklich nicht einsehen!) Ich will Ihnen auch das sagen, Herr Abg. Weikhart. Ich komme auch darauf zu reden. (Abg. Dr. Pittermann: Aber nicht, daß es inzwischen noch teurer wird!) Wenn Sie so weiter tun, wird es noch teurer, das prophezeie ich Ihnen, Herr Dr. Pittermann! (Abg. Dr. Pittermann: Jetzt haben wir das Wirtschaftsprogramm von Dr. Kraus.)

Wie haben sich die Dinge weiter entwickelt? Zuerst haben Sie den Bauern einen Preis für Getreide aufgezwungen, der nicht kostendeckend war, und die Bauern haben notgedrungen nach einem Ausweg gesucht, wie sie das Getreide besser verwerten. (Abg. Dr. Pittermann: Sie haben ihn empfohlen!) Ich habe es niemand empfohlen, diese natürlichen Auswege ergeben sich von selber, Herr Dr. Pittermann. Ich komme jetzt auf etwas Grundsätzliches. Es wird ganz gut sein, wenn wir auch darüber einmal reden. Die Bauern sind nun hergegangen und haben gesagt: Wenn ich mit dem Mästen besser dran bin, dann werde ich mit dem Brotgetreide mästen. Dann haben Sie gejammert und haben gesagt: Wo bleibt das Brotgetreide? Man kann nämlich merkwürdigerweise das Getreide nicht zweimal verwenden: man kann es nicht zum Mästen verwenden und gleichzeitig zum Abliefern. (Heiterkeit beim KdU. — Abg. Dr. Pittermann: Aber man kann Brotgetreide für Brot verwenden!) Jetzt sind Sie dann endlich hergegangen und haben den Getreidepreis erhöht, und jetzt hörte das Brotgetreideverfüttern auf. Aber die Futtermiteinführen sind deshalb nicht gestiegen, und die Schweine haben nun einmal eine heimtückische Eigenschaft: sie werden ohne Mastfutter nicht fett! (Heiterkeit beim KdU.) Jetzt gehen Sie her und schauen sich die Statistik an und wundern sich: Es gibt doch so und so viele hunderttausend Schweine mit vier Füßen. Aber daß man diese Schweine auch mästen muß, damit sie eine marktfähige Ware abgeben, an das wird nicht gedacht. Sie gehen her und beschuldigen die Bauern in Bausch und Bogen als Preistreiber. (Heftiger Widerspruch bei der SPÖ. — Abg. Weikhart: Nur ihre Führung! — Abg. Widmayer: Das ist Ihre Hinterhältigkeit!) Daß man das ununterbrochen den Bauern vorwirft, das ist es, wogegen ich mich wehre. Ich bin nicht der Anwalt der Landwirtschaftskammern. (Abg. Dr. Pittermann: O ja,

jetzt schon!) Die dort angegriffen worden sind, die sollen sich selber wehren. Aber ich wehre mich dagegen, daß Ihre Dummheit den Bauern vorgeworfen wird. Wenn Sie Fehler machen, dann klopfen Sie sich gefälligst an die eigene Brust und machen Sie es in Zukunft besser! Wenn Futtermittel genug dagewesen wären (dauernde Zwischenrufe bei der SPÖ), wären auch Mast Schweine da. Herr Dr. Pittermann und Herr Dr. Migsch, rechnen Sie sich einmal aus, was das ausmacht, wenn 30.000 Waggons Futtermittel mehr da sind! Hätten Sie jemals einen Bleistift genommen und nachgerechnet, dann würden Sie nicht so blöd daherreden und den Fachleuten den Verstand absprechen. (Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)

Meine Damen und Herren! Ich habe in den abgelaufenen Wochen in einer ganzen Anzahl von Versammlungen, die mindestens zur Hälfte von Arbeitern besucht waren, über diese Frage genau so wie hier gesprochen. Die Arbeiter verstehen es, sie begreifen, daß man ohne Mastfutter nicht mästen kann, nur Sie begreifen es anscheinend nicht. (Abg. Dr. Pittermann: Gehen Sie zum Landwirtschaftsminister! — Abg. Weikhart: Wer trägt die Verantwortung? — Abg. Dr. Pittermann: Hartleb, der Apostel der Fleischpreistreiber! — Weitere Zwischenrufe.)

Herr Minister Migsch, jetzt hören Sie zu! Jetzt komme ich zur Frage der Preise. (Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Dr. Pittermann: Die Rede wird plakatiert, Herr Hartleb! — Abg. Dr. Migsch: Sind Sie schon ganz verrückt?) Bisher habe ich nur davon gesprochen, daß man ohne Futtermittel nicht mästen kann, und jetzt komme ich, Herr Minister Migsch, zur Frage der Preise. (Abg. Dr. Pittermann: Aber durch die Fleischpreise kann man sich mästen! Das ist erlaubt, Hartleb?) Hören Sie doch zu, ich will ja jetzt über die Preise reden, aber regen Sie sich doch nicht so auf!

Angefangen hat die ganze Fleischkrise ganz klein. (Abg. Dr. Pittermann: Ja, mit 2 Schilling!) Ja, damals mit 2 Schilling, Sie haben recht, Herr Dr. Pittermann. Aber ich möchte Sie noch an ein paar andere Dinge erinnern. Beim 5. Lohn- und Preispaakt ist außer den Löhnen auch noch einiges andere geändert worden. (Abg. Dr. Pittermann: Ja, die Getreidepreise!) Jawohl, die Getreidepreise, aber auch die Futtermittelpreise. Herr Dr. Pittermann, wenn Sie es nicht wissen sollten, teile ich Ihnen mit, daß die verbilligten Futtermittel bis zum 5. Lohn- und Preisabkommen 70 Groschen gekostet haben und daß sie nunmehr seit dem 5. Lohn- und

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2349

Preisabkommen 1-55 S kosten. (*Abg. Dr. Pittermann: Und beim Brotgetreide?*) Wenn bei der Industrie ein Rohstoff um mehr als 100 Prozent verteuert wird, dann würden vermutlich auch Sie es in Ordnung finden, daß eine neue Preiskalkulation Platz greift, weil man bei einem doppelten Rohstoffpreis nicht beim gleichen Warenpreis bleiben kann. Damals ist das Verlangen dahin gegangen, die Stopppreise aufzuheben und einen vernünftigen Preis festzusetzen. Dagegen haben Sie sich aus Prestige Gründen zur Wehr gesetzt. (*Abg. Dr. Pittermann: Sie geben zu, daß wir die Preissteigerung verhindern!*) Es ist Ihnen lieber, das Verfahren anzuwenden, das Sie immer wieder anwenden und das wir hundertmal aus Ihrer Argumentation beweisen können. Wenn man sagt: Mit diesen Preisen kommt man ja doch nicht aus!, dann wird einem gesagt: Ja, die verkaufen ja ohnehin schwarz! Sie maßen sich das Recht an, die Bauern zu zwingen, sich das, was ihnen bei Einhaltung der Gesetze auf die Bedürfnisse der Wirtschaft fehlt, durch Übertretung der Gesetze zu beschaffen. Sie sollen also zu Verbrechen werden nach dem Gesetze, um wirtschaftlich existieren zu können. (*Abg. Dr. Pittermann: Wieso?*) Herr Dr. Pittermann, sagen Sie mir einen vernünftigen Grund, warum man sich bei Erkenntnis der Tatsache, daß die Preise der Futtermittel um 100 Prozent erhöht wurden, auf den Prestigestandpunkt gestellt hat, daß der Fleischpreis nicht um 2 S erhöht werden darf. (*Abg. Dr. Pittermann: Weil jeder in Österreich Opfer zu tragen hat, und nicht nur die Arbeiter!*) Und weil das Prestige auf dem Spiele stand, weil Ihr Propagandabedürfnis größer und stärker geworden ist, deshalb ist es zu diesem Chaos gekommen. Schauen Sie, die Menschen sind nun einmal keine Engel! (*Abg. Probst: Sie sind also für die hohen Fleischpreise!* — *Abg. Dr. Pittermann: Der VdU-Obmann sagt: Hinauf mit den Fleischpreisen!*) Sie können das nicht aus der Welt schaffen. Und dann ist es so: Wenn ich schon einmal den gesetzlichen Preis überschreiten muß (*Abg. Weikhart: Wir werden hinausgehen und das sagen!*), dann werde ich den Preis nicht um 2 S überschreiten, sondern dann werde ich die Konjunktur ausnützen und werde mich wehren, so gut es geht. Glauben Sie nicht, daß ich das gutheiße. Im Gegenteil, ich bedauere es auf das tiefste. (*Abg. Dr. Pittermann: Reden Sie so in einer Arbeiterversammlung!*) Aber ich behaupte gleichzeitig, das hätte nicht so kommen müssen, wenn Sie eine halbwegs vernünftige Wirtschaftspolitik gemacht, aber nicht von den Bauern so lange etwas Unmögliches verlangt hätten! (*Zwischenrufe.*)

Es ist des öfteren schon ausgesprochen worden — auch der Herr Finanzminister hat es wiederholt in halb drohendem Ton geäußert —: Die Bauern, die keine Schweine abliefern, kriegen eben keine verbilligten Futtermittel. Ich kann im Namen des Großteils der Bauern sagen: Danke schön, wir kriegen so auch keine, denn erstens sind die Mengen an verbilligten Futtermitteln, die zur Verfügung stehen, absolut unzureichend, um die Schweinemast im notwendigen Mindestmaß durchzuführen, und zweitens sind sie einfach überhaupt nicht da. Ich weiß nicht — ich will niemanden anschuldigen —, aber man hört Gerüchte, daß es Betriebe gibt, die so viele Futtermittel kriegen, daß sie Hunderte von Schweinen halten und füttern können. Ich lade Sie ein, kommen Sie einmal in die Obersteiermark, in unsere Gemeinden, und suchen wir gemeinsam hundert Bauern auf. Fragen Sie dort an Ort und Stelle nach den verbilligten Futtermitteln. Auslachen werden sie Sie, wenn Sie davon reden, was sie mit dem verbilligten Mais gemacht haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Das wissen wir! Da brauchen wir nicht hinzugehen!*) Aber dann geben Sie bei Gott nicht den Bauern die Schuld. (*Abg. Dr. Migsch: Dem Hartleb!*) Wenn die Regierung unfähig ist, die wenigen Futtermittel, die sie hat, so zu verteilen, daß es in Ordnung geht, kann man die Schuld wieder nur dieser Regierung geben. (*Andauernde Zwischenrufe.*)

Meine Damen und Herren! Ich habe schon einmal gesagt, ich begrüße diese Zustände nicht, sie liegen auch nicht im Interesse der Bauern. Wir vom VdU haben programmgemäß erklärt, daß wir eine vernünftige Lenkung der Wirtschaft nicht ablehnen. Wir sind keine Liebhaber wirtschaftlicher Krisenerscheinungen, uns wäre es viel lieber, wenn wir auch als Bauern sagen könnten: Wenn ich jetzt zu mästen anfangen, so kann ich mir ungefähr ausrechnen, was ich bekommen werde. Man sollte ja kalkulieren können, man sollte ja wissen, wenn man Futtermittel kauft, ob die Mast auch den Aufwand deckt. Das wäre für uns begrüßenswert. (*Abg. Dr. Pittermann: Auch für unsere Lohnempfänger!*) Das ist aber nicht so. Aber machen Sie nicht den Bauern den Vorwurf, daß es nicht so ist. Sie sind ja die Macher, Sie haben ja die Macht in der Hand, Sie kennen alles, Sie verstehen alles besser und können alles besser als die anderen. (*Abg. Dr. Migsch: Kraus ist Landwirtschaftsminister, nicht wir! Sie sind Bauernkammermitglied, nicht wir!*) Sie sind es, die hergehen und hier heraußen reden, als ob Sie in der Opposition wären, und uns abkanzeln, als ob wir in der Regierung wären! (*Ruf: Daß Sie nicht drinnen sind, ist nicht Ihre Schuld! — Heiterkeit.*)

2350 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Ich weiß, wenn ich bei Ihrer Partei wäre, wäre ich vielleicht drinnen, und wenn ich bei einer anderen Partei wäre, wäre ich auch drinnen. Aber mich erfüllt es mit einer gewissen Befriedigung, daß ich auch imstande bin, das karge Brot der Opposition zu essen (*Heiterkeit und Zwischenrufe*), und daß ich mich nicht verlocken lasse von all dem, was Sie an Vorteilen aufzuweisen haben, in diese Regierung einzusteigen. (*Heiterkeit.*) Neben dem Regierungsauto und neben den höheren Bezügen gibt es ja noch etwas, was man innere Befriedigung nennt, und die kann man auch haben, wenn man als Oppositioneller seine Pflicht erfüllt und der Regierung da so die Leviten liest, wie sie es bei Gott verdient hat. (*Beifall beim KdU. — Abg. Dr. Pittermann: Zuerst Apostel, und dann Leviten lesen! Was kommt jetzt?*)

Es nützt Ihnen nichts, Sie kommen um die Verantwortung für diese Dinge nicht herum. Wenn Sie sich mit der ÖVP streiten und glauben, daß die Leute, die in der ÖVP Agrarpolitik machen, schuldig oder hauptschuldige sind, dann gebe ich Ihnen nicht hundertprozentig unrecht, aber wahrscheinlich aus einer etwas anderen Begründung heraus als Sie. Meiner Ansicht nach sind die Agrarpolitiker in der ÖVP deshalb schuldig geworden, weil sie bei den Preisverhandlungen, wo es sich darum gehandelt hat, eine vernünftige Lösung zu finden, Ihnen die Verhandlungsakten nicht um die Ohren gehaut haben, die Sie sich so bockbeinig und halsstarrig gegen eine vernünftige Lösung gewehrt haben. (*Abg. Dr. Pittermann: Also zu wenig haben sie verlangt?*) Das ist ihre Schuld, ich kann sie nicht freisprechen (*Abg. Dr. Pittermann: „Die Preise hoch!“ ist der Ruf des VdU!*), möchte aber auch nicht verhehlen, daß ich das Gefühl habe, daß auch bei Ihnen nicht nur der Unverstand und das unzulängliche Wissen der eigentliche Beweggrund für Ihr Verhalten gewesen sind, sondern daß die Propagandasucht, das Bedürfnis, in der Krisenzeit, in die Sie nun mit ihrer Regierungskunst hineingeschlittert sind, irgendein Ablenkungsmanöver aufzuführen zu können, sehr maßgebend dabei gewesen ist.

Ich kann es Ihnen nachfühlen, daß es unangenehm ist, den Leuten sagen zu müssen: Das, was wir bisher zustande gebracht haben, ist wirklich nicht hundertprozentig! Und in solchen Situationen sucht man gern einen Sündenbock, man sucht aber auch gern nach Verbündeten. Nun, das ist Ihnen auch gelungen. Zuerst haben der Herr Präsident Böhm und der Herr Dr. Pittermann allein angegriffen, dann haben Sie im Herrn Finanzminister einen Verbündeten gefunden, und

neuerdings hat sich auch der Industriellenverband in diese Doppelreihe eingereiht. Auch von dort her wird die Behauptung aufgestellt, die Schuld liege bei den österreichischen Bauern, weil sie rückständig sind. (*Abg. Dr. Pittermann: Die Führung ist rückständig!*) Ich möchte allen diesen Herren raten, sich wirklich einmal ernstlich mit der Agrarstatistik der verschiedenen Staaten zu beschäftigen. Wenn sie sehen, daß auch in den amerikanischen Statistiken festgestellt ist, daß die österreichischen Bauern trotz der ungünstigeren Verhältnisse aus dem Hektar dreimal so viel herauswirtschaften als die Farmer in den Vereinigten Staaten, werden sie bekehrt sein. Das ist eine Tatsache, und wenn Sie wollen, kommen Sie zu mir, ich lege Ihnen das statistische Material vor. Dann können Sie sich mit den Amerikanern auseinandersetzen, wenn Sie sagen, daß diese Statistiken falsch sind. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Aber zu einer ernstlichen Prüfung dieser Fragen können Sie sich ja nicht entscheiden.

Es ist das Unglück der SPÖ, daß sie sich langsam zu einer Partei der Spezialisten entwickelt. Manchmal habe ich wirklich das Gefühl, daß Sie erträglich sind. Einmal redet einer über irgendein Spezialgebiet, das kann er, und man hört ihm gern zu. Das nächstmal steht ein anderer auf, spricht über ein Gebiet der Industrie, und er ist wieder erträglich. Unerträglich werden Sie aber in der Regel dann — das ist der Fall, wenn der Herr Minister Migsch hier heraufkommt —, wenn es sich darum handelt, daß im Namen der SPÖ zu großen Fragen Stellung genommen werden soll (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), bei denen man nicht nur ein Spezialgebiet sieht, sondern wo man auch die Zusammenhänge sehen soll. Es ist außerordentlich unangebracht, wenn gerade der Herr Minister Migsch, der in seinem Aufgabenkreis, den Sie ihm zugewiesen haben, so vollständig versagt hat (*Zustimmung beim KdU*), sich das Recht annimmt, andere hier herunterzukanzeln und zur Rede zu stellen. Ich bin gezwungen das auszusprechen; ich hätte es unterlassen, wenn er heute nicht gar so präpotent gewesen wäre. (*Abg. Probst: Ihr Spezialgebiet ist die Polizei vom Jahre 1927! — Abg. Dr. Pittermann: Und die Fleischpreise!*)

Ich möchte feststellen: Sie sind nicht nur schuld an der mangelnden Fleischversorgung und an den Fleischpreisen, Sie sind auch schuld am Preischaos, und niemand anderer. Hätten Sie eine vernünftige Regelung vorgenommen, so wäre es nie zu diesem Preischaos gekommen. Wenn Sie jetzt drohen, dann drohen Sie ruhig weiter, sperren Sie die Bauern alle ein! Gehen Sie einmal hinaus

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2351

und zeigen Sie, was Sie können! Es ist keine Kunst, immer nur zu kritisieren. Die Menschen, die die schwerste Arbeit leisten, die die längste Arbeitszeit im Staate haben, für die am wenigsten vorgesorgt ist, die sollen auch noch auf die Dauer von einem Lohn leben, der nicht annähernd an das heranreicht, was in den anderen Zweigen der Wirtschaft üblich ist. (*Abg. Dr. Pittermann: Aber die Arbeiter dürfen das!*) Herr Dr. Pittermann, es ist müßig, darüber zu streiten. Wenn es in der Landwirtschaft besser wäre, würde doch alles dorthin laufen. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. (*Abg. Dr. Pittermann: Weil Ihr so wenig zahlt!* — *Abg. Neuwirth: Herr Pittermann, melden Sie sich freiwillig!* — *Abg. Weikhart: Nichts zahlen, aber fette Preise einstecken!* — *Abg. Dr. Pittermann: Vier Stunden Lohn für ein Kilo Fleisch, das ist Eure Politik!*) Meine Politik hat sich noch nie gegen die Löhne der Arbeiter gewendet. Wenn Sie mir nur einen einzigen Fall sagen können, dann gebe ich Ihnen hier offen recht. Aber unwahre Behauptungen muß ich zurückweisen.

Meine Herren, ich habe Ihnen meine Meinung zum Fleischpreis gesagt. Es ist Ihre Sache, daraus die Folgerungen zu ziehen, Vernunft anzunehmen und den Bauern jenes Recht zuzubilligen, das Sie den anderen nicht streitig machen, und bei den Verhandlungen, wo die vernünftige Lösung gesucht werden soll, einen Standpunkt einzunehmen, der diese Dinge verhindert.

Ich bin aber noch lange nicht fertig mit der Aufzählung jener Dinge, die uns bedenklich stimmen, und bin verpflichtet, noch auf ein paar Dinge hinzuweisen. Vor allem ist es der Umstand, daß man anscheinend — und hier ist wieder, wenn ich mich so ausdrücken darf, die Linke in der Regierungsmehrheit federführend — auf dem Standpunkt steht, es sei viel besser, die Wahrheit nie zu erfahren, als sie zur Kenntnis zu nehmen. Nur das kann der Grund sein, warum Sie sich wehren, das Gesetz über die Schillingeröffnungsbilanz in Beratung zu ziehen und die Bilanzwahrheit in Österreich als Grundlage für die künftige Besteuerung zu nehmen. (*Abg. Dr. Pittermann: Zuerst für die Fleischpreise und dann für den Scheingewinn!*) Sehen Sie, das ist eben Ihr Standpunkt. Ich habe darauf gewartet, daß Sie damit kommen werden. Sie können eben nicht vernünftig sein, sondern Sie müssen zuerst erpressen. Aber auch dann, wenn Sie erpreßt haben, werden Sie erst recht unvernünftig. (*Ruf bei den Sozialisten: Das hat doch nichts mit den Bauern zu tun!*) Es hat bei Gott nichts mit den Bauern zu tun, aber es hat mit der wirtschaftlichen Vernunft etwas zu tun, wenn man sich auf den Standpunkt stellt,

daß man in Österreich so wie in anderen Ländern Bilanzen sehen will, die die Wahrheit sagen und uns nicht etwas vorgaukeln, von dem man nicht weiß, was man davon halten soll. Seit Jahr und Tag wird darüber gesprochen, Sie haben bis heute kein vernünftiges Argument dagegen vorbringen können, Sie machen es immer von Gegenforderungen abhängig. Sie betreiben eine Erpresserpolitik, die absolut unangebracht ist, die Ihnen um so weniger zusteht, als Sie ja selbst als Regierungspartei für alles mitverantwortlich sind. Überlegen Sie sich auch bei dieser Frage, ob es nicht klüger ist, rechtzeitig Vernunft anzunehmen und in eine Beratung der Materie einzutreten, anstatt aus reinem Oppositionswillen einfach so lange Widerstand zu leisten, bis auch dort Krisenerscheinungen auftauchen.

Eine Frage, die längst bereinigt gehört, ist die Frage der Geldanstalten und Banken mit ihren Bilanzposten aus der Zeit des Währungsschutzgesetzes, die noch immer zu Buch stehen. Jahre sind seither vergangen, und man weiß nicht: Können diese Anstalten überhaupt bilanzieren, können sie nicht bilanzieren? Ich wäre begierig zu hören, wie es mit den Steuerleistungen der Banken aussieht. Vielleicht kann uns der Herr Finanzminister einmal darüber etwas sagen, ob es nicht so ist, daß deshalb, weil diese Bereinigungen nicht erfolgt sind, dort Bilanzen vorhanden sind, die zu einer Null an Steuerleistungen führen. Ich will nichts behaupten, ich frage nur auf Grund von Vermutungen, die sich mir aufdrängen.

Sie tun immer so, als ob wir aus purer Feindseligkeit diese Dinge besprechen und aufzeigen würden. In Wirklichkeit ist dies gar nicht der Fall. Ich habe in meinem Leben in Österreich lang genug im öffentlichen Leben in den verschiedensten Stellungen mitgearbeitet und bewiesen, daß ich nicht rein negativ eingestellt bin. Ich bin schon für eine positive Arbeit, weil ich weiß, daß man praktisch nur dann einen Erfolg in diesem Land erzielen kann. Aber das enthebt einen Oppositionsabgeordneten selbstverständlich nicht der Pflicht, schärfste Kritik zu üben an einer total verfehlten Politik, wie Sie sie treiben. Es ist falsch, einen irrigen Weg zu gehen, aber es ist verständlich. Es ist aber unverständlich, auf dem Weg auch dann zu bleiben, wenn man eingesehen hat, daß er irrig und falsch ist. Darum dreht es sich aber. Entschließen Sie sich doch dazu, in Zukunft die Dinge so anzugehen, daß es ohne gegenseitiges Übertölpeln, durch ehrliche Aussprache, durch ehrliches Einvernehmen zu einem Mittelweg kommt, anstatt den anderen immer in eine Situation zu bringen, die ihn veranlaßt, sich mit ungesetzlichen Mitteln oder

2352 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

mit Mitteln, die sich unangenehm auswirken, zur Wehr zu setzen.

Wenn ich zum Schluß noch etwas zu den Ausführungen der anderen Redner sagen soll, nämlich zu den Reden der Herren Nationalräte Fischer und Dr. Migsch und zu der Vorlesung des Herrn Dr. Bock, dann möchte ich folgendes sagen:

Ich habe den Eindruck gehabt, als ob die Rede des Herrn Abg. Fischer eine abgekartete Sache mit den Regierungsparteien wäre. (*Heiterkeit bei den Regierungsparteien. — Abg. Dr. Pittermann: Das hat sich der Fischer nicht verdient!*) Er hat sich fünf Viertelstunden lang aus Leibeskräften bemüht, die ganze Schuld den Amerikanern aufzuhalsen und dadurch von der österreichischen Regierung abzulenken. (*Zustimmung beim KdU.*) Ich muß annehmen, daß das nicht ohne Gegenleistung geschehen ist. Ich spreche offen meine Vermutung aus, daß die Straßen, die im Westen seiner Meinung nach zu strategischen Zwecken gebaut worden sind, diese Gegenleistung darstellen sollen. Es sollen die Siegesstraßen sein, auf denen die KPÖ ihren Siegeszug durch Österreich antreten soll, der ihr bisher versagt geblieben ist. (*Heiterkeit.*) Ich weiß nicht, ob ich richtig geraten habe, aber in einer Hinsicht habe ich sicher das Schwarze nicht ganz verfehlt. In seinen Bestrebungen, die Amerikaner schuldig werden zu lassen, hat er übersehen, daß es auch eine österreichische Regierung gibt, der man die Verantwortung in diesem Lande aufbürden muß. (*Abg. Koplénig: Das ist noch eine Frage, ob es überhaupt eine österreichische Regierung gibt!*)

Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Migsch habe ich mich schon geäußert.

Was den Herrn Dr. Bock anlangt, möchte ich heute nur folgendes sagen: Er hat selbst im Laufe des Jahres einige Eintragungen auf seinem Konto bei mir gemacht, und ich werde einmal zur Bereinigung dieses Kontos eine Abrechnung halten. Heute will ich Sie damit nicht belasten. Lassen wir die Schuld auf diesem Konto noch weiter anwachsen, die Abrechnung wird um so ausgiebiger ausfallen, sie wird aber nicht ausbleiben.

Ich möchte nur sagen und meine Ausführungen damit schließen: Wenn Sie gerecht sind, dann dürfen Sie selbst nicht hoffen, daß einer von uns seine Stimme für dieses Budget abgibt und dadurch einer Regierung, die total versagt hat, auch nur den Anschein des Vertrauens schenkt. (*Beifall beim KdU.*)

Präsident Dr. Gorbach: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat der Herr Abg. Dr. Pit-

termann um das Wort gebeten. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Pittermann: Herr Abg. Hartleb hat im Zuge seiner Rede folgenden Satz gebraucht: „Argumente kann man nicht aus der Welt schaffen, auch dann nicht, wenn man Dr. Pittermann heißt und die Sache so dreht, daß es ein Verbrechen und unsozial sei, wenn ein Abgeordneter in diesem Hause länger als eine Stunde spricht, weil die Stenographen das nicht aushalten.“

Ich stelle an Hand des Protokolls über die 62. Sitzung des Nationalrates vom 25. Juli dieses Jahres fest, daß ich damals tatsächlich folgendes gesagt habe: „Sie können reden, soviel Sie wollen, Sie können Ihr asoziales Verhalten erweisen, soviel Sie wollen, Sie werden in Hinkunft nur leere Bänke finden und bedauernswerte Angestellte, die ihre Pflicht erfüllen. ... Ich stelle fest, daß die Tagesordnung in ihrem heutigen Ausmaß in der Obmännerkonferenz vereinbart wurde und der Abg. Hartleb nicht den geringsten Widerspruch dagegen erhoben hat.“ (*Abg. Hartleb: Gegen die Tagesordnung nicht, aber ich habe auch ausdrücklich erklärt, wir werden reden, soviel wir wollen!*)

Ich stelle fest, daß diese Äußerung des Abg. Hartleb nicht vorlag. In der Obmännerkonferenz war noch eine Sitzung für Freitag vorgesehen — leider ist Kollege Honner nicht hier, der damals die KPÖ vertreten hat —, und Sie, Herr Abg. Hartleb, haben zugestimmt, die ganze Tagesordnung in einer Sitzung zu erledigen (*Abg. Hartleb: Das gebe ich zu!*), und haben dann den traurigen Mut, in der „Neuen Front“ zu schreiben, daß die Herren der Regierungsparteien so schnell wie möglich in die Ferien kommen wollten; obwohl wir es mit Ihrer Zustimmung gemacht haben. (*Zwischenrufe.*)

Ich stelle fest, Herr Hartleb, der ‚Dreher‘ sind Sie, aber ein schlechter ‚Dreher‘, und Sie bleiben der ‚Dreher‘. (*Abg. Hartleb: Diese Ehre bleibt schon Ihnen!*)

Abg. Sebinger: Hohes Haus! Werte Damen und Herren! Wenn man die Debatte des heutigen Tages verfolgt hat, dann kommt man unwillkürlich zu der Meinung, daß sich der Herr Abg. Dr. Migsch in der Rolle des Staatsanwaltes wohl gefühlt hat, und vielleicht ist es vom Schicksal bestimmt, daß gerade wir beide anlässlich von Budgetdebatten einander immer wieder gegenüberstehen, er in der Rolle des Staatsanwaltes und ich in der Rolle des Verteidigers.

Verehrte Damen und Herren! Der letzte Redner, der vor mir gesprochen hat, hat erklärt, er mache den Bauernbund dafür

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2353

verantwortlich, daß er zu wenig verlangt hat. (*Abg. Dr. Pittermann: Stimmt, das hat er erklärt!*) Herr Dr. Migsch macht wieder den Bauernbund dafür verantwortlich, daß er zu radikal ist und daß er zuviel verlangt hat. (*Ruf bei der SPÖ: Herrn Hartleb sind die Preise noch zu niedrig!*)

Keiner von beiden, meine Herren und Damen, hat recht, das Recht liegt hier in der Mitte. Das Recht ist dort, wo man erkennt, daß man im Interesse der Erhaltung dieses Landes seinen eigenen Wünschen Bescheidenheit auferlegen muß. (*Zustimmung bei ÖVP und SPÖ. — Abg. Dr. Pittermann: Richtig, absolut richtig! Bravo! Wo ist der Strommer? — Abg. Horn: Der Strommer soll es so machen! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen. — Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren, ich habe Zeit. Sie verlängern nur die Sitzung. (*Abg. Weikhart: Wir wollen nur eine Feststellung machen!*) Ich muß aber, weil wir gesehen haben, daß es so kommt, einer Höflichkeitspflicht nachkommen: Ich habe nicht von vornherein die Absicht gehabt, mich zum Worte zu melden, ich mußte es nur tun auf Grund der vehementen Angriffe des Herrn Staatsanwaltes Dr. Migsch — wenn ich bei dieser Bezeichnung bleiben darf —, und ich muß daher vor allem die verehrten Damen dieses Hauses wegen der Verlängerung der heutigen Debatte um Entschuldigung bitten. (*Abg. Dr. Hartleb: Das Balzen nutzt ihnen ja doch nichts! — Heiterkeit.*) Balzen? Ich bin ja kein Auerhahn! (*Erneute Heiterkeit.*) Es ist immer gut, wenn man sich auch in einer Parlamentsdebatte einer gewissen Höflichkeit befleißigt und wenn man der parlamentarischen Noblesse den ihr gebührenden Zoll entrichtet.

Meine verehrten Damen und Herren! Wenn der Herr Staatsanwalt Dr. Migsch und mit ihm die Sozialistische Partei der österreichischen Bauernführung völlige Unfähigkeit vorwirft, dann habe ich dazu folgendes zu sagen: Wir haben im heurigen Jahr den Besuch des amerikanischen Landwirtschaftsministers in unserem Lande gehabt. Der amerikanische Landwirtschaftsminister ist nahezu durch ganz Österreich gereist, nicht etwa als Erholungsreisender, sondern als Staatsmann. Er reiste zur Überprüfung jener Maßnahmen, die wir getroffen haben und auf Grund deren die ERP-Mittel produktionsfördernd eingesetzt wurden. Der amerikanische Landwirtschaftsminister (*Ruf bei der SPÖ: Ist gewiß ein sehr höflicher Mann!*) hat vor seiner Abreise einwandfrei erklärt, daß er überrascht ist über die zielbewußte Anwendung der vom Marshallplan-Konto der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Mittel und

über den großen Aufstieg, den die Produktion auf landwirtschaftlichem Gebiet in Österreich gemacht hat. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Er ist falsch informiert gewesen!*) Hochverehrter Herr Staatsanwalt! Ich möchte Ihnen nicht nahetreten, aber Sie werden mir doch zubilligen müssen, daß mir das Urteil des amerikanischen Landwirtschaftsministers über die österreichische Landwirtschaft und ihre Erfolge wesentlich kompetenter ist als Ihr Urteil! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Migsch: Es kommt ganz darauf an, was herauskommt! — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.*)

Verehrter Herr Abg. Dr. Migsch! Sie haben heute hier vom „Narrenparadies“ gesprochen. Ich bin mit Ihnen sogar einer Meinung: Wir werden miteinander die Beseitigung jenes „Narrenparadieses“ durchführen, das sich auf wirtschaftliche Unwahrheiten gründet.

Es ist nicht das erste Mal, daß die Vertreter der Österreichischen Volkspartei auf diese wirtschaftlichen Unwahrheiten aufmerksam machen. Ich erinnere an die große Rede meines Freundes Böck-Greissau, die er voriges Jahr zum Budget gehalten hat. In dieser Rede hat er eindeutig erklärt, es möge uns erspart bleiben, die Vorwegnahme der Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Armut einmal bezahlen zu müssen. Aber meine verehrten Herren! Diese wirtschaftliche Armut muß von allen erkannt werden (*lebhafter demonstrativer Beifall bei den Sozialisten — Ruf: Um das geht es!*) und auch von Ihnen, meine Herren! Auch von Ihnen, und es nützt hier nichts, die eine oder die andere Sparte aus der wirtschaftlichen Gemeinschaft herauszulösen und die eine oder die andere dafür verantwortlich zu machen. So gehen die Dinge nicht! Wir haben bis heute in unserem Lande eine Gemeinschaftsleistung von Bauern, Gewerbetreibenden und Arbeitern vollbracht, und dabei muß es bleiben. (*Rufe bei den Sozialisten: Aber nicht auf unsere Kosten! — Aber nicht von den Großbauern!*) Wenn keine Großbauern wären, hätten Sie wahrscheinlich überhaupt nichts zu essen!

Diese wirtschaftlichen Unwahrheiten müssen aber anerkannt werden, und dann kommen wir zu ganz anderen Lösungen.

Eine solche wirtschaftliche Unwahrheit ist auch die Erklärung des Herrn Abg. Dr. Migsch. Er sagt, daß im Ausland die Produktion auf agrarischem Gebiet — er hat hier besonders Frankreich und Holland genannt — 125 Prozent des Vorkriegsstandes beträgt (*Abg. Dr. Migsch: Sagen Sie das dem Produktivitätszentrum!*) — Ja, ja, ich kann nichts dafür, wenn Sie alles glauben! (*Abg. Dr. Migsch: Das*

2354 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

ist eine amtliche Stelle, der ich mehr glaube als Ihnen! Ich zeige Ihnen die Broschüre!) Gesagt haben Sie es, Herr Abg. Dr. Migsch, und daran halte ich mich jetzt (Abg. Dr. Migsch: Bitte, ich zeige Ihnen die Broschüre!) —, währenddem in Österreich der Produktionsstand 90 Prozent ist.

Aber wenn der Herr Abg. Dr. Migsch, bevor er diese Behauptungen aufgestellt und daraus eine Schuld der Landwirtschaft und ihrer Führung (Ruf bei den Sozialisten: Landwirtschaftskammer!) konstruiert hat, einen Blick auf die Landkarte geworfen hätte, dann hätte er erkennen müssen, daß die Verhältnisse dort und hier, soweit es sich um landwirtschaftlichen Boden handelt, wesentlich verschieden sind. Der Herr Abg. Dr. Migsch will es einfach nicht zur Kenntnis nehmen (Abg. Dr. Migsch: Der westdeutsche Boden ist um nichts besser!), daß in Österreich die Landwirtschaft ungeheuren Mangel an Arbeitskräften leidet, der nur zum Teil durch Maschinen wettzumachen ist, während in jenen Gebieten Maschineneinsatz in großem Maßstab möglich ist. (Erneute Zwischenrufe.) In diesem Zusammenhang, verehrter Herr Abg. Dr. Migsch, von einem schäbigen Materialismus auch im Dorfe draußen zu sprechen, ist wirklich stark. Ich habe Ihnen schon voriges Jahr gesagt: Fahren Sie einmal mit mir in die Gegend hinaus, ich zeige Ihnen das! Und wenn Sie dann noch den Mut haben, von einem schäbigen Materialismus auf dem Lande draußen zu reden (Zwischenrufe), dann, Herr Dr. Migsch, gibt es eine einfache Lösung: dann vertauschen Sie Ihre Stellung bei der KIBA mit der Stellung eines Bauern! (Beifall bei der Volkspartei. — Abg. Slavik: Er ist gar nicht bei der KIBA! — Abg. Dr. Migsch: Die kann ich nicht eintauschen! — Ruf bei den Sozialisten: Das ist eine Gemeinheit!) Ich glaube schon, daß Sie das nicht wollen. (Stürmische Rufe bei den Sozialisten. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.)

Meine Herren! Es ist nicht Ihnen allein vorbehalten, hier Angriffe zu unternehmen, die Sie nicht rechtfertigen können. Dieses Recht nehmen wir uns genau so heraus. So wie man in den Wald hineinruft, Herr Dr. Migsch, so hallt es wider. Aber in einem gebe ich Ihnen recht und gehe ich mit Ihnen konform, nämlich in der Behauptung, daß die Beamten der ECA-Verwaltung, die aus einem ganz anderen Milieu, aus einer ganz anderen Landschaft kommen, in einer Art und Weise auf die Verwendung von Mitteln Einfluß nehmen, die nicht immer zum Wohle des österreichischen Volkes ist. (Zwischenrufe.)

Nun, verehrte Damen und Herren, möchte ich auf zwei besonders inkriminierte Fest-

stellungen des Herrn Abg. Dr. Migsch näher eingehen. (Ruf bei der SPÖ: Das wird Ihnen nichts nützen!) Mir braucht es nicht zu nützen, aber ich glaube, meine Herren — und das ist vielleicht auch gut, wenn es einmal gesagt wird —, Sie sollten sich in Ihrer Propaganda, besonders bei Wahlen, nicht mit Behauptungen beschäftigen, die nachher nicht eintreffen, und wenn diese Versprechungen dann nicht eintreffen, andere dafür verantwortlich machen!

Der Herr Abg. Dr. Migsch hat der Bauernschaft neuerdings den Vorwurf gemacht, daß sie im vergangenen Jahr ihrer Ablieferungspflicht hinsichtlich Getreide nicht in vollem Umfang nachgekommen ist. Das gebe ich sogar zu. (Ruf bei der SPÖ: Und was haben Sie voriges Jahr gesagt? Lesen Sie es im Protokoll nach!) Aber, Herr Abg. Dr. Migsch, Sie müssen ebensogut wissen, daß diese „unfähige“ Bauernführung in Österreich die entsprechende Preisrelation der landwirtschaftlichen Produkte zueinander und zu jenen Preisen gefordert hat, die sie zur Erhaltung ihrer Betriebe braucht. Und wer hat sich mit aller Vehemenz dagegen gestellt? Sie, meine Herren! Diese Erscheinung geht einzig und allein auf die Aufrechterhaltung einer wirtschaftlichen Unwahrheit, die Sie nicht einbekennen wollen, zurück. Heute schon von einer Nichtvermarktung des Brotgetreides zu reden, ist meiner Meinung nach völlig unmotiviert und auch verfrüht, denn überall weiß man, daß mit Ende November jährlich 45 Prozent der erwarteten Brotgetreidemengen abgeliefert werden. (Abg. Horn: Was ist mit dem Kartoffelpreis? 1 Schilling 40!) Jetzt rede ich einmal vom Getreide. Ich kann nicht alles auf einmal. Sehen Sie, heute haben wir Ende Oktober, und mit Stichtag 30. September 1951 wurden der Vermarktung 117.906 t zugeführt. Das ist, gemessen an den 45 Prozent, ein Manko von 26.000 t. Sind Sie wirklich der Meinung, daß bis Ende November diese 26.000 t nicht auch der Vermarktung werden zugeführt sein? (Abg. Weikhart: Die gleiche Rede haben Sie im Vorjahr gehalten, und es hat sich auch als irrig erwiesen!) Ja, Ihre Auffassung hat sich als total irrig erwiesen, denn die Ablieferungszahl im vergangenen Jahr war 220.000 t, also um 15.000 t mehr als 1949. (Abg. Proksch: Und wie viele hätten es sein sollen? — Anhaltende Zwischenrufe. — Präsident Dr. Gorbach gibt das Glockenzeichen.) Das zweite ist — und das wollen Sie auch nicht wahrhaben —, daß Österreich in weiten Gebieten ein Spätdruschgebiet ist, und das dritte sind nun die Futtermittel.

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2355

Verehrte Damen und Herren! Der österreichische Bauer verfüttert sein Brotgetreide nicht gern. (*Abg. Proksch: Aber doch!*) Aber Sie verlangen von ihm ja Fleisch, und irgendwie müssen die Tiere doch gefüttert werden. Wenn wir nicht imstande sind, ihm genügend Futtermittel zu geben, dann kann er Ihre Forderung nicht erfüllen.

Damit Sie wissen, wie es sein soll und wie es in Wirklichkeit ist, darf ich Ihnen vielleicht verraten, daß wir vor 1937 im Jahre 670.000 t Futtergetreide eingeführt haben, im Jahre 1950 waren es aber 250.000 t. (*Abg. Frühwirth: Das ist ein teurer Sautanz!*) Sie sehen daraus, daß hier eine große Lücke klafft. Daß diese Lücke gefüllt werden muß (*Zwischenruf bei der SPÖ: Mit Brotgetreide!*), ist ebenfalls eine wirtschaftliche Wahrheit, die Sie aber auch nicht erkennen wollen.

Wenn man die Zustände in der Außenhandelskommission betrachtet, dann sieht man, daß Sie für diese Dinge auch nicht das geringste Verständnis haben. Dort kehren Sie in sich und dort lernen Sie um, dann wird uns so manches erspart bleiben, was uns heute drückt!

Von einer Fleischkrise schlechthin zu reden, ist überhaupt ein Unsinn. (*Abg. Lackner: Ihr habt es ja, und die anderen brauchen es nicht!*) Ich habe nicht das Empfinden, daß Ihnen, obwohl Sie nicht besonders korpulent sind, der Speck unbekannt ist. (*Anhaltende Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Gorbach (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abg. Lackner, ich bitte Sie!

Abg. Sebinger (*fortsetzend*): Eine Fleischkrise im eigentlichen Sinn besteht nicht, wohl besteht ein Engpaß (*Abg. Dr. Zechner: Ein Fleischskandal!*) — meinetwegen können Sie es auch so nennen, aber auch der besteht in Wirklichkeit nicht. Es ist genügend Rindfleisch da, es gibt genügend Kalbfleisch (*Zwischenrufe bei der SPÖ*) und, verehrte Damen und Herren, so lange man auf den Märkten draußen Schaffleisch und Gefrierfleisch nicht an den Mann bringen kann, solange kann man auch nicht von einer Fleischkrise schlechthin sprechen; das wäre ein Unsinn.

Der Herr Abg. Dr. Migsch hat in seinen Ausführungen, obwohl ich ihn als Staatsanwalt bezeichnet habe, nicht ganz den Anforderungen eines solchen entsprochen. Er hat wohl den Schuldigen gesucht, ohne aber die Schuld zu suchen und sie zu erkennen. Was ist denn neben den verminderten Futtermitteln Schuld und Ursache, daß wir in dieser Situation sind? Erstens einmal die verspätete Ausgabe von 36.000 t Milocorn, das zwar im Land war, aber nicht ausgegeben

werden konnte, weil von jenen Stellen, von denen wir es bekamen, die Klärung der Preisfrage so lange auf sich warten ließ. Dadurch verzögerte sich die Ausgabe dieser Futtermittel um ein halbes Jahr, und die Auswirkung spüren wird noch heute. Glauben Sie nicht auch, daß die hohe Fremdenverkehrsfrequenz in Österreich — und ich sage Gott sei Dank, daß wir sie gehabt haben — auch das Ihre dazu beigetragen hat? Und glauben Sie nicht — jetzt sage ich wieder Gott sei Dank, daß es so ist —, daß es auch die Vollbeschäftigung ist, die hohe Anforderungen stellt? Und glauben Sie nicht auch, daß unter der Konsumentenschaft eine gewisse Disziplinlosigkeit herrscht, wenn z. B. ausgerechnet dann eine Sorte Fleisch verlangt wird, wenn sie nicht da ist, und man sich mit dem anderen nicht begnügen will? Diesen Ursachen nachzugehen, Herr Abg. Dr. Migsch, wäre dankbarer gewesen, als mit einem noch so großen Pathos Beschuldigungen auszusprechen, die nicht gerechtfertigt sind. (*Abg. Dr. Migsch: Was ist das für ein Christentum, daß derjenige, der Geld hat, alles wegessen darf?*)

Nun, verehrte Freunde, werde ich Ihnen noch etwas sagen. Gehen wir jetzt zur Preisfrage über! Wenn wir annehmen, daß vor dem 5. Lohn- und Preisabkommen der Preis für ein Kilogramm 10 S war und die Futtermittel 90 Groschen gekostet haben — hier hat der Herr Abg. Hartleb geirrt, es waren nicht 70, sondern 90 Groschen — und jetzt die Futtermittel mit 1.50 S bezahlt werden müssen, so bedeutet das eine über vierzigprozentige Verteuerung. Wenn man das wirtschaftseigene Futter, Streu usw. ungefähr mit zwei Prozent annimmt, wenn man weiters die sonstigen Auslagen für Fuhrwerk und Kraft berechnet — denn Mais und Futtermittel müssen ja geschrotet und gemahlen werden, wenn Sie das nicht wissen sollten —, wenn man die Erhaltung der Stallungen und die Arbeitsentschädigung des Bauern mit einbezieht und das Ganze mit einer Höhe von nur 10 Prozent bemißt, so kommen wir zu einer Mehrauslage von 52 Prozent. Und das bedeutet jetzt, in Schilling umgerechnet, einen Gestehungskostenpreis von 15.20 S. Der Konsumentenpreis ist nahezu das Doppelte! Jetzt fällt es mir nicht ein, dem Gewerbetreibenden, dem Händler und dem Fleischhauer eins auf den Rücken zu pelzen, sondern die Ursachen dieser Verteuerung sind vor allen Dingen in den erhöhten Transportkosten und den sonstigen Manipulationsgebühren usw. zu suchen und zu finden. (*Abg. Kostroun: Das ist Schützenhilfe für die Preistreiber!*) Dort sind sie zu suchen. Und das ist auch eine Wahrheit, die Sie einmal anerkennen müssen. Oder glauben Sie, daß die Schweine zu Fuß nach Wien auf den

2356 65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951.

Markt gehen? (*Abg. Weikhart: Sie haben sich bisher nur als Verteidiger von Preistreibern hingestellt!*) Sie wissen ja gar nicht, was Preistreiber sind.

Und nun verlangen Sie von der Landwirtschaft, daß sie unter ihren Gestehungskosten produziert und liefert. Warum ist der Herr Minister Waldbrunner nicht in der Lage, trotz des erhöhten Kohlenpreises, für den er nichts kann und wofür ich ihm auch gar keinen Vorwurf mache, das Eisen zu denselben Preisen abzugeben, wie es vorher der Fall war? Weil es nicht geht! Sehen Sie, was der Minister Waldbrunner in seiner verstaatlichten Industrie nicht kann, das kann auch die Landwirtschaft nicht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine verehrten Damen und Herren! Ich verstehe manchmal nicht recht, warum man sich in x und x Kommissionen mit der Preisregelung verschiedener Produkte beschäftigt. Das ist ja wesentlich einfacher zu lösen. Meines Wissens besteht in Österreich ein Preisregelungsgesetz, und dieses Preisregelungsgesetz ist entsprechend zu handhaben. Es ist nicht einmal vorgekommen, daß z. B. die verstaatlichte Industrie oder die Gemeinde Wien — ich mache da niemandem einen Vorwurf — ordentliche Kalkulationen der Preisbehörde vorgelegt hat und um eine Neufestsetzung des Preises ersucht hat. Es ist diese ohne weiteres erfolgt. Wenn aber die Landwirtschaft hergeht und eine Preiskalkulation vorlegt, dann entscheidet nicht die Preisbehörde, sondern dann geht man von einer Kommission zur anderen und versäumt so kostbare Zeit, wodurch vieles schon über uns heraufbeschworen wurde, was hätte vermieden werden können, wenn rechtzeitig gehandelt worden wäre. Ein Gesetz kann man nur als Ganzes handhaben und nicht etwa so, wie wenn ich einem Kind ein Stück Guglhupf mit recht viel Rosinen drinnen gebe, das die Rosinen herauspickt — und das andere kann man selber essen. So geht das nicht! Und ich sage es Ihnen auch ganz offen: Wenn sich die Handhabung des Preisregelungsgesetzes nicht in allernächster Zeit ändert, wenn nur gewisse Kalkulationen dort einer Behandlung unterzogen werden und die anderen nicht, dann ist es Zeit, daß man mit dieser Behörde Schluß macht, und der Herr Finanzminister wird nur dankbar sein, wenn er in seinem Budget eine Entlastung findet und auch das Preisregelungsgesetz außer Kraft setzen kann. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Und vor allen Dingen, Herr Abg. Dr. Migsch: Die Landwirtschaft ist trotz ihres Wissens um ihre Gestehungskosten bereit, im Interesse des Ganzen auf so manches zu verzichten (*Zwischenruf bei der SPÖ: Nur auf die Fleisch-*

preise nicht!), aber machen Sie sich keine Hoffnungen, daß Sie die Bewirtschaftung in Österreich neuerdings werden einführen können. Diese Hoffnung lassen Sie fahren! Wir sind bereit, in jenem Ausmaß an jeder Preissenkungsaktion auch für Agrarprodukte mitzuwirken, in dem eine Preissenkung bei den Produkten erfolgt, die die Landwirtschaft zur Erhaltung ihrer Betriebe benötigt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Schluß nochmals die Bitte: Beseitigen wir in einer gemeinsamen Anstrengung das Narrenparadies der wirtschaftlichen Unwahrheiten! (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*)

Abg. Aichhorn: Hohes Haus! Ich habe absolut nicht die Absicht gehabt, mich heute zum Wort zu melden, und fühle mich lediglich zu einer Feststellung veranlaßt, die sich erübrigen würde, hätte mein Vorredner das Wort gehalten, das er anlässlich seiner Erklärungen hier zum besten gab. Er betonte, Minister a. D. Dr. Migsch sei in den Budgetdebatten der Ankläger und ihm, Abg. Se binger, komme die Rolle des Verteidigers zu. Ich stelle fest, daß die Verteidigung wohl eine sehr einseitige war, da er leider übersehen hat, daß die vom Herrn Minister Dr. Migsch hier erfolgten Ausführungen zum „Narrenparadies der Wirtschaft“ eine Pauschalverdächtigung der österreichischen Wirtschaft darstellen, die nicht unwidersprochen bleiben darf.

Wenn Sie, Herr Minister Dr. Migsch, erklären, der österreichische Gewerbetreibende, Handelstreibende oder Industrielle, der Unternehmer, müsse zur Kenntnis nehmen, daß es nicht angeht, in zwei Jahren die ganzen Schäden und die Investitionen in die Preiserstellung einzukalkulieren, so würde das bedeuten, daß Sie über die Verhältnisse nicht informiert sind. Ich erachte Sie nicht für einen so schlechten Politiker, der die Verhältnisse nicht kennt. (*Abg. Dr. Migsch: Tun Sie es?*)

Sie haben, Herr Minister, hier keinerlei Differenzierung vorgenommen. Sie haben von der österreichischen Wirtschaft gesprochen, und dagegen wehre ich mich, denn ich darf eines feststellen: Ich bin vollkommen Ihrer Meinung, daß es einzelne Kreise gibt, die unbedingt ausgeschaltet werden müssen. (*Abg. Dr. Pittermann: Das hat Dr. Migsch doch gesagt!*) Davon war kein Wort die Rede, denn wir wehren uns genau so, Herr Dr. Pittermann, wenn irgend jemand in Österreich glauben sollte, man könnte die Integrität des österreichischen Beamten bezweifeln, deswegen vielleicht, weil der eine oder andere wegen Korruption heute vor dem Richter steht. Genau so werden wir von der Wirtschaft uns dagegen

65. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich. — VI. G. P. — 25. Oktober 1951. 2357

wehren, wenn man uns pauschaliter verdächtigt. (*Ruf bei den Sozialisten: Ihr wehrt Euch auch nicht gegen die Korruption!*) Pardon, Sie, Herr Kollege, haben keinen Grund, so zu sprechen, denn Sie beide sitzen in der Koalition, Sie beide führen die Regierung; es liegt an Ihnen, solche Möglichkeiten zu schaffen, um solche korrupte Elemente aus der Wirtschaft auszumerzen.

Ich darf aber noch eines dazu feststellen: Wenn Herr Dr. Migsch hier ein Beispiel gebracht hat, das ungefähr lautete — ich habe es wörtlich nicht mehr in Erinnerung —: Es geht nicht an, sich in einem Jahr, glaube ich, oder in kurzer Zeit ein zweites Auto, eine Freundin, wenn ich mich richtig erinnere, eine Villa und einen Aufenthalt in Gastein zu leisten, so möchte ich dazu sagen: Gerade der Klein- und Mittelbetrieb des österreichischen Gewerbes und Handels hat keine Möglichkeit, Herr Dr. Migsch, sich etwas davon zu leisten. Ich würde Sie bitten, Herr Doktor, lassen Sie sich einmal die Besucherlisten des Grand Hotel de l'Europe in Badgastein vorlegen, und sehen Sie nach, wie viele Gewerbetreibende, wie viele Handeltreibende von 1945 bis heute dort gewesen sind. Sie werden zur Überraschung feststellen müssen, daß Sie nicht sehr viele davon finden, daß Sie aber so manchen höheren Beamten und auch den einen oder anderen Ihrer eigenen Kollegen in diesen Listen verzeichnet finden werden. (*Heiterkeit.*) Wir neiden niemandem, Herr Kollege Dr. Migsch, die notwendige Regeneration in Gastein. Ich gebe gerne zu, daß es notwendig sein mag, bei der aufreibenden Tätigkeit in der Vertretung des wirtschaftlichen Berufsstandes eine solche Verjüngungskur machen zu müssen. (*Heiterkeit.*) Ob man dazu aber in einem der vornehmsten Häuser in Gastein sein muß, das festzustellen ist nicht meine Angelegenheit; das ist Angelegenheit Ihres Klubs.

Ich darf aber eines feststellen: Glauben Sie nicht, Herr Dr. Migsch, daß es Ihnen und Ihrer Partei gelingt, mit unseren braven Wirtschaftstreibenden das Spiel zu spielen, das vor 30 Jahren mit den Hausbesitzern gespielt wurde. Damals ist es Ihnen noch gelungen, den „Zinsgeier“ hier zu verallgemeinern; es wird Ihnen dies aber nicht gelingen mit dem anständigen, seiner Pflicht bewußten österreichischen Wirtschaftstreibenden.

Präsident Dr. Gorbach: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Damit ist die Debatte

geschlossen und die erste Lesung beendet. Ich weise die Regierungsvorlage 445 der Beilagen dem Finanz- und Budgetausschuß zu.

Der 2. Punkt der Tagesordnung ist der **Bericht des Immunitätsausschusses** über das Auslieferungsbegehren der Staatsanwaltschaft Wien vom 15. Oktober 1951 gegen das Mitglied des Nationalrates Dr. Peter Krauland (446 d. B.).

Berichterstatter **Brunner**: Hohes Haus! Das vorliegende Auslieferungsbegehren geht auf Beschuldigungen zurück, die im Verlaufe eines Ehrenbeleidigungsprozesses, der gegen den verantwortlichen Redakteur des Wochenblattes „Die Union“ angestrengt wurde, von dem Verteidiger des letzteren gegen den Abg. Dr. Krauland erhoben wurden.

Auf Grund dieser Beschuldigungen erscheint der Staatsanwaltschaft der Verdacht gegeben, daß sich Dr. Krauland des Verbrechens des Mißbrauches der Amtsgewalt schuldig gemacht habe. Die Staatsanwaltschaft ersucht daher gemäß Art. 57 Abs. 2 B-VG. um die Zustimmung des Nationalrates zur Verfolgung.

Der Immunitätsausschuß hält es auch in diesem Falle — ebenso wie bei dem Auslieferungsbegehren gegen Abg. Dr. Krauland, über das der Ausschuß unter Nr. 301 der Beilagen an das Haus berichtet hat — für notwendig, daß die Angelegenheit, die schon vielfach in der Öffentlichkeit erörtert wurde, der Prüfung und Beurteilung durch das unabhängige Gericht zugeführt wird. Der Ausschuß hat daher einstimmig beschlossen, dem Hause die Zustimmung zu dem vorliegenden Auslieferungsbegehren zu empfehlen.

Der Antrag des Immunitätsausschusses lautet:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Auslieferungsbegehren der Staatsanwaltschaft Wien vom 15. Oktober 1951, 21 St 19553/51, gegen das Mitglied des Nationalrates Dr. Peter Krauland wird stattgegeben.

Der Antrag des Immunitätsausschusses wird angenommen.

Präsident Dr. Gorbach: Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 20 Minuten.

Druck der Österreichischen Staatsdruckerei. 7630 51

